

DEMOKRATIE



DIE NPD IM SÄCHSISCHEN LANDTAG. ANALYSEN UND HINTERGRÜNDE 2008

Miro Jennerjahn Kreistagswahlergebnisse der NPD 2008: Verfestigung oder Schwächung der Partei
Frank Carstens «frei, sozial und national» - Die Jungen Nationaldemokraten im ideologischen Spagat...
Paul Wellisow Porträt eines NPD-Abgeordneten: Jürgen W. Gansel **Michael Nattke** Vergleich der NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern **Claudia Jerzak** Analyse gruppeninterner Prozesse der NPD-Fraktion Sachsen **Chris Fisher** Die Demokratie, die ANDEREN und WIR... **Lion Faber** Diskursanalyse der Berichterstattung über die NPD in Sachsen am Beispiel der Sächsischen Zeitung **Johannes Lichdi/ Stefan Schönfelder/ NiP** Die NPD und das Superwahljahr 2009



**DIE NPD IM SÄCHSISCHEN LANDTAG.
ANALYSEN UND HINTERGRÜNDE 2008**

Herausgeber: NiP (Nazis in Parlamenten) Redaktionskollektiv
Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen
Heinrich Böll Stiftung

Dresden, November 2008

© bei den Autorinnen und Autoren und *Weiterdenken* - Heinrich Böll Stiftung Sachsen

Alle Rechte vorbehalten

Endredaktion: Redaktionskollektiv/ Stefan Schönfelder

Layout und Satz: *Weiterdenken*- Heinrich Böll Stiftung Sachsen

Druck: Druckhaus Dresden, www.druckhaus-dresden.de

Die hier veröffentlichten Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wider. Diese stimmt nicht notwendigerweise mit den Ansichten der Heinrich Böll Stiftung bzw. von *Weiterdenken*- Heinrich Böll Stiftung Sachsen überein.

Die Broschüre kann bestellt werden bei:

NiP (Nazis in Parlamenten) Redaktionskollektiv (nip.systemli.org)
Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen (www.weiterdenken.de)
Heinrich Böll Stiftung (www.boell.de)



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License

veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/deed.de>.

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen.

Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Um einen Missbrauch zu vermeiden, muss bei Veröffentlichungen der Broschüre oder ganzer Artikel durch Dritte die Zustimmung bei *Weiterdenken* eingeholt werden.

V.i.S.d.P: Stefan Schönfelder, *Weiterdenken* - Heinrich Böll Stiftung Sachsen
Schützengasse 18, 01067 Dresden



NiP
Nazis in Parlamenten
Redaktionskollektiv



weiterdenken
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN

 **HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG**

Schriften zur Demokratie

**DIE NPD IM SÄCHSISCHEN LANDTAG.
ANALYSEN UND HINTERGRÜNDE 2008**

INHALT

- 6 Vorwort
- 9 **Miro Jennerjahn** Kreistagswahlergebnisse der NPD 2004 und 2008: Verfestigung oder Schwächung der Partei?
- 20 **Frank Carstens** «frei, sozial und national» - Die Jungen Nationaldemokraten im ideologischen Spagat zwischen angepasster Parteijugendorganisation und Teil einer neonazistischen Event-Bewegung
- 30 **Paul Wellsov** Jürgen Werner Gansel: Der «Chefideologe» der NPD?
- 38 **Michael Nattke** Die NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich
- 54 **Claudia Jerzak** Gruppeninterne Prozesse in der NPD-Landtags-Fraktion Sachsen
- 63 **Chris Fisher** Die Demokratie, die ANDEREN und WIR – Wiederwahl, Abgrenzung und Zusammenarbeit am rechten Rand der sächsischen Politik bis 2009
- 79 **Lion Faber** Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung der Sächsischen Zeitung über die parlamentarische Arbeit der NPD.
- 88 **Johannes Lichdi, Stefan Schönfelder, NiP-Redaktionskollektiv** Die NPD und das Superwahljahr 2009
- 96 Herausgeber

Vorwort

Im September 2004 zog die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit 9,2 Prozent der Stimmen in den Landtag des Freistaates Sachsen ein. Zwölf Neonazis gewannen Sitze im Abgeordnetenhaus. Die Mehrheit der sächsischen Öffentlichkeit sprach von Protestwähler_innen. Die NPD begann mit dem Aufbau eines hochkarätigen Mitarbeiterstabes und tanzte den demokratischen Parteien in den ersten Monaten auf der Nase herum.

Inzwischen hat sich einiges geändert. Die demokratischen Parteien haben im sächsischen Landtag Erfahrungen im Umgang mit den Neonazis gesammelt und versuchen diese zu nutzen. Nur noch die Hälfte der ursprünglich gewählten NPD-Abgeordneten sind in der Fraktion. Drei NPDler sind aus Partei und Fraktion ausgetreten, Klaus-Jürgen Menzel wurde ausgeschlossen, Uwe Leichsenring verstarb bei einem Unfall und Matthias Paul verwickelte sich in einer Kinderpornographie-Affäre. Die Nachrückerliste ist vollständig aufgebraucht und die Neonazis verfügen zum Erscheinungsdatum dieser Publikation über 8 Landtagsabgeordnete der NPD in Sachsen. Trotz der Querelen und Zerwürfnisse hat die NPD eine scheinbar ungebremste Zustimmung in der Wahlbevölkerung. Die meisten Umfragen bescheinigen ihnen einen sicheren Wiedereinzug in den Landtag. Nicht nur die demokratischen Parteien, sondern auch die NPD hat dazu gelernt und nutzt die Parlamente vielfältig zur Erreichung ihrer Ziele.

Weniger als ein Jahr vor den kommenden sächsischen Landtagswahlen sollen mit Hilfe dieser Publikation unterschiedliche Perspektiven auf die Arbeit der NPD in Sachsen geworfen werden. Die Landtagsfraktion und ihr Umfeld bilden dabei einen Schwerpunkt. Dazu hat das Redaktionskollektiv NiP (Nazis in den Parlamenten), welches seit mittlerweile über vier Jahren die Parlamentsaktivitäten der NPD kritisch begleitet, Beiträge verschiedener Autor_innen zusammen getragen, die zu diesem Thema arbeiten.

Im ersten Beitrag wird *Miro Jennerjahn* die Sächsischen Kreistagswahlen vom Juni 2008 analysieren. Die Wahlen waren nicht nur für die Neonazis die Generalprobe für kommende Abstimmungen in Sachsen. Es wird die Frage gestellt, ob die Ergebnisse für die NPD als Erfolg zu werten sind und ob man mit Blick auf die nächsten Landtagswahlen davon sprechen kann, dass die NPD ihre Basis weiter ausgebaut hat.

Im Beitrag von *Frank Carstens* soll es um das Umfeld und die wichtigste Rekrutierungsorganisation der NPD gehen. Als Jugendorganisation der NPD stehen die Jungen Nationaldemokraten (JN) für die ideologische Nähe zur Partei. Ihre Aufgabe ist die Rekrutierung neuer Nachwuchskader und die Bindung jugendlicher Rechter und Neonazis an die Partei. Gleichzeitig hat sich die JN seit Jahren zu einer radikalen und neonationalsozialistisch orientierten «Jugendorganisation» entwickelt, die eine wichtige Scharnierfunktion übernimmt zwischen der NPD als Ausdruck des etablierten und parlamentarischen Neonazismus und den eher erlebnisorientierten und jugendgemäßen Neonazis, die sich explizit «parteilos» verstehen. Durch Entwicklungen der letzten Jahre, hat sich die JN zunehmend von Inhalten der NPD radikalisiert, dennoch ist sie für die NPD von Bedeutung als «Fuß in der Tür» bei der Jugend. Eine besondere Bedeutung kommt der Zeitschrift *Hier&Jetzt* zu, die einmal als Organ der JN auftritt, gleichzeitig ihren Einfluss in weitere Teile des rechten Spektrums beansprucht.

Paul Wellsov wird in seinem Beitrag einen Protagonisten der NPD-Landtagsfraktion genauer unter die Lupe nehmen. Am Beispiel von Jürgen W. Gansel lässt sich hervorragend zeigen, wie dicht Sein und Schein bei der NPD zusammen liegen. Während er von der Öffentlichkeit als führender Theoretiker der Fraktion wahrgenommen wird, soll in diesem Beitrag der Versuch unternommen werden, die Fassade seiner Person mit umfassenden Fakten zu dekonstruieren.

Ob die NPD durch den Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (MV) im September 2006 über eine «Achse Dresden-Schwerin» ihren selbstgesteckten Zielen näher kommt, wird von *Michael Nattke* untersucht. Er wird die Frage klären, was die Gemeinsamkeiten zwischen den Landtagsfraktionen in Sachsen und MV sind und wo die Unterschiede liegen? Welche Synergieeffekte genutzt werden und in welcher Form die beiden Fraktionen zusammen arbeiten? In einer Zusammenfassung der Ergebnisse geht es um die Frage, inwiefern es der NPD mit Hilfe ihrer Landtagsmandate gelingt, die angestrebte Hegemonie in der extrem rechten Szene auszubauen und das gesellschaftliche Klima zu ändern.

Claudia Jerzak widmet sich den gruppeninternen Prozessen der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen. Die NPD-Fraktion verringerte die Anzahl ihrer Abgeordneten deutlich. Die interne Analyse der Organisation «NPD-Landtagsfraktion» fokussiert auf Strukturen, Funktionen und Verhalten, die seit 2004 bestanden und bestehen, und deren Konfliktpotential. Die formalen Strukturen, die sich aus planvollen, organisatorischen Festlegungen ergeben, kollidierten mit den informalen Strukturen, die sich ungeplant, durch spontane Verbindung – meist in Reaktion auf Herausforderungen der formellen Organisation - bilden.

Unabhängig von den internen Prozessen sind Erfolg oder Misserfolg extrem rechter Parteien und Gruppen grundlegend vom Umgang anderer Akteure mit ihnen abhängig. *Chris Fisher* wird den Umgang der sächsischen CDU und konservativer Wissenschaftler_innen mit der NPD untersuchen und deren Folgen aufzeigen. Die Etablierung der extrem rechten Kräfte geht dabei mit der Ausweitung ihrer Handlungsspielräume einher.

Neben den Parteien und Funktionsträger_innen existieren eine ganze Reihe anderer Akteure, die einen Einfluss darauf haben, ob es der NPD gelingt sich weiter zu verankern. *Lion Faber* wird die auflagenstärkste Tageszeitung des Freistaates, die «Sächsische Zeitung» einer Diskursanalyse unterziehen, um dabei Stärken und Schwächen der medialen Berichterstattung über die NPD aufzuzeigen. Im ersten Teil, welcher sich auf den ersten Monat nach der Wahl bezieht, liegt der Fokus bei den Ursachen und Folgen der Landtagswahl. In welchem Zusammenhang über die parlamentarische Arbeit der NPD berichtet wird, ist der inhaltsanalytische Schwerpunkt im zweiten Abschnitt.

Zum Abschluss wird in einem gemeinsamen Beitrag von *Johannes Lichdi, Stefan Schönfelder und dem NiP-Redaktionskollektiv* ein Blick in die Zukunft geworfen. Im Jahr 2009 wird nicht nur in Sachsen gewählt. Neben den Städte- und Gemeinderatswahlen in Sachsen, den sächsischen Landtagswahlen und den Urnengängen in Thüringen und Brandenburg, wird u.a. über die Zusammensetzung des Bundestages entschieden. Wie sind die Wahlausichten der NPD und was bedeuten einzelne mögliche Erfolge und Misserfolge?

Über die zu verwendenden Begriffe zur Benennung von nationalistischen, fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Einstellungen und Verhaltensweisen herrscht in den Sozialwissenschaften ein unüberwindbarer Dissens. In den nachfolgenden Beiträgen werden verschiedene Begriffe zur Beschreibung der vorliegenden Phänomene verwendet. Wir bevorzugen den Begriff des «Neonazismus» zur Bezeichnung der NPD und ihrer Aktivist_in-

nen. Dabei sind wir uns darüber im klaren, dass nicht jeder Ausländerfeind, Rassist oder Deutsch-Nationaler automatisch ein Neonazi ist. Auch wollen wir damit nicht die Behauptung aufstellen, die NPD orientiere sich unverändert am Programm der NSDAP. Die NPD, ihre Jugendorganisation und ihr politischer Nahraum werden von uns allerdings programmatisch, in ihrer Symbolik und in ihren Aktionsformen, die sich teilweise sehr offen auf Versatzstücke des Nationalsozialismus berufen, als neonationalsozialistisch eingeschätzt. Dabei wurden nationalsozialistische Elemente durch die NPD zeitgemäß modernisiert. Die NPD und ihre Anhänger_innen fordern einen «Nationalen Sozialismus», der offensichtlich nur aus juristischen Beweggründen auseinander geschrieben wird. Ohne Vorbehalte werden Täter_innen des Nationalsozialismus, wie der Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess oder die Soldaten der Waffen-SS gehuldigt. Das «deutsche Volk» wird als lebendiger Organismus und homogene Einheit angesehen, die von außen bedroht wird. Auf die Aufzählung weiterer Beispiele soll nicht aus Mangel an diesen, sondern ausschließlich aus Platzgründen verzichtet werden.¹

Den Begriff «Rechtsextremismus», insofern er sich auf die Extremismustheorie² bezieht, möchten wir explizit ablehnen. Die Stilisierung einer fiktiven politischen Mitte, die von ihren äußeren Rändern her bedroht wird, birgt verschiedene Gefahren in sich. Die Vertreter_innen dieser normativen Demokratietheorie können zu einem Absolutheitsanspruch neigen, der zur Immunisierung gegen jedwede Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und zur Diskreditierung politischer Alternativmodelle beiträgt.³ Wenn in vorliegender Publikation die Bezeichnung rechtsextrem verwendet wird, dann sind damit Ansichten gemeint, die sich an einer Ideologie der Ungleichheit⁴ mit all ihren Facetten orientieren, aber nicht zwingend an neonationalsozialistischen Inhalten oder Aktionsformen anknüpfen. Die Bezeichnung «rechtsextremistisch» als übergeordnete Kategorie, schließt die NPD und ihre Aktivist_innen also mit ein, auch wenn uns die Formel «neonazistisch» treffender erscheint.

Um unterschiedliche Geschlechtsidentitäten sprachlich zu repräsentieren, wird statt des «Binnen-i's» der Unterstrich: «_» verwendet um auf sprachlicher Ebene zum Einen eine Kritik an der Binarität der Kategorie Geschlecht zu verdeutlichen und zum Anderen queere oder nicht einzuordnende Geschlechtlichkeit sichtbar zu machen.⁵ Verzichtet wird darauf nur, wenn von Personengruppen die Rede ist, deren Ansichten sich klar auf eine zweigeschlechtliche Struktur stützen.

NiP Redaktionskollektiv

Dresden im Oktober 2008

¹ vgl. u.a. Kailitz, Steffen. Die nationalsozialistische Ideologie der NPD. In: Backes, Uwe; Steglich, Henrik: Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden. 2007. S. 337-353.

² Backes, Uwe; Jesse, Eckhardt: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn. 1996. Vierte völlig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe.

³ Butterwege, Christoph: Rechtsextremismus. Freiburg im Breisgau. 2002.

⁴ Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim und München. 1989. 3. ergänzte Aufl.

⁵ vgl. Hermann, Steffen Kitty: Performing the Gap. Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung, in Arranca!-Ausgabe 28, 2003.

Kreistagswahlergebnisse der NPD 2004 und 2008 in Sachsen: Verfestigung oder Schwächung der Partei?

1. Einleitung

Mehr als 160.000 Stimmen erhielt die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) bei den Kommunalwahlen im Juni 2008 und zog mit einem sachsenweiten Durchschnitt von 5,1% der Stimmen mit insgesamt 44 Mandaten in alle zehn gewählten Kreistage ein.¹ Vor dem Hintergrund, dass die NPD bei den Kreistagswahlen im Juni 2004 lediglich 1,4% der Stimmen erhielt, bei den Wahlen zum Sächsischen Landtag im September 2004 jedoch 9,2% erzielte, stellt sich die Frage, wie das Ergebnis zu interpretieren ist. Ist es vor dem Hintergrund des deutlich besseren Landtagsergebnisses ein erstes Schwächezeichen der NPD? Oder ist es im Vergleich der Kreistagswahlergebnisse Zeichen einer stärkeren kommunalen Verankerung der Partei? Da sich Wahlen zu verschiedenen politischen Gremien nur schwer miteinander vergleichen lassen, konzentriert sich dieser Artikel auf die Analyse der Kreistagswahlergebnisse 2004 und 2008.

Dabei geht es um zwei Schwerpunkte. Zum einen wird der Wahlkampf beleuchtet. Neben einer Thematisierung von Wahlkampfmitteln und –aussagen wird es dabei vor allem um die Kandidatenaufstellung gehen, die einiges über die Stärke (oder Schwäche) der Parteistrukturen aussagt. Zum anderen geht es um die Auseinandersetzung mit den Wahlergebnissen. Da die NPD 2008 erstmals flächendeckend zu einer Kommunalwahl in Sachsen angetreten ist, ist die Datenlage für weit reichende Analysen nicht befriedigend. Das Hauptaugenmerk wird also vor allem auf den Regionen liegen, in denen die NPD bereits 2004 antrat. Zu fragen ist dabei, ob sich die NPD in den Gebieten, in denen sie 2004 Mandate erringen konnte, gewissermaßen selbst «entzaubert» hat und 2008 Verluste hinnehmen musste, oder ob sie dort wiederum erfolgreich war und sich somit stabilisiert hat.

2. Wahlkampf und Kandidatenaufstellung

2.1 Wahlkampfmaterialien und –themen

Erste Wahlkampfmaßnahmen der NPD konnten bereits relativ frühzeitig im Jahr 2007 beobachtet werden. So wurde beispielsweise die Homepage des NPD-Kreisverbandes im Muldental, die jahrelang nur ein Kontaktformular bereit stellte, neu aufgesetzt und wird seitdem einigermaßen kontinuierlich mit Inhalten gefüllt. Besonders heraus stechend war jedoch die Publikation zweier Ausgaben der für Jugendliche konzipierten Zeitschrift *perplex* im Herbst 2007. Diese wurden nach Parteiangaben mit Auflagen von über 30.000 Exemplaren gedruckt und vor verschiedenen sächsischen Schulen verteilt. Beide Ausgaben wurden jedoch recht schnell Gegenstand juristischer Verfahren und konnten nur noch eingeschränkt verbreitet werden. Wie schon in den voran gegangenen Landtags- und Bundestagswahlkämpfen seit dem Jahr 2004, bei denen die sog. Schulhof-CD verteilt wurde, setzte die

NPD auch diesmal wieder auf ein Medium, mit dem vor allem Erstwähler_innen gewonnen werden sollten. Inhaltlich wurden Themen wie Hartz IV, demographische Entwicklung oder Jugendarbeitslosigkeit aufgegriffen, aber auch Artikel mit eindeutig geschichtsrevisionistischer Ausrichtung veröffentlicht. Dabei versucht die NPD durchaus reale Problemlagen der Jugendlichen aufzugreifen, jedoch geht es ihr nicht darum konkrete Lösungen anzubieten. Vielmehr werden die genannten Probleme zu Katastrophen- und Untergangsszenarien aufgebauscht, die mit der politischen Realität nichts gemein haben. Zielsetzung ist, die BRD und das Grundgesetz als Ursache aller Übel zu identifizieren und deren Überwindung durch die NPD argumentativ vorzubereiten. Die Argumentationslogik der NPD erfolgt dabei stets in dem Dreischritt Problembenennung, Feindbenennung, Selbstinszenierung. Im ersten Schritt wird ein Problem angerissen und ein Katastrophenszenario gezeichnet. Deutschland erscheint dabei am Rande des Kollaps, wobei die Missstände so dargestellt werden, als seien sie gezielt herbeigeführt worden, um das deutsche Volk zu unterdrücken. So heißt es etwa in der zweiten Ausgabe der *perplex*:

«Die Regierenden haben unser Land heruntergewirtschaftet. Unser Volk muß einen Niedergang sondergleichen erleben. Die deutsche Jugend sieht einer düsteren Zukunft entgegen. [...] Tatsächlich haben uns die Polit-Bonzen nichts mehr zu sagen. Sie machen sich nur wichtig und kassieren ihre dicken Diäten – dafür, daß sie die Knechte des Kapitals sind und das Volk mit ihrem Geschwätz ruhigstellen.»

Im zweiten Schritt wird die vermeintliche Ursache für die von der NPD ausgemachten Probleme benannt. Dies erfolgt in der Regel durch die Nennung konkreter Feinde, die je nach Situation in «dem System», «den Polit-Bonzen», «den Systemmedien», «den Ausländern», «dem Kapital» usw. ausgemacht werden. Im dritten Schritt erfolgt die Selbstinszenierung der NPD als vermeintlich einzige Alternative, die tatsächlich Antworten bereit halte, da sie das System in Gänze abschaffen will. Inhaltlich spiegelt sich das in Aussagen, wie z. B.: die NPD sei die einzige Möglichkeit, Deutschland vor dem Untergang zu bewahren; sie sei die einzig wahrhaft demokratische Kraft; oder auch sie sei die einzige Interessenvertreterin des Volkes.

Ein zweiter inhaltlicher Schwerpunkt der Zeitschriften bestand in Identifikationsangeboten. Durch Konzertberichte und Interviews mit rechtsextremen Bands wurde versucht, jugendkulturelle Akzente zu setzen.

In der «heißen» Phase wenige Wochen vor der Wahl, war vor allem die Präsenz der NPD in der Öffentlichkeit auffallend. In jedem noch so kleinen Dorf wurde plakatiert und so den Bürgerinnen und Bürgern suggeriert, die NPD sei vor Ort. Auf Masse setzte die NPD auch bei der Produktion einer Wahlkampfzeitung mit dem Titel *Sachsen-Stimme*, die laut eigenen Angaben in einer Auflage von einer Million Exemplaren gedruckt und in den Haushalten verteilt wurde.² Diese im Stile einer Boulevardzeitung aufgemachte Zeitschrift wurde in drei Regionalausgaben produziert, jeweils eine für die Regierungsbezirke Leipzig, Dresden und Chemnitz. Inhaltlich waren die drei Regionalzeitungen nahezu identisch, nur einige Details wurden angepasst. Selbst die als Statements von Landratskandidat_innen oder Kreistagsbewerber_innen ausgegebenen Texte bestanden bei genauerer Betrachtung aus Textbausteinen, die den einzelnen Kandidat_innen mit nur leichten Modifikationen in den Mund gelegt wurden. So waren die Kommentare des Landratskandidaten für den Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge, Dr. Olaf Rose, in der Regionalausgabe Dresden fast textidentisch mit denen des Landratskandidaten für Mittelsachsen, Hartmut Krien, in

der Regionalausgabe Chemnitz und des Bewerbers für den Kreistag des Landkreis Leipzig, Andreas Hufnagel, in der Regionalausgabe Leipzig. Auch die vermeintlich individuellen Begründungen von Kreistagskandidat_innen, warum die NPD gewählt werden sollte, fanden in allen Ausgaben Berücksichtigung. So zierte beispielsweise der Satz «NPD wählen, damit sich ändert, was sich ändern muß!» die Bilder der Kandidaten Marcus Müller (Landkreis Leipzig), Stefan Hartung (Landkreis Erzgebirge) und Steffen Hoffmann (Landkreis Bautzen). Nur sehr wenige Texte waren exklusiv für eine der drei Ausgaben geschrieben und mit etwas mehr regionalem Bezug versehen. So fand in der Ausgabe für den Regierungsbezirk Leipzig ein Artikel über die vermeintliche mediale Hetzjagd auf die Stadt Mügeln ihren Weg in die Zeitung.³ In der Ausgabe für den Regierungsbezirk Dresden war dies ein Artikel über die vermeintliche Grenzkriminalität durch Osteuropäer nach der Erweiterung des Schengenraums Ende 2007. Insgesamt setzte die NPD mit Plakaten und Zeitschriften keinerlei kommunalpolitische Akzente. Angesprochen wurden vor allem Themen, bei denen die Kommunalparlamente über kaum Entscheidungskompetenz verfügen. Schwerpunkt war vielmehr auf der einen Seite das Schüren dumpfen Protests gegenüber dem damaligen Ministerpräsidenten Milbradt und der CDU mit Slogans wie «Höchststrafe für Milbradt» oder «Höchststrafe für die CDU-Versager». Auf der anderen Seite standen Appelle an ein völkisches Nationalgefühl mit Aussagen wie «Der Osten wählt deutsch» oder «Für die Heimat». Einzig der Wahlspruch «Wählen gehen» erscheint im Zusammenhang mit der NPD auf den ersten Blick überraschend. Jedoch hat auch die NPD erkannt, dass die weit verbreiteten Entfremdungserscheinungen vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem politischen System zwar grundsätzlich ihr in die Hände spielen kann, dieses Potential aber auch erschlossen werden muss.

2.2 Kandidatenaufstellung

Erstmalig gelang es der NPD, bei einer sächsischen Kommunalwahl flächendeckend Kandidat_innen aufzustellen. Die 128 Wahlkreise wurden mit 224 Kreistagskandidat_innen besetzt. Darüber hinaus traten in sieben von zehn Landkreisen eigene Landratskandidat_innen an. Die Kandidatenverteilung ist dabei folgender Tabelle zu entnehmen.

Landkreis	NPD-Kandidaten
Bautzen (bis 1. August 2008 Landkreise Kamenz, Bautzen und kreisfreie Stadt Hoyerswerda)	32
Erzgebirgskreis (bis 1. August 2008 Landkreise Aue-Schwarzenberg, Annaberg, Stollberg und Mittlerer Erzgebirgskreis)	21
Görlitz (bis 1. August 2008 Landkreise Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Löbau-Zittau und kreisfreie Stadt Görlitz)	24
Landkreis Leipzig (bis 1. August 2008 Landkreise Leipziger Land und Muldentalkreis)	26
Meißen (bis 1. August 2008 Landkreise Riesa-Großenhain und Meißen)	24
Mittelsachsen (bis 1. August 2008 Landkreise Mittweida, Döbeln und Freiberg)	21

Nordsachsen (bis 1. August 2008 Landkreise Torgau-Oschatz und Delitzsch)	11
Sächsische Schweiz – Osterzgebirge (bis 1. August 2008 Landkreise Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis)	33
Vogtlandkreis (bis 1. August 2008 Landkreise Vogtlandkreis und kreisfreie Stadt Plauen)	14
Zwickau (bis 1. August 2008 Landkreise Chemnitzer Land, Zwickauer Land und kreisfreie Stadt Zwickau)	18

Mit dieser Präsenz versuchte die NPD zu zeigen, dass sie überall vor Ort ist. Dies ist zwar zunächst ein Anzeichen für das gestiegene Selbstvertrauen der Partei und dafür, dass es der NPD in den letzten Jahren gelungen ist, ihre Strukturen weiter auszubauen. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch nach wie vor erhebliche strukturelle Defizite der Partei in einigen sächsischen Regionen. Systematisch wurde Aufbauhilfe geleistet von stärkeren in schwächere Regionen hinein. Zugute kam der NPD dabei die Kreisgebietsreform und der damit verbundene Neuzuschnitt der Landkreise, da jede/r Einwohner_in berechtigt ist, in einem beliebigen Wahlkreis des Landkreises anzutreten, in dem die Meldeadresse liegt. So kamen im Landkreis Bautzen drei der vier Kreistagskandidat_innen für die Stadt Hoyerswerda aus dem ehemaligen Landkreis Kamenz. Im Landkreis Görlitz wurde der Alt-Kreis Niederschlesische-Oberlausitz durch die ehemals kreisfreie Stadt Görlitz unterstützt, lediglich drei von acht Kandidat_innen waren hier im Alt-Kreis gemeldet. Im Landkreis Leipzig wurde der Altkreis Leipziger Land massiv durch den Muldentalkreis unterstützt, acht von vierzehn Kandidat_innen wurden hier «verliehen». Im früheren Weißeritzkreis kamen fünf von zwölf Kandidat_innen aus der Sächsischen Schweiz. Der Vogtlandkreis wurde fast flächendeckend aus Plauen versorgt, lediglich drei Kandidat_innen wohnten hier im alten Kreisgebiet Vogtland.

Darüber hinaus werden innerhalb der Landkreise z. T. deutliche Konzentrationen sichtbar. So kamen im Landkreis Bautzen allein acht der Kandidat_innen aus der Stadt Kamenz, im Landkreis Görlitz sieben aus der Stadt Görlitz, im Landkreis Leipzig fünf aus Zwenkau und vier aus Wurzen, im Landkreis Meißen neun aus der Stadt Riesa, im Landkreis Mittelsachsen neun aus der Stadt Freiberg und vier aus Hainichen, im Landkreis Zwickau vier aus Niederfrohna und vier aus der Stadt Zwickau. Einzig der ehemalige Landkreis Sächsische Schweiz wies eine relativ gleichmäßige Verteilung der Kandidat_innen auf.

Auch die Zahl von sieben Landratskandidat_innen relativiert sich bei genauerem Hinsehen. Zwei der Kandidat_innen sitzen als Abgeordnete der NPD im Sächsischen Landtag, drei weitere sind Mitarbeiter der Landtagsfraktion. Deutlich wird ein erheblicher Mangel an geeignetem Personal, das eine solche Kandidatur inhaltlich ausfüllen könnte. Bei zahlreichen Kreistagskandidat_innen der NPD zeigen sich überdies Verbindungen ins militante Neonazi-Spektrum und einschlägige Verurteilungen wegen Körperverletzung oder Propagandadelikten.⁴ Die weit reichende zentrale Steuerung der Wahlkampfhalte, die oben skizziert wurde, verwundert vor diesem Hintergrund nicht.

Von einer tatsächlichen flächendeckenden Präsenz der NPD, die sich auch in entsprechenden Parteistrukturen niederschlägt, kann bisher mitnichten gesprochen werden. Insgesamt

kann davon ausgegangen werden, dass der NPD bei der Besetzung aller Wahlkreise zwei Umstände zu Gute kamen:

1. Seit dem Landtagseinzug im Jahr 2004 benötigt sie für den Wahlantritt keine Unterstützungsunterschriften mehr. Die Hürde, überhaupt antreten zu können, ist also deutlich gesunken.
2. Ohne die Neugliederung der Landkreise wäre es der NPD zum jetzigen Zeitpunkt nicht gelungen, flächendeckend anzutreten.

3. Wahlergebnisse der NPD 2004 und 2008

3.1 Wahlergebnisse 2004

1,4%, das entspricht mehr als 41.000 Stimmen, und 13 Mandate erhielt die NPD bei den Kreistagswahlen 2004. Was vordergründig wenig erscheint, stellt sich bei einer genaueren Analyse differenzierter dar, da die NPD 2004 lediglich in sechs von damals zweiundzwanzig Landkreisen antrat. In fünf Kreistagen war sie damit vertreten, lediglich im Landkreis Mittweida verfehlte sie mit 1,4% der Stimmen den Einzug in das Kommunalparlament. In den Landkreisen Chemnitzer Land (1,7%) und Freiberg (3,0%) erhielt sie je ein Mandat, in den Landkreisen Meißen (5,1%) und Muldental (5,8%) je drei und im Landkreis Sächsische Schweiz (9,1%) fünf Mandate. Dabei konnte sie nur in der Sächsischen Schweiz alle vierzehn Wahlkreise mit Kandidat_innen besetzen, im Muldental gelang ihr dies in sieben von acht, in Meißen in sechs von zehn, in Freiberg in fünf von dreizehn, im Chemnitzer Land in drei von vierzehn und in Mittweida in zwei von neun Wahlkreisen. Durch die nicht flächendeckende Präsenz der NPD in den Landkreisen, verzerren die kreisweiten Ergebnisse die reale Situation. In den Gemeinden, in denen die NPD antrat, lagen die Ergebnisse meist deutlich höher. So reichten in Mittweida die Ergebnisse von 5,5% bis 14,6%, in Freiberg von 5,8% bis 9,7%, im Chemnitzer Land von 7,2% bis 10,5%, im Muldentalkreis von 3,2% bis 11,5%, in Meißen von 4,8% bis 11,6%⁵ und in der Sächsischen Schweiz von 4,7% bis 26%. Somit konnte die NPD 2004 nahezu überall, wo sie antrat, Erfolge verbuchen.

3.2 Wahlergebnisse 2008

Im Vergleich legte die NPD 2008 landesweit um 3,7% auf nunmehr 5,1% zu und errang 31 Mandate mehr als noch 2004. Sie hat damit nun 44 Mandatsträger_innen in den Kreistagen sitzen. Die Spannbreite der Ergebnisse reicht dabei von 3,3% im Landkreis Zwickau bis 7,5% im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse in den einzelnen Landkreisen und die Vergleichszahlen für 2004.

Landkreis	NPD Ergebnis 2008	NPD Ergebnis 2004
Bautzen (bis 1. August 2008 Landkreise Kamenz, Bautzen und kreisfreie Stadt Hoyerswerda)	5,5% 5 Sitze	Nicht angetreten
Erzgebirgskreis (bis 1. August 2008 Landkreise Aue-Schwarzenberg, Annaberg, Stollberg und Mittlerer Erzgebirgskreis)	5,7% 5 Sitze	Nicht angetreten

Görlitz (bis 1. August 2008 Landkreise Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Löbau-Zittau und kreisfreie Stadt Görlitz)	5,5% 5 Sitze	Nicht angetreten
Landkreis Leipzig (bis 1. August 2008 Landkreise Muldental und Leipziger Land)	4,7% 4 Sitze	2,8% 3 Sitze
Meißen (bis 1. August 2008 Landkreise Riesa-Großenhain und Meißen)	5,7% 5 Sitze	2,9% 3 Sitze
Mittelsachsen (bis 1. August 2008 Landkreise Mittweida, Döbeln und Freiberg)	4,7% 4 Sitze	1,8% 1 Sitz
Nordsachsen (bis 1. August 2008 Landkreise Torgau-Oschatz und Delitzsch)	4,7% 4 Sitze	Nicht angetreten
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (bis 1. August 2008 Landkreise Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis)	7,5% 6 Sitze	4,8% 5 Sitze
Vogtlandkreis (bis 1. August 2008 Landkreise Vogtlandkreis und kreisfreie Stadt Plauen)	3,6% 3 Sitze	Nicht angetreten
Zwickau (bis 1. August 2008 Landkreise Chemnitzer Land, Zwickauer Land und kreisfreie Stadt Zwickau)	3,3% 3 Sitze	0,7% 1 Sitz

Dabei zeigen sich auch hier regional sehr unterschiedliche Ergebnisse, wenn diese nach den alten Kreisstrukturen aufgeschlüsselt werden:

- *Landkreis Bautzen*: zwei der Mandate im Altkreis Kamenz, drei im Altkreis Bautzen und keines in der ehemals kreisfreien Stadt Hoyerswerda;
- *Erzgebirgskreis*: ein Mandat im Altkreis Stollberg, zwei im Altkreis Annaberg, zwei im Altkreis Mittleres Erzgebirge und keines im Altkreis Aue-Schwarzenberg;
- *Landkreis Görlitz*: drei Mandate im Altkreis Niederschlesische Oberlausitz, ein Mandat im Altkreis Löbau-Zittau und ein Mandat in der ehemals kreisfreien Stadt Görlitz.
- *Landkreis Leipzig*: drei Mandate im ehemaligen Muldentalkreis und eines im Altkreis Leipziger Land;
- *Landkreis Meißen*: fünf Mandate im Altkreis Riesa-Großenhain und keines im Altkreis Meißen.
- *Landkreis Mittelsachsen*: ein Mandat im Altkreis Mittweida, drei Mandate im Altkreis Freiberg, kein Mandat im Altkreis Döbeln;
- *Landkreis Nordsachsen*: drei Mandate im vormaligen Kreis Torgau-Oschatz und eines im Altkreis Delitzsch;
- *Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge*: sechs Mandate im Altkreis Sächsische Schweiz und keines im vormaligen Weißeritzkreis;
- *Vogtlandkreis*: drei Mandate im Altkreis Vogtland und keines in der ehemals kreisfreien Stadt Plauen;
- *Landkreis Zwickau*: drei Mandate im Altkreis Chemnitzer Land, keines im Altkreis Zwickauer Land und keines in der ehemals kreisfreien Stadt Zwickau.

Besonders hervor stechen dabei die Gebiete des Altkreises Riesa-Großenhain, in dem es der NPD in jedem der fünf Wahlkreise gelang, ein Mandat zu erzielen, die Niederschlesische Oberlausitz, in der die NPD in drei von vier Wahlkreisen ein Mandat errang, sowie die Sächsische Schweiz, in der sie in fünf von sieben Wahlkreisen erfolgreich war und in einem sogar zwei Mandate erzielte. Die Sächsische Schweiz ist auch die einzige Region, in der es der NPD zum zweiten Mal in Folge gelang, ein Ergebnis weit jenseits der 20%-Marke zu erzielen (Reinhardtsdorf-Schöna 25,2%; 2004: 26,0%). Weiterhin zeigt sich, dass die NPD vielfach in den Regionen erfolgreich war, in denen sie auch schon 2004 antrat.

3.3 Vergleich der Ergebnisse 2004 und 2008

Für die Frage, ob die Ergebnisse eine stärkere Verankerung der NPD widerspiegeln ist der Vergleich der Gebiete wichtig, in denen die NPD bereits 2004 antrat. Diese Verankerung kann dann angenommen werden, wenn die NPD in diesen Regionen ihre Ergebnisse überwiegend halten oder ausbauen konnte und wenn es ihr hier gelang, die 2004 errungenen Kreistagsmandate zu verteidigen. Von Abnutzungserscheinungen muss dann ausgegangen werden, wenn sie sich überwiegend verschlechtert und ihre Kreistagsmandate in anderen Regionen als 2004 errungen hat.

Errechnet man die Ergebnisse der NPD nach den alten Kreisstrukturen, dann verzeichnete die NPD im Kreis Mittweida mit 4,5% (+3,1%), Freiberg mit 5,0% (+2,0%) und dem Chemnitzer Land mit 3,6% (+1,9%) Zugewinne. Im Muldentalkreis stieg die Gesamtzahl der NPD-Stimmen um knapp 270, sie verbesserte sich leicht um 0,1% auf nunmehr 5,9%. In der Sächsischen Schweiz verlor die NPD zwar rund 700 Stimmen, konnte ihr Ergebnis von 9,1% aufgrund der niedrigeren Wahlbeteiligung jedoch halten. Einzig in Meißen verlor die NPD rund 1.400 Stimmen und verschlechterte sich auf 4,7% (-0,4%). Im Folgenden ein detaillierterer Blick auf die sechs Landkreise nach den alten Strukturen.

Im Landkreis Mittweida trat die NPD 2004 in zwei von neun Wahlkreisen an, Vergleichsdaten für 2008 liegen somit für sieben von vierundzwanzig Gemeinden vor. In sechs Gemeinden verlor die NPD dabei prozentual, lediglich in einer Gemeinde verlor sie zwar Stimmen, konnte aber ihr Ergebnis halten. Dabei verlor die NPD sowohl in den Gemeinden mit höherer als auch in denen mit niedrigerer Wahlbeteiligung. Die Ergebnisse in diesen Gemeinden reichten 2008 von 3,2% bis 9,1%.

Im Landkreis Freiberg besetzte die NPD 2004 fünf von dreizehn Wahlkreisen, damit lassen sich elf von siebenundzwanzig Gemeinden vergleichen. In sechs der elf Gemeinden war 2008 eine höhere Wahlbeteiligung als 2004 zu verzeichnen. In einer dieser Gemeinden erhielt die NPD mehr Stimmen und konnte prozentual zulegen, in einer weiteren konnte sie zwar die Stimmzahl halten, verlor jedoch prozentual, in den übrigen vier Gemeinden verlor sie Stimmen und Prozente. Letzteres gilt auch für die fünf Gemeinden mit niedrigerer Wahlbeteiligung. Die Ergebnisse in den elf Gemeinden reichten von 3,9% bis 7,7%. Zwei der drei Kreistagsmandate errang die NPD hier in Gemeinden, in denen sie auch schon 2004 erfolgreich war.⁶

Im Landkreis Chemnitzer Land trat die NPD 2004 in drei von vierzehn Wahlkreisen an, d. h. in zwei von fünfzehn Gemeinden. In beiden war die Wahlbeteiligung 2008 niedriger, die NPD verlor hier Stimmen und prozentual. Eines ihrer drei Kreistagsmandate konnte sie dennoch hier gewinnen.

Im Landkreis Meißen stellte die NPD 2004 in sechs von zehn Wahlkreisen Kandidat_innen auf, vergleichen lassen sich damit zwölf von fünfzehn Gemeinden. In neun Gemeinden verlor die NPD dabei Stimmen und Prozente. Lediglich in drei Gemeinden mit niedrigerer Wahlbeteiligung als 2004 konnte sie ihr Ergebnis ausbauen bzw. halten. In einer gewann sie dabei Stimmen hinzu, in den anderen beiden verlor sie Stimmen. Die Ergebnisse in den zwölf Gemeinden bewegten sich dabei zwischen 4,0% und 7,1%. Keines ihrer ursprünglich drei Kreistagsmandate konnte die NPD 2008 in Meißen verteidigen.

Im Muldentalkreis besetzte die NPD 2004 sieben von acht Wahlkreisen, Vergleichsdaten gibt es somit für achtzehn von einundzwanzig Gemeinden. Insgesamt ergibt sich hier das Bild, dass die NPD 2008 in sieben Gemeinden, davon sechs mit höherer Wahlbeteiligung, schwächer abschnitt als vier Jahre zuvor. In acht Gemeinden verbesserte die NPD ihr Ergebnis, davon drei mit höherer und fünf mit niedrigerer Wahlbeteiligung. In drei Gemeinden, darunter eine mit höherer und zwei mit niedrigerer Wahlbeteiligung, blieb die NPD prozentual (nahezu) unverändert. Die Ergebnisse variierten dabei zwischen 3,8% und 12,3%. Die drei Kreistagsmandate konnten 2008 verteidigt werden und zwar in den Gemeinden, in denen die NPD auch schon 2004 erfolgreich war.

Im Landkreis Sächsische Schweiz trat die NPD bereits 2004 in allen Wahlkreisen an, vergleichen lassen sich damit alle fünfundzwanzig Gemeinden. In neun Gemeinden war die Wahlbeteiligung höher als 2004. In vier dieser Gemeinden steigerte die NPD ihren Stimmenteil und verbesserte sich auch prozentual. In drei der Gemeinden erhielt die NPD zwar mehr Stimmen, musste aber Prozentpunkte einbüßen, in zwei weiteren verlor sie Stimmen und Prozente. In den sechzehn Gemeinden mit niedrigerer Wahlbeteiligung gewann die NPD in sechs an Stimmen und Prozenten, in vier weiteren verlor sie Stimmen, legte jedoch prozentual zu und in sechs verlor sie sowohl Stimmen als auch Prozente. Damit konnte die NPD in der Sächsischen Schweiz in vierzehn Gemeinden ihren Stand verbessern, in elf schnitt sie schwächer ab. Die Wahlergebnisse reichten dabei von 5,3% bis 25,2%. Die fünf Kreistagsmandate von 2004 konnten in den gleichen Gemeinden verteidigt werden, das sechste errang die NPD in einer Gemeinde, in der sie 2004 noch nicht erfolgreich gewesen war.

4. Bewertung

Auch wenn das Bild uneinheitlich ist, so spricht doch einiges dafür, insgesamt von einer Verfestigung der NPD im kommunalen Raum auszugehen. Zwar hat die NPD in einer Reihe von Gemeinden gegenüber 2004 verloren, liegt aber vielerorts noch immer deutlich über 5% der Wählerstimmen. Insbesondere in den Regionen, in denen die NPD bereits 2004 stark aufgestellt war, wie dem Muldentalkreis oder der Sächsischen Schweiz hat sie, von Ausnahmen abgesehen, ihre Ergebnisse halten oder sogar ausbauen können. Sämtliche Kreistagsmandate konnten erfolgreich verteidigt werden. Einzige Ausnahme ist das Gebiet des alten Landkreises Meißen, wo sie alle drei Mandate verlor. Allerdings muss hier einschränkend gesagt werden, dass die NPD in den Meißener Wahlkreisen I, II und III 2008 jeweils deutlich über 5% erhielt, der Verlust der Mandate hier also auf die massiven Verzerrungen des Ergebnisses zurückzuführen ist, die mit der Anwendung des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens bei der Stimmauszählung einher gehen.⁷ Darüber hinaus traten nach dem Jahr 2004 mit Mirko Schmidt und Matthias Paul zwei Mitglieder des Kreisverbands Meißen aus der NPD aus. Schmidt, der noch 2004 ein Kreistagsman-

dat für die NPD in Meißen errungen hatte, verließ dabei von sich aus die Partei und sitzt seitdem als fraktionsloser Abgeordneter im Sächsischen Landtag und bemüht sich, mit der Sächsischen Volkspartei eine eigene Partei aufzubauen. Der frühere Landtagsabgeordnete Paul musste die Partei verlassen, nachdem Ermittlungen wegen Kinderpornographie gegen ihn eingeleitet wurden. Möglicherweise hat der Verlust zweier prominenterer Mitglieder der NPD zum Stimmverlust beigetragen. In der Regel haben die Landkreise, in denen die NPD bereits 2004 antrat, das Ergebnis in den neuen Kreisstrukturen nach oben gezogen. Einzige Ausnahme ist auch hier der Landkreis Meißen, in dem der Altkreis Riesa-Großenhain großen Anteil für das gute Abschneiden der NPD im Gesamtkreis hat. Auch wenn die NPD hier erstmals zu einer Kreistagswahl antrat, konnte sie dennoch auf sehr gut ausgebaute Parteistrukturen zurück greifen. Seit dem Jahr 2000 ist die *Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH*, die die parteieigene Zeitung gleichen Namens heraus gibt und einen Versandhandel betreibt, hier ansässig.

Weiterhin zeigt sich, dass eine höhere Wahlbeteiligung nicht automatisch zu Lasten der NPD geht. Zwar war die Wahlbeteiligung insgesamt relativ niedrig, jedoch gelang es der NPD in mehreren Gemeinden mit einer höheren Wahlbeteiligung als 2004, ihre Position zu verbessern. Ohnehin ist es eine eher fragwürdige Annahme, davon auszugehen, dass der Teil der Bevölkerung, der seine Distanz zum politischen System durch Nichtwahl dokumentiert, automatisch eher einer der demokratischen Parteien zuneigen würde. Gerade der große Teil der Nichtwähler ist es, der sich als kritisches Potential für die Demokratie erweisen kann, wenn es den demokratischen Parteien nicht gelingt, hier wieder Vertrauen aufzubauen.

Wie oben gezeigt, korrespondieren die hohen NPD-Ergebnisse jedoch nicht immer mit gut ausgebauten Parteistrukturen. In vielen Regionen, in denen die NPD Erfolge erzielte, ist sie nur rudimentär vertreten. Die von der NPD stets behauptete Volksnähe ist damit nicht nur inhaltlich, sondern auch von der kontinuierlichen Präsenz durch Personen her, nach wie vor ein Mythos. Dass dies nicht zwangsläufig in schlechten Wahlergebnissen mündet, ist nur scheinbar ein Widerspruch. Die gefühlte Nähe der Partei durch viele Wählerinnen und Wähler wiegt offenbar schwerer als die tatsächliche. Auch die oftmals zu beobachtende mangelnde charakterliche und fachliche Kompetenz der NPD-Funktionäre wirkt dem nicht entgegen. Trotz dieser Schwächen der Partei, ist es ihr gelungen, vielerorts ein Stammwählerpotential deutlich jenseits der 5% aufzubauen, das sich auch durch die zahlreichen Skandale, in die die NPD seit dem Landtageinzug verwickelt war, sowie die vielfach zu beobachtende Inkompetenz der NPD-Abgeordneten in den unterschiedlichen parlamentarischen Gremien insbesondere in der Kommunalpolitik nicht von der Partei abwendet. Hier verfängt demnach die häufig strapazierte These von den Protestwähler_innen, die aus Enttäuschung über die demokratischen Parteien NPD wählen, nicht. Vielmehr muss eine ideologisch verfestigte NPD-Wählerschaft in Sachsen angenommen werden. Von einem Wiedereinzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2009 muss daher ausgegangen werden. Auch wenn das Ergebnis sicherlich nicht so spektakulär ausfallen wird wie 2004, zwischen 5% und 7% der Wählerstimmen dürfte die NPD Ende August 2009 erhalten. Dabei muss zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass sie alle 60 Wahlkreise in Sachsen mit Direktkandidaten besetzen wird. Auch im Hinblick auf die Stadt- und Gemeinderatswahlen im Juni 2009 muss von einer stärkeren Präsenz der NPD ausgegangen werden. Die Kreistagswahlen haben der NPD wertvolle Hinweise gegeben, in welchen Gemeinden sie ihre Aufbauarbeit kurzfristig forcieren sollte, um dort mit eigenen Listen anzutreten.

Damit einher geht eine Herausforderung für die demokratischen Parteien und die Medien, einen angemessenen Umgang mit der Partei zu finden. Dass es gerade im kommunalen Raum nicht selbstverständlich ist, die Zusammenarbeit mit der NPD grundsätzlich zu verweigern, haben sowohl der Wahlkampf als auch die ersten Kreistagsitzungen nach der Wahl gezeigt. So kam in der Regionalausgabe der *Leipziger Volkszeitung* für den Muldentalkreis im Wahlkampf ein NPD-Kreistagskandidat völlig unkommentiert zu Wort.⁸ Der Selbstdarstellung als normale Partei neben anderen wurde damit Vorschub geleistet. In zahlreichen Kreistagen kam es bei den konstituierenden Sitzungen dazu, dass NPD-Kreisräte bei den Wahlen zur Besetzung von Ausschüssen z. T. bis zu fünf Stimmen mehr erhielten, als NPD-Abgeordnete in dem jeweiligen Kreistag vertreten sind. Auch hier stehen die Landesverbände der demokratischen Parteien und insbesondere die Landtagsfraktionen in der Verantwortung, die im Landtag gemachten Erfahrungen und erprobten Umgangsweisen mit der NPD zu multiplizieren und die Kreis- und Ortsverbände diesbezüglich stärker als bisher zu unterstützen. Inhaltliche Ansatzpunkte hat der Kreistagswahlkampf dafür geliefert. Es ist nicht zu erwarten, dass die NPD 2009 wesentlich andere Schwerpunkte setzt als bisher. In der Öffentlichkeit sollten auch die gewalttätigen Hintergründe vieler NPD-Kandidaten thematisiert werden.

Anmerkungen

- ¹ Da in Sachsen jede/r Wähler_in bei Kommunalwahlen bis zu drei Stimmen hat, die einem Kandidaten, verschiedenen Kandidaten einer Partei oder auch Kandidaten verschiedener Parteien gegeben werden können (sog. Kumulieren und Panaschieren), ist die Stimmzahl nicht automatisch mit einer entsprechenden Zahl von Wähler_innen gleich zu setzen.
- ² Vgl. Pressemitteilung der NPD Sachsen vom 23. April 2008 «Die sächsische NPD auf dem Weg in die Kreistage».
- ³ Im August 2007 kam es auf einem Stadtfest der sächsischen Kleinstadt Mügeln zu einem massiven rassistischen Übergriff. Acht Inder wurden von einer Gruppe von ca. 50 Menschen gejagt, z. T. schwer verletzt und konnten sich nur knapp in eine ortsansässige Pizzeria flüchten. Die Polizei konnte nur mit Mühe und nach langer Zeit die aufgehetzte Menschenmenge unter Kontrolle bringen. Der Vorfall brachte Mügeln weltweit in die Schlagzeilen. Von Rechtsextremisten wurde bereits frühzeitig versucht, das Thema zu instrumentalisieren und durch eine Täter-Opfer-Umkehr, die Mügeln Bevölkerung als das eigentliche Opfer darzustellen. Die NPD griff dies systematisch auf und brachte auch einen eigenen Flyer zum Thema heraus.
- ⁴ Vgl. NiP Sachsen & AKuBiZ e.V. Pirna: Kritische Dokumentation Kreistagswahlen 2008, Dresden 2008.
- ⁵ Dieses Ergebnis erzielte die NPD in der Stadt Meißen, die sich in zwei Wahlkreise gliederte. Im Wahlkreis 7 (Meißen 1) lag das Ergebnis bei 12,9% im Wahlkreis 8 (Meißen 2) bei 10,5%.
- ⁶ Mit der Neugliederung der Landkreise, haben sich auch die Wahlkreise verändert. Ein unmittelbarer Vergleich ist daher nicht möglich. Hier wurde überprüft, welche Gemeinden 2004 in den für die NPD erfolgreichen Wahlkreisen lagen, in welchen Wahlkreisen die Gemeinden 2008 lagen und ob es der NPD gelang, hier 2008 wieder ein Mandat zu erringen. So war die NPD 2004 im Landkreis Freiberg in den Gemeinden im Wahlkreis 9 erfolgreich. 2008 befanden sich diese Gemeinden in den Wahlkreisen 3 und 4, in beiden errang die NPD ein Mandat.
- ⁷ Bei diesem Verfahren lässt sich nicht im Vorhinein sagen, ab wie viel Prozent eine Partei, einen Sitz erhält. Dies ist zum einen abhängig von der Stimmzahl der anderen Parteien, zum anderen von der Zahl der in einem Wahlkreis vergebenen Sitze. In Sachsen gab es 2008 Wahlkreise, in denen etwas mehr als 4,5% der Stimmen ausreichten, um einen Sitz zu erhalten. In anderen Wahlkreisen waren hierfür Ergebnisse von deutlich über 6% nicht ausreichend. Zum d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren vgl. z. B. den entsprechenden Eintrag bei wikipedia unter <http://www.wikipedia.de>
- ⁸ Vgl. Leipziger Volkszeitung – Muldentalzeitung, vom 30. Mai 2008, S. 22 «NPD will Programme für Beschäftigung».

Miro Jennerjahn, Diplom-Politologe; seit Mai 2006 als Projektkoordinator beim Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen tätig, daneben freiberufliche Beschäftigung als Referent in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung; Sprecher des Kreisverbandes Landkreis Leipzig von Bündnis 90/Die Grünen; 2006 erschien sein Buch «Neue Rechte und *Heidentum*. Zur Funktionalität eines ideologischen Konstrukts»

«frei, sozial und national» - Die Jungen Nationaldemokraten im ideologischen Spagat zwischen angepasster Parteijugendorganisation und Teil einer neonazistischen Event-Bewegung

Als Jugendorganisation der NPD stehen die Jungen Nationaldemokraten (JN) für die ideologische Nähe zur Partei. Ihre Aufgabe ist die Rekrutierung neuer Nachwuchskader und die Bindung jugendlicher Rechter und Neonazis aus parteifreien und losen Strukturen, wie beispielsweise Kameradschaften an die Partei.

Damit stellt die JN seit Jahren eine radikale und neonazistisch orientierte «Jugendorganisation» dar, die eine wichtige Scharnierfunktion übernimmt zwischen der NPD als Ausdruck des etablierten und parlamentarischen Neonazismus und den eher erlebnisorientierten und jugendgemäßen Neonazis, die sich explizit «parteilos» verstehen und in ihren Forderungen radikaler und autonomer auftreten. Durch Entwicklungen der letzten Jahre, hat sich die JN zunehmend von Inhalten der NPD radikalisiert, dennoch ist sie für die NPD von Bedeutung als «Fuß in der Tür» bei der Jugend.

Eine besondere Bedeutung kommt der Zeitschrift Hier&Jetzt zu, die einmal als Organ der JN auftritt, gleichzeitig ihren Einfluss in weiteren Teilen des rechten Spektrums beansprucht.

Hier soll nun die Entwicklung der JN mit Schwerpunkt auf Sachsen nachvollzogen werden und insbesondere ihre Wirkungsmacht auf die aktuellen Bestrebungen von Neonazis beleuchtet werden.

Entwicklung der JN bundesweit

Fünf Jahre nach Gründung der NPD, 1969, wurden die Jungen Nationaldemokraten (JN) als «nationalistische Jugendbewegung Deutschlands» und «Jugendorganisation der NPD» gegründet. Gab es in den Anfangsjahren noch starke Berührungspunkte zwischen der damaligen «Altherrenpartei» NPD und der «Jugend», ist die JN inzwischen integraler Bestandteil der NPD-Politik. Unzählige Neonazis sammelten mittlerweile ihre ersten politischen Erfahrungen in der JN, um später Karriere in der NPD und/oder anderen neonazistischen Organisationen zu machen.

Dabei gab es von Beginn an zuweilen heftige Auseinandersetzungen über die Ausrichtung der politischen Inhalte. «Manch ältere Parteifreunde hatten erhebliche Bedenken, ob die Umerziehung nicht ihre Spuren hinterlassen habe. Andere befürchteten, dass eine Jugendorganisation vielleicht zu aufmüpfig werden könnte. Und wieder andere hätten gern die Jugend auf jugendpflegerische Betreuung beschränkt gesehen, für die man die Wiking-Jugend oder auch den Bund Heimattreuer Jugend als bereits vorhanden ansah. In der Gründungsphase war es vor allem der damalige Parteivorsitzende Adolf von Thadden, der sich vehement gegen die Gründung einer eigenständigen Jugendorganisation aussprach, da ‚die NPD keiner zweiten Hitler-Jugend bedürfe‘.»¹ Heute hat eine ganze Reihe führender NPD-

Funktionäre zuvor wichtige Ämter bei der JN bekleidet und unterstreichen so den Erfolg der JN als «Sprungbrett» einer Karriere in der NPD.

Der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert war 1973-1975 Bundesvorsitzender der JN.² Und alle JN-Bundesvorsitzenden seit den neunziger Jahren haben mittlerweile Ämter in der NPD inne: Andreas Storr³ ist inzwischen Mitarbeiter der sächsischen NPD-Fraktion und Fraktionsvorsitzender im Kreistag Görlitz. Sein Nachfolger bei der JN, Holger Apfel, ist heute Fraktionsvorsitzender der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD.⁴ Zuvor war er Verlagsleiter und kurzzeitig Chefredakteur der NPD-Zeitung «Deutsche Stimme». Der ihn beerbende Sascha Roßmüller wurde inzwischen Mitglied im NPD-Bundesvorstand und war Spitzenkandidat bei der bayrischen Landtagswahl 2008.⁵ Und auch der ehemalige Burschenschaftler Stefan Rochow war Pressesprecher der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag und ist Mitglied im NPD-Bundesvorstand.⁶

Die Hoffnung auf solche Parteikarrieren ist einer der Gründe, die die JN attraktiv machen für neonazistische Jugendliche.

Gliederungen der JN sind neben dem Bundesverband Landesverbände, die momentan aber nicht in allen Bundesländern bestehen und lokale oder regionale Stützpunkte. Traditionell verankert und aktiv ist die JN in Südwest- und Ostdeutschland. In anderen Landesteilen hat sie dagegen wenig bis keine Wirkungsmacht entfaltet. In Baden-Württemberg bestehen zehn, in Sachsen acht, in Sachsen-Anhalt sieben, in Bayern fünf sowie in Thüringen vier JN-Stützpunkte.⁷

Die entsprechenden Landesverbände sind gleichzeitig die besonders aktiven innerhalb der JN. So wurden die ostdeutschen Verbände erst in den letzten Jahren gegründet und haben wie in Sachsen und Sachsen-Anhalt erst seit 2007 Bestand.

Dass das kein Zufall ist, liegt auf der Hand. Hier sind führende JN-Funktionäre gleichzeitig Aktivisten der offenen neonazistischen «freien Kräfte» und/oder «Autonomen Nationalisten», die ihre Erlebnis- und Aktionsorientierung in die JN transformieren.

So wurde 2006 Norman Bordin bayrischer Landesvorsitzender. Zuvor war er Mitgründer der Kameradschaft Süd/Aktionsbüro Süddeutschland⁸ und nach einer Haftstrafe Stützpunktleiter des inzwischen aufgelösten Kampfbund Deutscher Sozialisten München. In Sachsen sind mit Thomas Rackow und dem derzeit inhaftierten Thomas Sattelberg gleich zwei ehemalige Führungskräfte der verbotenen Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) auf Landesebene aktiv.⁹

In der Alten Bundesrepublik bestanden die Aktivitäten der JN vorrangig aus solchen mit der und für die Mutterpartei. Entsprechend beteiligte sie sich an Kampagnen der NPD, setzte sie sich gegen die Deutsche Teilung ein und einzelne Aktivisten verübten dabei auch Anschläge auf Grenzbefestigungen der DDR. Größere Außenwirkung konnte die JN aber weder damit noch mit ihren klassischen Aktivitäten wie Flugblattverteilungen und Mahnwachen erreichen.

Die JN war in ihrer Organisationsstruktur zu schwerfällig und wurde zudem von der «Altherrenpartei» NPD dominiert. So wurde eine eigenständige Entwicklung der JN verhindert. Der JN gelang es weder, sich von der Mutterpartei zu «emanzipieren» noch subkulturell orientierte Neonazis und Jugendliche anzusprechen.

Zu Beginn der Wende in Ostdeutschland waren die JN von internen Querelen und der deutlichen Überalterung ihrer Mitglieder stark geschwächt. Offen gewaltbereite Neonazi-Grup-

pierungen wie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) und «Deutsche Alternative» (DA) erlebten hingegen deutlichen Zulauf, während die JN schrumpfte. Zeitgleich beteiligten sich JN'ler am Aufbau von Strukturen in den neuen Bundesländern. Hier sah man die Möglichkeit, gewissermaßen von «Anfang an», den Umschwung mitzubestimmen und sich selbst beziehungsweise die NPD als «nationale Interessenvertreter» zu etablieren. In Folge dessen verlagerten sich die JN-Aktivitäten vorrangig nach Osten. Schon kurz nach den ersten Montagsdemonstration im August 1989 in Leipzig unterstützten westdeutsche JN-Kader Flugblattverteilaktionen der NPD. Im Anschluss daran führten mehrere Dutzend Neonazis den «Tag von Görlitz» durch. Am 18. August 1989 fand mit etwa 60 teilnehmenden ost- und vorwiegend westdeutschen Neonazis eine der ersten Kundgebungen der JN in Ostdeutschland im ostsächsischen Görlitz statt. Demonstriert wurde «gegen den weiterhin großen Einfluss der früheren SED-Funktionäre und die Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete als zweite Etappe des deutschen Einigungsprozesses»¹⁰. Danach zogen die Neonazis auf die Grenzbrücke nach Polen und posierten dort mit Deutschland- und JN-Fahnen.

Trotz des nationalistischen und rassistischen Aufwinds aus dem Osten musste die JN ihre strukturellen Schwierigkeiten beheben, um der drohenden Bedeutungslosigkeit zu entgehen. Die Reform begann im September 1990 beim JN-Bundeskongress, der bezeichnenderweise in Leipzig stattfand. Hier sollten neben der «Vereinigung der mittel- und westdeutschen JN» die Beschlüsse gefasst werden, die die JN ins «Neue Jahrtausend» führen sollten. Fortan sollte die JN eine kaderorientierte Organisation werden, deren Mitglieder sich aus «aktivistischen, höchst mobilen, völlig entbürokratisierten, autonomen Gruppen von politisch Militanten» zusammen setzen und die die «revolutionäre Speerspitze» der NPD bildet.¹¹ Dieser postulierte Anspruch sorgte in den Folgejahren für diverse Spannungen zwischen der NPD und der JN.

Es wurden regelmäßige Schulungsveranstaltungen beschlossen, die zur ideologischen Festigung der Aktivisten dienen sollten. Durch weitere regelmäßige Aktivitäten wollte die JN in den nächsten Jahren ihren Führungsanspruch in der neonazistischen Szene forcieren. Zu Hilfe kam ihr dabei, dass im Zuge der «Verbotswelle» 1992-1995 vom Bundesinnenminister einige neonazistische Organisationen verboten wurden.¹² So wurden nicht nur einzelne Mitglieder, sondern auch komplette Organisationsstrukturen in die JN eingebunden. Insbesondere konnten so weite Teile der FAP und der Nationalistischen Front (NF) ihre Arbeit, nun mehr unter dem Dach der JN, fortsetzen. Damit konnte sich die JN zum bedeutendsten Sammelbecken für militante Neonazis entwickeln. Welchen Stellenwert die JN damals besaß, verdeutlichte Steffen Hupka in einer JN-Zeitung: «Macht eine Arbeitsteilung! Laßt einige Leute den Kontakt zur JN durch Mitgliedschaft halten und nutzt so die Vernetzung mit einer großen Organisation, andere Kameraden können dafür andere Aufgaben vor Ort übernehmen.»¹³

Außerdem wurde beim Bundeskongress der Leipziger Frank Kolender zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt, der das Amt aber nur ein Jahr inne hatte.¹⁴ Mit der Wahl eines Ostdeutschen zum Führungsfunktionär machte die JN deutlich, welchen hohen Stellenwert sie der Entwicklung in den neuen Bundesländern beimaß. Dennoch war ihr Bestreben lange Zeit nicht von Erfolg gekrönt. Erst fünf Jahre später, als 1996 wieder ein JN-Bundeskongress in Leipzig stattfand, sollte das Startsignal für den Aufbau neuer JN-Strukturen gegeben werden.

Eine maßgebliche Voraussetzung für den Vormarsch der JN waren die zeitgleich erfolgenden Veränderungen in der NPD. Ebenfalls 1996 hatte Udo Voigt den NPD-Parteivorsitz von Günter Deckert übernommen. Voigt, der als Freund der JN galt, propagierte fortan das so genannte «Drei-Säulen-Konzept». Mit dem «Kampf um die Köpfe», dem «Kampf um die Straße» und dem «Kampf um die Parlamente» wollte er der NPD neuen Einfluss erkämpfen. Mit dem «Kampf um die Straße» sollten jüngere Neonazis angesprochen werden. Die NPD wollte fortan nicht mehr auf jüngere, erlebnis- und aktionsorientiertere Neonazis verzichten. Dass diese auch oftmals militanter und gewaltbereiter waren, störte hierbei nicht. Auch fand eine Reihe JN-Kader nun Aufnahme im NPD-Bundesvorstand, ebenso wurde das von der JN gesetzte Thema «Sozialabbau/Soziale Frage» wurde von der NPD übernommen. Mit Udo Voigt erhielt die JN den von ihr avisierten Einfluss in der Mutterpartei und hatte sich vom «Anhängsel» zum «Motor» für eine verstärkte neonazistische Orientierung der Partei entwickelt.

Im März 1997 organisierte die JN eine Demonstration in München gegen die – auch im gesellschaftlichen Diskurs stark umstrittene – Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944.». Mit über 4.000 Teilnehmer_innen stellt dieses Ereignis einen Wendepunkt für die deutsche Neonazi-Szene dar. Es war die größte neonazistische Demonstration seit über 20 Jahren. Zum anderen konnte die JN in München ihren Führungsanspruch verdeutlichen und festigen. Im Sog von München gerieten die JN und die NPD in einen Aufwind, der schließlich zum Einzug in verschiedene Kommunal- und Landesparlamente führen sollte.

Entwicklung in Sachsen

In Sachsen ging dieses Konzept auf. Mit zeitweilig weit über 1000 Mitgliedern wurde der NPD Landesverband Sachsen zum bundesweit größten und aktivsten. Bemerkenswert war und ist, dass die meisten der NPD-Mitglieder unter Dreißigjährige sind. Entsprechend eng wurde der Draht zwischen Partei, Jugendorganisation und partei-ungebundenen Neonazis und rechten Jugendlichen.

Hierzu leisteten die JN-Funktionäre Katharina Handschuh und Oliver Händel einen gewichtigen Beitrag.

Die Dresdnerin Handschuh war beim Bundeskongress der JN in Leipzig 1996 zur Bundesmädelführerin gewählt und Mitglied des Bundesvorstands geworden. Oliver Händel war JN-Aktivist in Köln und ebenfalls langjähriges Bundesvorstandsmitglied. Mit seinem Umzug nach Dresden wurde auch die JN-Bundesgeschäftsstelle von Bochum nach Dresden verlegt. Ausgehend von der neuen «JN-Zentrale» wollte Händel die regionale Szene «straffen und ausbauen». Wie eng von Beginn an die Zusammenarbeit mit der NPD war, zeigt beispielsweise, dass Händel als stellvertretender Wahlkampfleiter die Öffentlichkeitsarbeit der NPD im Wahlkampf übernahm. Die JN-Bundesgeschäftsstelle am Dresdner Waldschlösschen wurde zu einem hoch frequentierten Treffpunkt von NPD- und JN-Funktionären. Von hier aus wurde die Aufbau-Arbeit der JN Sachsen koordiniert. Folgerichtig wurde Händel Ende 1998 Landesvorsitzender.¹⁵ Dennoch war es Handschuh und Händel nicht gelungen, die sächsische JN auf eine breite Mitgliederbasis zu stellen. Nur vereinzelt konnten sie Strukturen etablieren, eine eigene Profilschärfung und eine Abgrenzung von der NPD gelang ihnen kaum. Neben den beinahe allgegenwärtigen und offen gewaltbereiten und neonazistischen Kameradschaften konnte die JN kein eigenes subkulturelles Angebot schaffen.

Hinzu traten verschiedene Streitereien innerhalb der Szene, die Schwächungen der JN zur Folge hatten. Schon ein knappes Dreivierteljahr nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der JN war Händel mit der NPD und JN fertig. Mit der Feststellung «Den Kampf zum Wohle des deutschen Volkes in den Reihen der NPD/JN zu führen, ist absolut zwecklos.» begründete er seinen Ausstieg aus der JN.¹⁶ Mit ihm legte Anfang Juni 1999 der gesamte sächsische Landesvorstand seine Arbeit nieder und trat aus der JN aus. Auch der nordrhein-westfälische Landesverband und Teile des baden-württembergischen Landesverbands schlossen sich an.

Zerstritten hatte man sich an der zukünftigen Ausrichtung der Jugendorganisation. Die Fraktion um Holger Apfel strebte eine stärkere Bindung an die Mutterpartei NPD an, wogegen die JN in Nordrhein-Westfalen und Sachsen eine unabhängige Kader-Organisation forderten.¹⁷

Die Renegaten gründeten nun das Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG), in welchem sie vorrangig Kaderschulungen zukünftiger «politischer Soldaten» betreiben wollten. Zwar konnte das BDVG in Ostsachsen zeitweilig regionale Strukturen etablieren, von Dauer war es aber nicht.

Die JN war ebenso deutlich geschwächt worden und konnte sich nur langsam vom Verlust vieler führender und aktiver Mitglieder erholen.

Entwicklung nach der Jahrtausendwende

Mit dem Aufschwung der NPD und ihrer Etablierung als relevanteste neonazistische Partei in Sachsen und Deutschland wurde sie, wie auch die JN, um die Jahrtausendwende wieder attraktiver für parteifreie Neonazis. Innerhalb der JN/NPD-Strukturen erwartete man Karrierechancen genauso wie die Möglichkeit, weitgehend ungestört von staatlicher Repression agieren zu können. Dennoch dauerte es einige Jahre, ehe wieder ab 2005 sächsische JN-Stützpunkte entstanden. Ähnlich der Situation Mitte der neunziger Jahre diente auch diesmal die JN wieder teilweise als «Unterschlupf» für militante Neonazis aus verbotenen Strukturen. So besteht der Stützpunkt Sächsische Schweiz aus einer ganzen Reihe ehemaliger Aktivisten der verbotenen Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Der Stützpunktleiter Michael Schaffrath war ebenfalls bei SSS aktiv und gilt als ehemaliger Hammerskin.¹⁸ Mit Sebastian Richter, Thomas Rackow und Thomas Sattelberg stiegen drei weitere Führungskader der Parteifreien in den JN-Landesverband auf.

Auch in Ostsachsen gründete sich in Hoyerswerda ein neuer JN-Stützpunkt, dessen Mitglieder beinahe komplett aus der Kameradschaft Freie Aktivisten Hoyerswerda (FAH) in die JN übertraten. Deren Führungskader Sebastian Richter fungiert mittlerweile als «Schriftleiter» der JN-Bundesverbandszeitschrift «Der Aktivist».

Der heutigen JN in Sachsen gelang es, eine Reihe von Aktivisten aus dem freien Spektrum zu integrieren und somit enge Wechselwirkungen zu schaffen. Zur Folge hat dies, dass die Grenzen zwischen JN und freiem Spektrum teilweise verschwimmen und es zu einer Radikalisierung beider Seiten kommt. Zum anderen pflegen insbesondere regionale JN-Aktivisten die Zusammenarbeit und den Austausch mit den parteifreien Kräften, der durchaus wechselseitige Vorteile bietet. Zudem stellen beide, JN und Parteifreie nur zwei Seiten der Medaille dar. Ihre ideologischen Schnittpunkte überwiegen, trotz verschiedener Organisationsformen.

Aktivitäten der sächsischen JN

Attraktiv für neonazistische Jugendliche ist die JN nicht zuerst durch ihre Parteinähe, sondern durch ihren gewollt revolutionären und aktionistischen Habitus. Von Beginn an war ihr Motto «Kampf. Aktion. Widerstand.» Ihr Leitspruch lautet: «Ein revolutionärer Geist! Eine sozialistische Idee! Eine aktivistische Jugend!» «Die Jungen Nationaldemokraten verstehen sich als eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung.»¹⁹ Um ihrer Aufgabe als «Kaderschmiede» für die NPD gerecht zu werden, liegt der Schwerpunkt der JN inhaltlich auf zweierlei: Einmal auf der «Jugendarbeit», das heißt auf Formung und Schulung der Mitglieder im Rahmen von Veranstaltungen, Vorträgen, Selbstschulung u.ä.. Dazu werden mehrere Zeitschriften und «Briefe» aufgelegt. Zur Jugendarbeit zählt auch die Beteiligung an neonazistischen Netzwerken und deren Aktivitäten wie dem «Freien Netz»²⁰ oder dem «Lausitzer Aktionsbündnis»²¹. Letzteres wird weitgehend von JN-Aktivist*innen, die selbst aus dem freien neonazistischen Lager stammen, beeinflusst.

Im alltäglichen politischen Agieren führt die JN Sachsen auch eigenständig Aktionen durch, wie eine «Gedenkwache» in Chemnitz anlässlich des Jahrestags der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg, Osterlager in Ostsachsen, Schüler-Zeitung-Verteilaktionen an Schulen und Berufsschulen. Die erste Ausgabe der sächsischen JN-Schülerzeitung «perplex» wurde im Herbst 2007 als jugendgefährdende Schrift eingestuft und deren Verteilung an Minderjährige untersagt.

Auch im neonazistischen Musikgeschäft versucht die JN mit unterschiedlichem Erfolg eine einflussreiche Rolle einzunehmen. Die ehemaligen bundesweiten JN-Kader Sascha Wagner und Jens Pühse nahmen hier eine bedeutsame Rolle ein. Während Sascha Wagner in den neunziger Jahren an einer Reihe von Konzertdurchführungen beteiligt und zeitweise Chefredakteur der Zeitschrift «Noie Deutsche Welle» war, gründete Jens Pühse mit Pühses-Liste einen der inzwischen bundesweit größten Rechtsrock-Vertriebe. Mittlerweile ist Pühses Liste beim Deutsche Stimme Verlag beheimatet und Pühse Geschäftsführer desselben. In Ostsachsen versuchte die JN mehrfach, musikalisch Fuß zu fassen. Nach dem Einzug der NPD in den Landtag 2004 meldete ein JN-Funktionär unter dem Motto «Singen und Tanzen für Deutschland» mehrere Veranstaltungen in der Diskothek Wodan im ostsächsischen Mücka an.

Das Konzept war so einfach wie erfolgreich: RechtsRock-Konzerte garniert mit Redebeiträgen von NPD-Funktionären zwischen den einzelnen Bands. Damit sollten die Konzerte als Parteiveranstaltungen deklariert und so ein Verbot umgangen werden. Zusätzlich sorgte die Anwesenheit von NPD-Landtagsabgeordneten dafür, dass die ohnehin nicht sonderlich handlungsfreudigen Behörden im zuständigen Landratsamt Niesky der Entwicklung in Mücka lange Zeit schulterzuckend zu sahen. Unter den drei Konzerten, die im Rahmen der Reihe stattfanden, sorgte das Konzert mit dem Sänger der als kriminelle Vereinigung eingestuften Szeneband Landser, Michael Regener alias Lunikoff, für die meisten Schlagzeilen. Bei dem Konzert am 27. November 2004 verabschiedete er sich von den etwa 1.000 Zuschauer_innen unverhohlen deutlich: «Bis zum nächsten Mal! 88! Wir kommen wieder!» Die «Kameraden» wussten das codierte «Heil Hitler» zu deuten; die anwesenden Polizisten schritten auch hier nicht ein. Die Veranstaltungsreihe endete erst im April 2005 durch eine Kündigung des Pachtvertrages der Diskothek Wodan.²²

Wenige Monate später startete die JN einen neuen Versuch. Diesmal sollte in einer Oderwitzer Gaststätte eine Konzertreihe mit dem Titel «Nationale Musikkultur statt Multikulturlkultur» etabliert werden. Aber auch hier ging das Konzept nicht auf. Nachdem es schon zum

ersten Konzert massive Proteste gab, schloss der Gastwirt keine weiteren Verträge ab.²³

Im August 2007 führte die JN Sachsen gemeinsam mit Vertretern Freier Kräfte nach dem selben Konzept einen «JN Sachsentag» in Dresden durch. Vor mehreren Hundert Teilnehmer_innen traten zwei schwedische und zwei deutsche Neonazi-Bands sowie als Höhepunkt die US-amerikanischen Zwillinge Prussian Blue auf. Neben Infoständen diverser neonazistischer Gruppierungen, einer Kinderhüpfburg und Biertischgarnituren sprachen die NPD-Funktionäre Holger Apfel und Udo Voigt zu den Anwesenden. Beim «JN Sachsentag» wurde die enge und ineinander fließende Kooperation zwischen JN und militanten Neonazis deutlich. Der zur Absicherung des Festes eingesetzte «JN-Sicherheitsdienst» bestand unter anderem aus mehreren Vertretern des gewaltbereiten Spektrum der regionalen neo-nazistischen Hooliganszene. Unterstützt wurde der «JN Sachsentag» außerdem von zwei sächsischen Szene-Geschäften.²⁴ Auch ein Jahr später versuchte die JN eine Neuauflage des Sachsentags in Dresden. Trotz eines diesmal erfolgten Verbots mobilisierte sie nach Dresden. Hier marschierten dann wiederum etwa dreihundert Neonazis zu einer Spontandemonstration auf, die weitgehend aus dem Spektrum der autonomen Nationalisten stammten und teilweise gewalttätig gegen Presse und Polizei vorgingen.

Mit solchen eigenen Aktionen und der Unterstützung von Aktivitäten anderer neonazistischer Kräfte gelingt es der sächsischen JN, Anknüpfungspunkte in die verschiedenen Spektren zu halten und zu nutzen. Dies wird durch die teilweise enge personelle Verknüpfung für beide Seiten nutzbringend gefördert. Zudem gibt sich die sächsische JN in ihrer öffentlichen Darstellung glaubhaft «revolutionär» und «national sozialistisch» und trifft auch hier den Ton freier Aktivisten. Davon angesprochen fühlte sich auch Sebastian Richter. Auf die Frage, warum er nun in der JN organisiert sei, gibt er staatlichen Druck an und «[sei es] notwendig, werden wir auch im Untergrund weiter agieren. Der andere Grund ist, dass sich die JN gewandelt hat. Jetzt sagen sie, dass etwas mit der parlamentarischen Demokratie nicht stimmt. Sie sind gegen die Finanzoligarchie, gegen das Kapital, haben sich sozialistisch aufgestellt. Mit dieser Distanzierung zum liberal-kapitalistischen System ist sie für uns, die revolutionären Nationalisten, attraktiv geworden: Sie fordern genau wie wir einen Volksstaat, der national und sozialistisch ist. Die JN ist vom Habitus revolutionärer als die NPD.»²⁵

Den gleichen Anspruch hat das wichtigste Verlautbarungsorgan der JN Sachsen, die Zeitschrift «Hier&Jetzt».

«Hier&Jetzt»

Seit Dezember 2005 erscheint die Zeitschrift Hier&Jetzt vierteljährlich als «neues Theorieorgan der Jungen Nationaldemokraten Sachsen». Selbst gestellter Anspruch ist es «einen neuen Nationalismus» voranzutreiben und «identitäre Lebensart jenseits der Schmuddel-ecken» anzubieten. Die Zeitschrift gibt vor, in einer angeblich thematisch von Tabus geprägten Medienlandschaft eine «argumentative Diskurserweiterung» zu liefern. Durch die Sprachwahl und die poppige Aufmachung will die «radikal rechte Zeitung»²⁶ ganz dem neuen selbstgesteckten Anspruch der JN Sachsen, «revolutionäre Jugendpolitik» zu betreiben, ideologische Unterfütterung bieten. «Es geht wohl um die Revolution», nicht weniger.²⁷

Als reines Theorieorgan versteht sie sich dabei nicht. Doch will sie offensiv zu einer «Intellektualisierung» der Szene beitragen und fühlt sich dabei von der NPD «nicht gehofiert». Sie will vielmehr «vor allem auch die Entschlußkräfte eines zielgerichteten Han-

delns freilegen». In dieser Verbindung von in der Szene bisher wenig ausgeprägtem «modernen Denken» in Theorie und dessen avisierter Umsetzung in der «Tat», liegt die Brisanz der Zeitschrift.

Als «verantwortlicher Redakteur» der «Hier&Jetzt» agierte lange Zeit Dennis Keller aus Pirna.²⁸ Inzwischen wurde die Chefredaktion von der 45-jährigen Dr. Angelika Willig übernommen. Willig war seit 1994 Redakteurin der neurechten Zeitschrift «Junge Freiheit» und seit 2004 auch für «Nation&Europa» sowie für die NPD-Zeitung «Deutsche Stimme» tätig. Bei der NPD fühlt sich Willig auch politisch zu Hause. Denn «ohne die ‚Gemeinde‘ lässt sich eine Überzeugung nicht leben. Der Einzelkampf ist eine gefährliche Illusion»²⁹, lobte sie die NPD in einem Interview mit der «Deutschen Stimme». Die gab das Lob prompt an die «Hier&Jetzt» «die uns (Anm., Die Deutsche Stimme) als besonders gelungen erscheint», zurück. Auch von der «Jungen Freiheit» und «Nation&Europa» erhielten die «Hier&Jetzt»-Macher_innen Lob.

Ein Zufall ist das nicht. So stellt nicht nur die neue Chefredakteurin Willig ein Bindeglied zu den genannten Zeitschriften dar, auch der «Nation&Europa»-Redakteur und Mitarbeiter der NPD-Fraktion Sachsen, Karl Richter, schreibt für die «Hier&Jetzt». Daneben findet eine ganze Reihe von Redakteuren der «Deutschen Stimme», die gleichzeitigen NPD-Funktionären sind, ein Podium im Heft. Der Parteivorsitzende Udo Voigt wurde genauso interviewt wie die JN-Funktionäre Michael Schäfer und Stefan Rochow. Andreas Molau sprach über Waldorfschulen, der NPD-«Wirtschaftsexperte» Arne Schimmer rezensierte «Das Konservative Minimum» des neurechten Strategen Karlheinz Weißmann, daneben schreibt der nationalrevolutionäre Vordenker Jürgen Schwab «Wider dem Mißbrauch des Revisionismus» und über den «Kampf der Kulturen»³⁰. Andere unter Pseudonym veröffentlichte Beiträge thematisieren mit Vorliebe Themen des nationalrevolutionären Ideologiespektrums. Hier sind es besonders die Erlebnisse der Freikorps in der Nachkriegszeit. Der «Kampf um Oberschlesien 1921» ist genauso Inhalt wie die Schriften Ernst von Salomon's³¹.

In den aktuellen Ausgaben finden sich zunehmend Versuche der Redaktion, «neue» oder zumindest «andere» Akzente in der Szene zu setzen und so unmittelbar, wenn auch bisher weitgehend erfolglos, Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen.³² Als weiteres Bindeglied mit der militanten freien neonazistischen Szene bietet die «Hier&Jetzt» regelmäßige JN-Propaganda. Und so findet sich neben dem Editorial von Angelika Willig eine Solidaritätsanzeige für den inhaftierten JN-Funktionär und ehemaligen Kameradschaftsführer Thomas Sattelberg.

Von Beginn an forcierte die «Hier&Jetzt» ihren Anspruch, im Reigen der führenden neonazistisch-rechtsintellektuellen Printmedien «Junge Freiheit», «Nation&Europa» und «Sektion» eine vierte Position zu besetzen und dabei mit ihrer engen Anbindung an «jugendliche» und «aktionistische» Nachwuchs-Neonazis zu punkten. Dank der engen und fließenden Verbindungen und Wechselwirkungen ist die «Hier&Jetzt» auf dem Weg, diesen Anspruch umzusetzen.

Und mit ihr kämpft auch die JN Sachsen um den Führungsanspruch in der Neonazi-Szene. Dank ihrer guten und vor allem szeneyntern als glaubwürdig wahrgenommenen «national sozialistischen» und radikalen Ausrichtung hat die JN Sachsen alle Trümpfe in der Hand, zukünftig eine wirkungsmächtige und tonangebende Rolle in der parteiungebundenen Szene zu spielen. Es kommt darauf an, inwiefern es der JN gelingt, aktuelle Trends und Entwicklungen innerhalb der Szene zu erkennen und in ihr eigenes politisches Handeln zu transformieren. Die schnelllebige und dynamische Erlebnis-Generation der heutigen «Nachwuchs-Rechten» wird dabei jedoch nach wie vor das Tempo vorgeben.

Anmerkungen

- ¹ Apfel, Holger (Hrsg.): «Alles Große steht im Sturm» Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart. 1999.
- ² Der 1940 geborene war von 1991-1996 Bundesvorsitzender der NPD und ist mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilt.
- ³ JN-Bundesvorsitzender 1992-1994
- ⁴ JN-Bundesvorsitzender 1994-1999
- ⁵ JN-Bundesvorsitzender 1999-2003
- ⁶ JN-Bundesvorsitzender 2003-2007
- ⁷ vgl. www.jn-buvo.de Eingesehen am 20.10.2008.
- ⁸ Nachdem Bordin eine Haftstrafe antrat wurde die Führung der Kameradschaft von Martin Wiese übernommen. Dieser wurde als Drahtzieher eines geplanten Sprengstoffattentats auf die Grundsteinlegung für das Jüdische Zentrum München 2003 bekannt.
- ⁹ vergleiche: NPD-Nachwuchs: Strategien aus der Knast-Zelle, redok, 25.09.2006.
- ¹⁰ Michaelis, Axel: Der Tag von Görlitz, in Apfel, Holger, 1999.
- ¹¹ zitiert nach: Bundesweites Antifa-Treffen (Hrsg.) Tuu Matsch Nazis, Flugblatt 1996.
- ¹² Einige der Organisationen aus denen in den Folgejahren eine Reihe Neonazis Karriere in der NPD machen sollten waren die Wiking Jugend (WJ), die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (DAP), Deutsche Alternative (DA)
- ¹³ Hupka, Steffen in Der Umbruch, Nr.11, Februar 1996. Das vollständige Zitat lautet: «Viele Kameraden bekunden verstärkt auch ihr Interesse für die JN, d. h. sie zeigen den Willen, sich zu organisieren. Das ist grundsätzlich immer richtig und bringt einige Vorteile. Zu warnen ist allerdings davor, nun gleich als komplette Gruppe in diese Organisation einzutreten. Es ist nie verkehrt, wenn einige Aktivisten und Sympathisanten unorganisiert bleiben, d.h. schwerer für den Gegner eingeordnet werden können. Macht eine Arbeitsteilung! Laßt einige Leute den Kontakt zur JN durch Mitgliedschaft halten und nutzt so die Vernetzung mit einer großen Organisation, – andere Kameraden können dafür andere Aufgaben vor Ort übernehmen.» Steffen Hupka war Kader der NF und später Mitglied im JN-Bundesvorstand.
- ¹⁴ vgl. Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 45, Okt/Nov 1998, Seite 31
- ¹⁵ vgl. Antifa Dresden: JN-Bundesgeschäftsstelle in Dresden. Flugblatt, Mai/1999
- ¹⁶ zitiert nach: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 48, Juli/Aug 1999, Seite 27
- ¹⁷ In der Austrittsbegründung der Renegaten wird die Aufnahme eines Bosniers mit deutschem Paß in die JN kritisiert genauso wie die mangelnde Schulungsarbeit.
- ¹⁸ Die Hammerskins sind neben Blood&Honour eines der zwei großen internationalen Netzwerke subkulturell orientierter Neonazis. In Sachsen waren sie vorrangig in der Region Sächsische Schweiz aktiv. Derzeit prüft die Staatsanwaltschaft Dresden ein Verbot der Hammerskins Sachsen als kriminelle Vereinigung.
- ¹⁹ Apfel, Holger (Hrsg.): «Alles Große steht im Sturm» Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart. 1999.
- ²⁰ Das «Freie Netz» ist ein Zusammenschluss verschiedener Neonazi-Zusammenhänge aus dem geografischen Dreieck Westsachsen, Süd-Sachsen-Anhalt und Ostthüringen. Um den Vernetzungs-Gedanken zu forcieren, wird ein gleichnamiges Internetportal betrieben. In «FreiesNetz» sind die derzeit aktivsten Neonazis aus dem Spektrum der parteiungebundenen Szene vertreten. Es besteht ein enger informeller und personeller Austausch mit der JN.
- ²¹ Das «Lausitzer Aktionsbündnis (LAB)» war ein Zusammenschluss verschiedener Neonazi-Gruppierungen aus Südbrandenburg und Ostsachsen. Die darin Aktiven firmieren mittlerweile als JN und/oder Freie Aktivisten.

- ²² Die Diskothek Wodan stand zum Beginn des Jahres 2005 unter Zwangsverwaltung der Sparkasse wegen ausgebliebener Kredittilgungsraten. Der Zwangsverwalter wurde durch einen Zeitungsbericht auf die Konzerte aufmerksam und stellte in diesem Zusammenhang fest, dass der Pächter die Diskothek an seine Frau unter verpachtet hatte, ohne ihn zu informieren. Daraufhin kündigte er wegen Vertragsverstoßes den Pachtvertrag fristlos.
- ²³ Das Konzert mit mehreren Bands fand am 3. Dezember 2005 statt. Auch hier war der Anmelder des Konzerts ein Neonazi aus der Rechtsrock-Szene. Für den damals noch existenten JN-Stützpunkt Oberlausitz meldete Martin Pfitzner aus Zittau das Konzert an. Inzwischen betreibt er in Görlitz einen Versandhandel für Neonazi-Musik und -bekleidung. Seine Geschäftsräume wurden mehrfach polizeilich durchsucht und Material des verbotenen Netzwerks Blood&Honour gefunden.
- ²⁴ Bei den zwei Geschäften handelt es sich um den Pirnaer «Crimestore» von Martin Schaffrath und den Chemnitzer «PC-Records» von Yves Rahmel.
- ²⁵ «Näher an der PDS als an der CDU.» Sebastian Richter, Chef der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Hoyerswerda über den Wandel der rechten Szene. Interview in: Sächsische Zeitung Hoyerswerda, 17.11.2006.
- ²⁶ Selbstdarstellung auf den Covern der jeweiligen Ausgaben der Hier&Jetzt.
- ²⁷ «Aber nun geht es wohl um die Revolution» Angelika Willig im Interview mit der Deutschen Stimme vom Juli 2008.
- ²⁸ Dennis Keller war ursprünglich Herausgeber der Hallenser Zeitschrift «Das Herrenhaupt». Das bestand aus einer Anreihung rechter esoterischer Themen, beinhaltete aber auch Interviews mit prominenten Neonazis wie dem Antisemiten Horst Mahler und den NPD-Ideologen und zugleich nationalrevolutionären NPD-Kritiker Jürgen Schwab.
- ²⁹ «Aber nun geht es wohl um die Revolution» Angelika Willig im Interview mit der Deutschen Stimme vom Juli 2008.
- ³⁰ vgl. Schwab, Jürgen: Wider dem Mißbrauch des Revisionismus. in Hier&Jetzt, Nr. 2, Frühjahr 2006, Schwab, Jürgen: Eurasier und Eurosibirier. in Hier&Jetzt, Nr. 7, Sommer 2007.
- ³¹ vgl. Lauterbach, Berthold: Kern und Fischer. in Hier&Jetzt, Nr. 4, Herbst 2006, Lauterbach, Berthold: Begegnung mit Ernst von Salomon. in Hier&Jetzt, Nr. 8, Herbst 2007. Ernst von Salomon war nach dem ersten Weltkrieg in verschiedenen nationalistischen Freikorps aktiv. Ausserdem war er beteiligt am Attentat auf Walter Rathenau und wurde hierfür verurteilt. Er schrieb mehrere Bücher über seine Erlebnisse, u.a. mit Der Fragebogen einen der ersten Bestseller der Alten Bundesrepublik.
- ³² vgl. Nagel, Johannes: Die schwarze Herausforderung. in Hier&Jetzt, Nr. 12, Winter 2008 über den Trend der «Autonomen Nationalisten», Hofmann, Gerry: Verlorener Pfad-zerrissenes Band. in Hier&Jetzt, Nr. 8, Herbst 2007 eine Rezension

Frank Carstens ist freier Journalist im Bereich Neonazismus. Sein Schwerpunkt liegt dabei auf rechter und neonazistischer Jugendkultur. Artikel von ihm erscheinen u.a. in Der Rechte Rand, Jungle World und redok. Er ist freier Mitarbeiter von Recherche Ost.

Jürgen Werner Gansel: Der «Chefideologe» der NPD?

In der Öffentlichkeit ist der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Werner Gansel vor allem wegen seiner Skandale bekannt. Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaften gegen ihn sowie seine provozierenden Auftritte vor dem Landtag sorgen immer wieder für Medienaufmerksamkeit. Doch für die Neonazis von der NPD ist Gansel ein wahrer Glücksfall. Denn der 1974 geborene Abgeordnete ist thematisch versiert, kann fehlerfrei Sätze zu Papier bringen und ist öffentlichkeitsgewandt. Er verfügt somit über Fertigkeiten, die vielen Neonazis fehlen und für eine dauerhafte Etablierung notwendig sind. In das Bild des dumpfen Nazi-Schlägers, das häufig genug die öffentlichen Debatten noch dominiert, lässt sich Gansel trotz zahlreicher Ermittlungen gegen ihn nicht einordnen.

Angesichts der zunehmenden Normalisierung der Neonazipartei in Parlamenten und der Öffentlichkeit, angesichts ihrer materiellen Ressourcen und ihrer Möglichkeit, in Parlamenten politische Relevanz und Arbeitsstellen anzubieten, wird die Partei langsam auch für extrem rechte Intellektuelle attraktiver¹. Die Hoffnung darauf, Aufsätze, wissenschaftliche Arbeiten und Bücher nicht mehr nur für einen engen Leserkreis zu schreiben und bei unbekanntem Verlagen der extremen Rechten zu veröffentlichen, und die Befürchtung politisch bedingte Nachteile in einem «normalen» Job hinnehmen zu müssen, sorgen für einen – bisher sehr überschaubaren – Strom von Akademiker_innen zur NPD und an ihrem politischen Umfeld.

Den schwächtigen Historiker Gansel, der Wert auf seinen Hochschulabschluss legt und mit seinem schwarzen Rollkragenpullover ein intellektuelles Auftreten versucht, hat es aber schon zu den Neonazis gezogen, als von Abgeordneten-Diäten und Dienstwagen für die NPD nicht zu träumen war. In den Medien und den politischen Debatten wird er immer wieder als «Chefideologe»² seiner Partei bezeichnet.

Rechte Karriere

Der 1974 geborene Gansel begann seine politische Karriere – typisch für viele spätere Aktivisten der extremen Rechten - in den traditionellen Organisationen des deutschen Konservatismus. Als 15-jähriger trat er 1989 der CDU sowie deren Jugendorganisation «Junge Union» bei, denen er bis 1993 angehörte. Anschließend wechselte er für kurze Zeit zum erfolglosen «Bund freier Bürger», um sich dann zwischen 1995 und 1997 bei der «Jungen Landsmannschaft Ostpreußen» (JLO), unter anderem als ihr Landesvorsitzender in Hessen, zu engagieren³.

1997 stand sein Name unter einer «Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche», die sich gegen die Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944» des Hamburger Instituts für Sozialforschung richtete⁴. Mit seiner Unterschrift befand sich Gansel damals in bester Gesellschaft. Auch prominente Vertreter des rechten Flügels der CDU/CSU und der FDP hatten den Aufruf unterstützt, der in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» sowie den rechten Blättern «Junge

Freiheit», «Der Schlesier» und «Ostpreußenblatt» veröffentlicht wurde⁵. Das Papier wurde von Götz Kubitschek verantwortet, bis 1997 Redakteur der Berliner Wochenzeitung «Junge Freiheit»⁶ (JF) und später Mitbegründer des neu-rechten «Instituts für Staatspolitik»⁷.

Nachdem Gansel an der Universität Gießen ein Studium der Neueren und Mittleren Geschichte aufgenommen hatte, trat er 1994 der explizit extrem rechten «Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen» bei, war zeitweise sogar deren Sprecher⁸ und blieb als «Alter Herr» auch nach dem Studium dort Mitglied⁹. Die «Dresdensia-Rugia» gehört dem Dachverband der völkisch orientierten «Deutschen Burschenschaft» (DB) an, die seit jeher führende Neonazis hervorbringt¹⁰. 1999 trat er außerdem der ebenfalls in der DB organisierten Marburger «Burschenschaft Normannia-Leipzig» bei, die er allerdings ein Jahr später wieder verlassen musste, denn am 4. Dezember 1999 war aus dem Haus der Burschenschaft mit einem Luftgewehr auf einen Nachbarn geschossen worden. Nach Angaben der Presse soll die Waffe Gansel gehört haben. Er selbst habe allerdings nicht geschossen. Die Lokalpresse berichtete zudem, dass beim Eintreffen der Polizei der Hitlergruß gezeigt worden sei und «Sieg-Heil»-Rufe zu hören gewesen seien. Aufgrund dieses Vorfalls und des öffentlichen Bekanntwerdens seiner NPD-Mitgliedschaft verließ Gansel auf Druck der Burschenschaft die Studentenverbindung¹¹.

1999 wurde zudem klar, dass Gansel mittlerweile den rechten Rand des Konservatismus verlassen hatte und nun im offen neonazistisch agierenden Spektrum der deutschen Rechten agierte. Er nahm am 11. September in Marburg gemeinsam mit NPD-Aktivisten und unorganisierten Neonazis an einer Demonstration des sogenannten «Nationalen Widerstandes» teil¹², jener Strömung, die heute unter dem Begriff «Freie Kameradschaften» bekannt ist. Auch die nazistische «Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige e.V.» (HNG) führte Gansel als ihr Mitglied¹³.

Schnelle Karriere bei der NPD

Gansel trat 1998 der NPD bei und übernahm bald führende Ämter. So wurde er Landes- schulungsleiter und stellvertretender Vorsitzender der hessischen NPD¹⁴. Im Jahr 2000 wurde er auch Redakteur der extrem rechten Zeitschrift «Deutsche Geschichte»¹⁵, war zeitweise für das mittlerweile eingestellte Rechtsaußenblatt «Opposition» aus der rechtsextremen «Verlagsgesellschaft Berg» tätig¹⁶ und wechselte dann 2001 bis 2004 als hauptamtlicher Redakteur in die Redaktion der NPD-Parteizeitung «Deutsche Stimme»¹⁷ (DS), für die er bereits vorher geschrieben hatte. Bis heute wird Gansel im Impressum der Zeitung als Redakteur geführt. Für seine Arbeit bei der DS zog er ins sächsische Riesa, an den Sitz der Redaktion.

Gansel war zudem Mitglied im Bundesvorstand und Bundesgeschäftsführer des der NPD-nahen «Nationaldemokratischen Hochschulbundes» (NHB)¹⁸. Seiner Organisation gab er 2001 die politische Aufgabe mit auf den Weg: «Entsprechend unserem Leitspruch, `Denken – Handeln – Siegen` wird der neue Vorstand den Kampf um die medial vernebelten Köpfe unserer Landsleute mit aller Entschiedenheit aufnehmen. Dem nationalen Geist wird dann eines nicht allzu fernen Tages wie selbstverständlich die befreiende nationale Tat folgen. ALLES FÜR DEUTSCHLAND!»¹⁹

Schnell stieg er dann in den sächsischen und den bundesweiten Gremien der NPD zum Multifunktionär auf. 2002 wurde er zum Beisitzer im sächsischen Landesvorstand seiner

Partei gewählt²⁰ und ist bis heute in dem Gremium aktiv²¹. Seit 2006 ist er Mitglied des Parteipräsidiums der Bundespartei. Zudem ist er Pressesprecher des NPD-Kreisverbandes Meißen²². Seinen bisher größten Karrieresprung machte er 2004, als er in den Landtag gewählt wurde, wo er Mitglied in den Ausschüssen für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien²³ sowie bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist²⁴. Als Mitglied im Kuratorium der Sächsischen «Landeszentrale für politische Bildung» bestimmt der Neonazi - zumindest formal - über die politische Bildung des Bundeslandes mit²⁵. Praktisch spielt er in dem Gremium keine Rolle. Bei den jüngsten Kommunalwahlen wurde Gansel zudem in den Kreistag von Meißen gewählt²⁶. Die Partei gewann dort mit 5,7 Prozent der Stimmen fünf Sitze im Kommunalparlament.

Gansels Bedeutung für die Partei

Mit der mitglieder- und finanzstarken sächsischen NPD im Rücken kann Gansel seine politischen Inhalte in die Partei und die Neonazi-Szene einbringen. Seine herausgehobene Stellung als gut bezahlter Abgeordneter bietet ihm vor allem die Chance auf intensive inhaltliche und politische Arbeit. Er wirkt ideologiebildend und muss heute als einer der führenden Ideologen der Partei angesehen werden.

Gansels Interesse gilt vor allem «sozialen» Themen, einem «Antikapitalismus» von rechts und der sogenannten «Konservativen Revolution» um Autoren wie Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch oder dem sogenannten «Tat-Kreis». 1999 schrieb er daher seine Magisterarbeit im Fach Geschichte an der Universität Gießen über «Antikapitalismus in der ‚Konservativen Revolution‘ in Deutschland 1918-1932»²⁷. Dass Neonazis soziale Themen von rechts besetzen und sich selbst sogar als «sozialistisch» verstehen, ist also beileibe kein Phänomen der letzten Jahre.

In der NPD-Parteizeitung «Deutsche Stimme» schreibt Gansel regelmäßig ganzseitige theoretische Artikel über das Preußentum, den Islam, die Romantik als «Aufstand der deutschen Seele gegen den Vernunftsglauben der Aufklärung»²⁸ sowie über rechte Theoretiker wie beispielsweise den Faschisten Pierre-Eugène Drieu La Rochelle²⁹. Schnell wird klar, dass Gansel neben den üblichen Themen der extremen Rechten ausdauernd seine Spezialfelder Geschichtspolitik, die «soziale Frage» von rechts und die Auseinandersetzung mit der «Konservativen Revolution» beackert.

Neonazistische Geschichtspolitik

Geschichtspolitische Provokationen zur Relativierung der NS-Verbrechen sind ein Schwerpunkt der sächsischen NPD-Fraktion. Gansels Rede über den «Bomben-Holocaust von Dresden» sorgte für einen Skandal. Damit wollte er nach eigener Aussage «mächtige Schneisen in das Dickicht antideutscher Geschichtslügen (...) schlagen»³⁰, wie Gansel 2005 im Sächsischen Landtag sagte. Die Grundlage dieser Geschichtsbetrachtung sind ein völkisch interpretiertes Deutschland, das zum Opfer eines imaginierten «Antigermanismus» wurde. «Die Pläne zur Vernichtung des Deutschen Reiches existierten nämlich schon lange, bevor in Versailles der erste Nationalsozialist geboren wurde», glaubt der NPD-Politiker, für den der Holocaust-Leugner David Irving ein «weltweit renommierter Historiker»³¹ ist. Angereichert wird diese Betrachtung mit antisemitischen Verschwörungstheorien. So sei der Sozialwissenschaftler Theodor W. Adorno ein «entwurzelter jüdischer Intellektueller». Seine Theorie sei zusammengesetzt aus «jüdischen» Denkern, ein «Giftraß, der die inneren

Organe und das Gehirn des deutschen Volkskörpers angreifen sollte». Nach der «nationalen Erhebung» 1933 sei das Frankfurter Institut Adornos «folgerichtig wegen ‚staatsfeindlicher Umtriebe` geschlossen worden»³².

«Antikapitalismus» von rechts

Die Besetzung der «sozialen Frage» ist für Gansel die Grundlage langfristiger Wahlerfolge der NPD: «Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV, Globalisierung und die Veraländerung aber bittere Gegenwart»³³, schrieb er 2006 in der «Deutschen Stimme». Daher setzt er auf alltagstaugliche sozialpolitische Themen, wie die Förderung der Berufsschulen, den Erhalt lokaler Firmen und der Pendlerpauschale, die Ablehnung von Hartz IV, den «neoliberalen Privatisierungswahn» oder die Einführung eines Mindestlohnes. «Die konsequente Verknüpfung der nationalen mit der sozialen Frage» sei «der Schlüssel künftiger Erfolge»³⁴, schreibt Gansel in der DS. Mit zahlreichen Anträgen und Anfragen im Landtag zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen versucht die NPD, Kompetenzen und Aktivitäten in diesem Bereich zu zeigen. Zudem sieht er eine «immense Vertretungslücke»³⁵ aufgrund einer «linken Gleichgültigkeit gegenüber den Lebens- und Leidensbedingungen der deutschen Globalisierungsoffer»³⁶ im politischen Spektrum, die von der NPD gefüllt werden müsse. Eine weitere für die NPD nutzbare Vertretungslücke diagnostiziert Gansel bei den deutschen Konservativen, die aufgrund einer angeblichen «Überfremdung» Deutschlands von der CDU/CSU abrückten³⁷.

Die theoretische Grundlage für solche Thesen ist ein vorgeblicher «Antikapitalismus» von rechts, mit dem sich Gansel schon seit Jahren befasst. Der «Antikapitalismus» von rechts ist aber ebenso wenig antikapitalistisch, wie der «nationale Sozialismus» sozialistisch wäre³⁸. Doch in seiner Magisterarbeit baut Gansel auf einen «preußischen oder nationalen Sozialismus»³⁹ und stellt der marxistischen eine nach eigenen Aussagen «konservativ-revolutionäre Kapitalismuskritik»⁴⁰ entgegen. Nicht der Kapitalismus an sich wird kritisiert, sondern allein dessen Auswüchse, die als US-amerikanisches und jüdisches Produkt gedeutet werden. Gansel setzt auf die Nation als «Schutzmacht der kleinen Leute»⁴¹ und schwärmt vom «Frontsozialismus»⁴² im Ersten Weltkrieg. Im Schützengraben seien die «bestehenden Schranken von Parteien, Klassen, Konfessionen»⁴³ aufgehoben worden. «Das deutsche Volk trat als geschlossene Einheit einschließlich seiner sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf, um für das Vaterland den höchsten Einsatz zu wagen»⁴⁴, schreibt Gansel. Die «Integration der Arbeiterschaft in der Volksgemeinschaft unter dem Banner eines nationalen Sozialismus»⁴⁵ und «Klassenversöhnung»⁴⁶ war auch das Ziel jener Autoren, auf die sich Gansel positiv bezieht.

Intellektualisierung

Seit Jahren bemüht sich Gansel erfolglos um eine Intellektualisierung seiner Partei. In expliziter Gegnerschaft zur Frankfurter Schule um Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse gründete er mit seiner Fraktion die sogenannte «Dresdener Schule». In ihr soll sich - organisatorisch und finanziell abgesichert über die gut ausgestatteten Abgeordnete der Landtagsfraktion - die «organisierte Intelligenz einer selbstbewussten deutschen Nation»⁴⁷ zusammenfinden, wie die NPD 2005 schrieb und einen Intellektualisierungsschub in der Partei auslösen. Mit einem Think-Tank von rechts wollte die Partei den Kampf um die Deutung der Geschichte und Gesellschaft in Abgrenzung zu den verhassten

«`68ern» führen⁴⁸. Eine von Gansel geschriebene interne Schulungsbroschüre («Argumente für Kandidaten & Funktionsträger») ist «namens der Dresdener Schule» erschienen⁴⁹. Mittlerweile zeigt die Gruppe kaum mehr Aktivitäten, offenbar verschleißen sich die Neonazis der NPD im parlamentarischen Alltag.

«Konservative Revolution»

Gansels besonderes Interesse gilt den Theoretikern der «Konservativen Revolution», wie Oswald Spengler, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Niekisch, Armin Mohler und Ernst Jünger, sowie italienischen und französischen Faschisten⁵⁰. Sowohl in seiner Magisterarbeit als auch in zahlreichen seiner Zeitungsartikeln setzt er sich mit ihren Gedanken auseinander und empfiehlt die Lektüre dieser Arbeiten und ihrer heutigen Apologeten⁵¹. Während seiner Zeit als hauptamtlicher Redakteur der DS habe er sich bemüht, wie die DS schreibt, «das Ideengut der konservativen Revolutionäre der Zwischenkriegszeit (...) für den modernen Nationalismus der NPD fruchtbar zu machen»⁵².

Die Idee einer antiliberalen, antidemokratischen und antimarxistischen Gesellschaftsveränderung, getränkt von Nationalismus und militaristischem Pathos, die das «Volk» in einer heroischen Bewegung vereint und vor dem moralischen Untergang errettet – das sind die Visionen, für die sich Gansel begeistert. Gansel versucht, die Ideen und die Autoren der «Konservativen Revolution» in das Denken der extremen Rechten zu integrieren. Die Rezeption dieser Autoren, die nicht direkt in die mörderische Herrschaftspraxis des NS verstrickt waren, dient auch der Erweiterung des neofaschistischen Handlungsfeldes. Sie bieten die Möglichkeit, die Nähe zum Nationalsozialismus zu verschleiern, ohne dessen Ideen preiszugeben.

Resümee

Die Person Gansel steht exemplarisch für «Schein» und «Sein» in der NPD. Der neonazistische Landtagsabgeordnete inszeniert sich als Intellektueller, der das Niveau der politischen Auseinandersetzungen innerhalb seiner Partei - bisher erfolglos - anzuheben versucht. Das Scheitern der «Dresdner Schule» und Gansels ausschweifende Artikel in der DS, die von vielen Mitgliedern und Aktiven der Partei kaum verstanden werden dürften, zeigt die bisherige Erfolglosigkeit seiner Arbeit. Zudem ist unklar, was Ziel und Effekt seiner Arbeit sein soll. Geht es um eine Intellektualisierung der Mitglieder in der Partei, also der innerparteilichen politischen Bildung, oder sollen extrem rechte Intellektuelle an die Partei gebunden werden? Oftmals hat es den Anschein, als ob Gansel schlicht planlos seinen privaten Polit-Vorlieben nachgeht. Für eine isolierte Position Gansels innerhalb der Partei spricht auch, dass er bisher offenbar nicht an dem Zeitschriftenprojekt der sächsischen «Jungen Nationaldemokraten» (JN) «Hier & Jetzt» beteiligt ist, obwohl das Blatt politisch auf den ersten Blick auf ähnliche Themen setzt - auf den «Antikapitalismus» von rechts und immer wieder auf die Ideengeber der «Konservativen Revolution» und ihre heutigen Jünger. Dass Gansel im Vergleich zum Rest der Aktiven in seiner Partei eine herausragende Rolle spielt, ist unbestreitbar. Ob er deshalb aber tatsächlich die ihm zugeschriebene Rolle eines «Chefideologen» erfüllt, bleibt fraglich. Denn andere NPD-Aktivistinnen, wie zum Beispiel Andreas Molau, scheinen die inhaltlichen Debatten der Partei derzeit stärker zu bestimmen. Gansel ist letztlich nur einer von vielen, die versuchen auf dem Feld der inhaltlichen Debatten in der extremen Rechten, eine Rolle zu spielen.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Felix Krebs: Gibt es eine Intellektualisierung der NPD?, in: Fabian Virchow / Christian Dornbusch (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2008, S. 91-93.
- ² Lichdi, Johannes: Zur Auseinandersetzung der demokratischen Fraktionen mit der NPD-Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Fraktion im Sächsischen Landtag (Hg.): Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie, Dresden 2006, S. 19.
- ³ Brech, Franziska: Ein halbes Jahr NPD im sächsischen Landtag, Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 147, Berlin 2005, S. 12. Aus dem Bundesleben – Jungdeutsche Nachrichten, in: Die Junge Schar, Nr. 11/1998, S. 8.
- ⁴ Arbeitsgemeinschaft Paulskirche: Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtausstellung in der Frankfurter Paulskirche, in: Frieden 2000, Nr. 3/4, 1997, S. 4
- ⁵ Vgl. Carsten Meyer / Samuel Salzborn: «Ostpreußen» fest in deutscher Hand, in: Der rechte Rand, Nr. 47/1997, S. 3.
- ⁶ Zur neu-rechten Wochenzeitung «Junge Freiheit», vgl.: Stephan Braun / Ute Vogt (Hg.): Die Wochenzeitung «Junge Freiheit». Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007; Martin Dietzsch / Siegfried Jäger / Helmut Kellershohn / Alfred Schobert: Nation statt Demokratie. Sein und Design der «Jungen Freiheit», Edition DISS, Unrast Verlag, Münster 2004.
- ⁷ Vgl. Eine «Munitionsfabrik» wider den Zeitgeist, in: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 10/2000; zudem diverse Artikel im antifaschistischen Informationsdienst «Der rechte Rand».
- ⁸ Vgl. Meyer / Salzborn, a.a.O.
- ⁹ Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutzbericht 2004, Wiesbaden 2005, S. 81.
- ¹⁰ Zur DB, vgl.: Dietrich Heither: Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft - Weltanschauung, Politik und Brauchtum, PapyRossa Verlag, Köln 2000. Zur Rolle der Burschenschaft Dresdensia-Rugia als Kaderschmiede für die NPD, vgl: Stefan Schneider: Giessener Burschenschaft «Dresdensia-Rugia», in: Der rechte Rand, Nr. 94/2005.
- ¹¹ Student schießt auf Hausmeister, in: Oberhessische Presse, 09.02.2000. Schüsse und Hitlergruß lassen die «Alten Herren» eingreifen, in: Oberhessische Presse 08.02.2000. Werner Jäger: Rat zum Austritt verbindlich, Leserbrief, in: Oberhessische Presse, 22.02.2000.
- ¹² Vgl. Vanu-News, Nr. 12/1999, S. 5.
- ¹³ Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutzbericht 2004, Wiesbaden 2005, S. 81.
- ¹⁴ Brech, a.a.O., S. 13.
- ¹⁵ Vgl. Neuer NHB-Vorstand, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/2001.
- ¹⁶ Vgl. Opposition, in: Der rechte Rand, 74/2002, S. 17; «Opposition» vergrößert ihre Redaktion, in: Blick nach Rechts, NR. 11/2001.
- ¹⁷ Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2004, Wiesbaden 2005, S. 81.
- ¹⁸ Vgl. Neuer NHB-Vorstand, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/2001.
- ¹⁹ Vgl. Neuer NHB-Vorstand, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/2001.
- ²⁰ Deutsche Stimme, Nr. 11/2002, S. 11.
- ²¹ NPD-Landesgeschäftsstelle Sachsen: Erfolgreicher Landesparteitag der sächsischen NPD in Pirna! Neuer Landesvorstand gewählt, 05.03.2007.
- ²² Vgl. www.npd-riesa-grossenhain.de, Stand 06.05.2007.

- ²³ Vgl. http://www.landtag.sachsen.de/de/abgeordnete_fraktionen/abgeordnete/abgeordneter.do/777, Stand : 07.10.2008.
- ²⁴ Vgl. Klartext 10/2006, S. 4.
- ²⁵ NPD im Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung, in: Spiegel Online, 21.04.2005.
- ²⁶ Vgl. Unsere Bürgernähe wurde belohnt, in: Deutsche Stimme, Nr. 7/2008, S. 1f.
- ²⁷ Jürgen Werner Gansel: Antikapitalismus in der ‚Konservativen Revolution‘ in Deutschland 1918 – 1932, Gießen 1999, unveröffentlichte Magisterarbeit im Fach Mittlere und Neuere Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen.
- ²⁸ Deutsche Stimme, Nr. 4/2003, S. 20.
- ²⁹ Deutsche Stimme, Nr. 1/2003, S. 14.
- ³⁰ Protokoll der 8. Sitzung des Sächsischen Landtags vom 21.01.2005.
- ³¹ Ebd.
- ³² Zit. nach: Reiner Burger: Rechtsextreme Volksfront, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.10.2004, S. 3.
- ³³ Jürgen Gansel: Hartz IV und Verausländerung ist heute, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/2006, S. 8.
- ³⁴ Deutsche Stimme, Nr. 12/2005, S. 16.
- ³⁵ Gansel, zit. nach: Andreas Molau: Signale für eine Welt freier Völker, in: Deutsche Stimme, Nr. 01/2007.
- ³⁶ Ebd.
- ³⁷ Jürgen Gansel: Integrationsschwärmerei statt «Rechtspopulismus», in: Deutsche Stimme, Nr. 3/2008, S. 5.
- ³⁸ Vgl. Fabian Virchow: Von der «antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes», in: UTO-PIE kreativ, Nr. 198/ 2007, S. 352-360; Ernst Kovahl: Volkswirtschaft, in: Der rechte Rand, Nr. 106/2007; Ders.: G8, Nazis & die soziale Frage, ebd., S.
- ³⁹ Gansel: Antikapitalismus in der ‚Konservativen Revolution‘ in Deutschland, a.a.O., S. 9.
- ⁴⁰ Ebd.
- ⁴¹ Jürgen Gansel: Der Abschied der Linken von der sozialen Frage, in: Deutsche Stimme 12/2006, S. 19.
- ⁴² Gansel: Antikapitalismus in der ‚Konservativen Revolution‘ in Deutschland, a.a.O., S. 42
- ⁴³ Ebd.
- ⁴⁴ Ebd.
- ⁴⁵ Ebd., S. 23.
- ⁴⁶ Ebd., S. 33.
- ⁴⁷ Roland Bau: Kampfansage an die liberale Demokratie, in: Deutsche Stimme, Nr. 9/2005, S. 17. Der Begriff der «selbstbewussten Nation» knüpft an Diskussionen der «Neuen Rechten» in den 1990er an, vgl.: Heimo Schwiik / Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewusste Nation. «Anschwellender Bocksgesang» und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Ullstein Verlag, Frankfurt a. M. / Berlin, 1994.
- ⁴⁸ Zum Feindbild «`68er» für die extreme Rechte, vgl. den Themenschwerpunkt in: Der rechte Rand, Nr. 112/2008. Auch Gansel beschäftigte sich zum 40. Jahrestag von «`68» mit dem Thema: Jürgen Gansel: Der «Faschismus» ist immer und überall, in: Deutsche Stimme, Nr. 5/2008, S. 22.
- ⁴⁹ NPD Parteivorstand (Hg): Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin 2006.

- ⁵⁰ Zu den Autoren der «Konservativen Revolution» vgl.: Kurt Lenk / Günter Meuter / Henrique Ricardo Otten: Vordenker der Neuen Rechten, Campus Verlag, Frankfurt / New York 1997; Jean Cremet / Felix Krebs / Andreas Speit: Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der «Neuen Rechten», Reihe antifaschistischer Texte, Unrast Verlag, Hamburg / Münster 1999; Magret Feit: Die «Neue Rechte» in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie, Campus Verlag, Frankfurt / New York 1987.
- ⁵¹ Beispielsweise über Armin Mohler und Karlheinz Weißmann: Katechismus der deutschen «Weltalternative», in: Deutsche Stimme, Nr. 3/2006, S. 14; über Ernst Niekisch: Propagandist der revolutionären Tat, in: Deutsche Stimme, Nr. 6/2002, S. 18; über Ernst Jünger: Schauerliche Vision des nachnationalen Weltzustandes, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/2003, S. 15; über Ernst Jünger und Armin Mohler: Die schönen Ideen, für die man stirbt, in: Deutsche Stimme, Nr. 5/2003, S. 19; über Botho Strauß: Schlüsseltexte deutscher Kulturkritik, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/2003, S. 16.
- ⁵² Jürgen W. Gansel, in: www.deutsche-stimme.de/ds/author=3 (Stand: 25.09.2008).

Paul Wellso, Politikwissenschaftler, Mitarbeiter einer Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Erfurt. Veröffentlichte u.a. in «Blätter für deutsche und internationale Politik», «Jungle World» und «konkret». Zuletzt erschien von ihm der Beitrag «Ist Jürgen Werner Gansel der typische Karrierist der NPD?» in Fabian Virchow / Christian Dornbusch (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Wochenschau-Verlag, 2008.

Die NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich

1. Einleitung

Die neonazistische NPD steht seit mittlerweile einem halben Jahrzehnt besser da als in den gesamten 30 Jahren davor. In den 1990er Jahren konnte die Selbstauflösung der damaligen Altherrenpartei nur knapp abgewendet werden. Durch das eingeleitete Parteiverbotsverfahren im Jahr 2001 prognostizierten verschiedenste Expert_innen das endgültige Aus für die älteste extrem rechte Partei der Bundesrepublik. Das gescheiterte Verbotsverfahren hat die Neonazis gestärkt.¹ Trotz Parteispendenskandal oder immer wiederkehrender Spannungen zwischen NPD und Kameradschaftsszene ist ein Ende des NPD-Hochs derzeit noch nicht absehbar. Nach dem erfolgreichen «Kampf um die Straße» ab den 1990er Jahren wurde spätestens mit dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern (MV) unter Beweis gestellt, dass auch der «Kampf um die Köpfe» Früchte trägt. Der «Kampf um die Parlamente» ist eng verschränkt mit den anderen strategischen Zielen. Bei einer Betrachtung der parlamentarischen Arbeit von Neonazis ist es unerlässlich, das instrumentelle Verhältnis, welches diese zu demokratischen Parlamenten hegen, mitzudenken (vgl. u. a.: Buchstein et al. 2006). Es reicht nicht aus, die NPD an den herkömmlichen politikwissenschaftlichen Kategorien zu messen, die Erfolg oder Misserfolg einer Partei in einem Parlament fassen können. Zumindest derzeitig ist es nicht das vordergründige Ziel der NPD, für ihre eigenen Gesetzesvorschläge oder Initiativen parlamentarische Mehrheiten zu erkämpfen oder sich an der Erarbeitung realpolitischer Problemlösungsansätze in den Ausschüssen zu beteiligen.² Ob die parlamentarische Arbeit der Neonazis dazu beiträgt, ihren selbstgesteckten Zielen näher zu kommen, wäre hingegen eine sinnvollere Kategorie, um festzustellen, ob die NPD Erfolg hat.

2. Fragestellung

Der nachfolgende Text soll parlamentarische Erfolge der NPD daher nicht an der Durchsetzung ihrer Anträge oder Gesetzesentwürfe messen, sondern daran, ob sie ihren eigenen Erwartungen gerecht werden kann und welchen Einfluss ihre parlamentarische Arbeit womöglich auf die politische Kultur im Allgemeinen hat. Johannes Lichdi hielt unlängst fest: «Auftritt und Leistungen der NPD-Fraktion sind offenbar nicht entscheidend für die Wahlabsichten ihrer Anhänger. Vielmehr scheinen gemeinsame ideologische Überzeugungen, erfolgreiche populistische Agitation und die Unterstützung der Parteiarbeit durch die Fraktion mit Veranstaltungen, Referenten und Informationsmaterial auszureichen, um die hohe Zustimmung zu sichern» (Lichdi 2008, S. 10). Die Aktivitäten der NPD in den Landtagen von Sachsen und MV sollen dazu einer vergleichenden Analyse unterzogen werden. In die Betrachtung wurden alle parlamentarischen Initiativen und Fraktionspublikationen für den Zeitraum von September 2004 bis Juli 2008 einbezogen. Die Vermutung, dass die beiden Fraktionen eng miteinander kooperieren und so die politische Arbeit der «Achse Dresden-

Schwerin» in ihrem Sinne vereinfachen, liegt nahe. Die NPD hat eine gute und enge Zusammenarbeit der Fraktionen mehrfach öffentlich angepriesen.³ Der nachfolgende Beitrag soll diese vermeintlichen Synergieeffekte und deren Wirkungen bezüglich der Erreichung der NPD-eigenen Zielstellungen aufzeigen. Dazu sollen die wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Fraktionen herausgearbeitet werden. Ist es der NPD gelungen, ihr parlamentarisches Agieren nachhaltig zu professionalisieren? Gibt es hinsichtlich der Anfragen, Anträge, Reden und der Öffentlichkeitsarbeit quantitative und/oder qualitative Unterschiede? Gelingt es der NPD mit Hilfe ihrer Landtagsmandate, die angestrebte Hege- monie in der extrem rechten Szene auszubauen und das gesellschaftliche Klima zu ändern?

3. Abgeordnete und Mitarbeiter_innen im Vergleich

Über zwei Jahre nach dem Einzug der NPD in den Schweriner Landtag ist die Fraktion immer noch in sich geschlossen. Was für die meisten demokratischen Parteien eine Selbstverständlichkeit darstellt, ist innerhalb der rechtsextremen Parteienlandschaft eine absolute Ausnahme. Der überwiegende Teil der rechtsextremen Landtagsfraktionen in der Geschichte der Bundesrepublik konnte nicht einmal die Hälfte einer Legislaturperiode geschlossen agieren. Die DVU-Fraktion von Sachsen-Anhalt (1998-2002), die Fraktion der Republikaner im Berliner Abgeordnetenhaus (1989-1990), NPD-Fraktionen zu Beginn der 1970er Jahre und auch die Landtagsfraktion der NPD in Sachsen sind hierfür schillernde Beispiele. Die nordostdeutsche NPD-Fraktion ist deutlich homogener als ihr sächsisches Pendant. Ähnlich wie in Sachsen sind auch hier die Protagonisten der Fraktion aus Westdeutschland zugezogen. Fraktionschef Udo Pastörs (Jg. 1952), der Parlamentarische Geschäftsführer Stefan Köster (Jg. 1973) und der Jurist Michael Andrejewski (Jg. 1959) sind die Zugpferde der Fraktion. Pastörs und Köster haben vor den Landtagswahlen in MV den Dresdner Landtag als Schulungsmöglichkeit genutzt und dort ein mehrwöchiges Praktikum absolviert. Auf Grund der organisatorischen Schwäche des NPD-Landesverbandes in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu Sachsen ist die Fraktion in großem Umfang auf die Zusammenarbeit mit der militanten «Freien Kameradschaftsszene» angewiesen. Außerdem bestehen enge Verbindungen zu völkischen Jugendbewegungen, wie z.B. der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Tino Müller (Jg. 1978) und Birger Lüssow (Jg. 1975) sind als zentrale Figuren der nordostdeutschen Kameradschaftsszene ebenfalls in den Landtag eingezogen. Der NPD-Abgeordnete Rainer Bormann (Jg. 1960) ist hingegen ein bisher unbeschriebenes Blatt.

Innerhalb der sächsischen NPD-Landtagsfraktion war schon immer ein gebürtiger Sachse in der Gruppe der Protagonisten. War dies bis zu seinem Unfalltod im August 2006 zweifelsfrei Uwe Leichsenring, ist in den letzten beiden Jahren der Arzt Johannes Müller (Jg. 1969) aus Sebnitz (Sächsische Schweiz) als Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion in einer Schlüsselrolle. Er vertritt die bürgerlich-biedere Seite der NPD und sichert damit Wählerstimmen im rechtskonservativen Lager. Die Integrationsfähigkeit von Leichsenring erreicht er allerdings nicht einmal annähernd. Am bedeutsamsten für die Dresdner Fraktion sind der Vorsitzende Holger Apfel (Jg. 1970) und der selbst-ernannte Theoretiker der NPD, Jürgen Gansel (Jg. 1974), die beide mit dem Umzug des Parteiverlages «Deutsche Stimme» nach Sachsen gekommen sind, um hier gezielte Aufbauarbeit zu leisten (vgl. u.a. Wellsow, Paul in dieser Broschüre). Ebenfalls sehr aktiv in der Fraktionsarbeit sind der langjährige NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold (Jg. 1943) und der aus Bayern stammende Alexander Delle (Jg. 1974). Gitta Schübler (Jg. 1961) kann trotz ihrer vermeintli-

chen Aktivitäten im Ring Nationaler Frauen (vgl. u.a. Röpke/Speit 2008) gemeinsam mit den Nachrückern René Despang (Jg. 1972) und Peter Klose (Jg. 1953) als Hinterbänklerin bezeichnet werden.

Der NPD in Sachsen fällt es durch die Zusammensetzung ihrer Abgeordneten leichter als ihren Kollegen in MV, sich einen bieder-bürgerlichen Anstrich zu geben. Zugleich war sie von Anfang an einer stärkeren Heterogenität ausgesetzt, die sich nicht nur aus zwei Lagern, wie in MV auszeichnete und immer wieder zu Zerwürfnissen führt (vgl. Jerzak, Claudia in dieser Broschüre). Die «Freie Kameradschaftsszene» ist in Sachsen trotz guter Verbindungen zu einzelnen Abgeordneten und Mitarbeiter_innen der Fraktion bei weitem nicht so intensiv in die parlamentarische Arbeit involviert, wie das im Nordosten der Republik der Fall ist. Dies ist einer der grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Fraktionen, der sich auch auf der Mitarbeiter_innenliste fortsetzt. Nahezu die Hälfte der Mitarbeiter_innen in MV setzt sich aus Angehörigen der militanten Szene zusammen, während dies in Sachsen die Ausnahme bleibt. Seit dem Einzug der NPD in den Dresdner Landtag war Peter Marx als Fraktionsgeschäftsführer der wichtigste Strategie im Hintergrund der Landtagsfraktion. Nach dem Erfolg der Neonazis in MV wechselte er gemeinsam mit dem ehemaligen Dresdner Mitarbeiter Stefan Rochow nach Schwerin. Auch der Pressesprecher der nordostdeutschen Fraktion, Andreas Molau, war zeitweise bereits als Mitarbeiter in Sachsen tätig. Der Mitarbeiter_innenstab der NPD-Landtagsfraktion war zumindest in Sachsen in den ersten Parlamentsjahren die eigentliche Stärke der Neonazis. Neben Peter Marx wurden auch andere erfahrende Strategen und Publizisten der extremen Rechten, wie die revisionistischen Historiker Karl Richter und Olaf Rose oder der als rechtsextremes Urgestein bekannte Franz Schönhuber (im November 2005 verstorben), durch die sächsische Fraktion in Lohn und Brot gebracht. Inzwischen hat es, ähnlich wie in der Abgeordnetenriege, auch bei den Mitarbeiter_innen in Sachsen eine ganze Reihe von Veränderungen gegeben. In Dresden werden neben der Beschäftigung von wichtigen Integrationsfiguren der extremen Rechten mit Hilfe von Mitarbeiter_innengehältern einzelne Parteikader für ihre jahrelange Arbeit belohnt. In MV dient die Patronage insbesondere dazu, das Bündnis zwischen NPD und militanter Kameradschaftsszene dauerhaft zu festigen. Andrea Röpke bezeichnete die Anstellung von Mitarbeiter_innen für die Landtagsfraktionen sehr treffend als «nationales Versorgungsnetzwerk».

4. Quantitativer Vergleich von parlamentarischen Initiativen

Eine erste Frage, die es zu klären gilt, um die NPD-Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern miteinander vergleichen zu können, ist die nach der Quantität ihrer Parlamentsaktivitäten. Dies soll nachfolgend anhand der Anfragen, Anträge, Reden und der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die sächsische Fraktion über anfangs doppelt so viele, inzwischen nur noch drei Abgeordnete mehr verfügt und ihr Mitarbeiter_innenstab dementsprechend etwas größer ausfällt.

Anfragen dienen in einem Parlament als wichtiges Instrument der Opposition, um die Regierung zu kontrollieren. Die Regierung hat auf entsprechende Anfragen innerhalb einer bestimmten Frist wahrheitsgemäß und vollständig zu antworten. In Sachsen hat die NPD-Fraktion bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause 2008 innerhalb von knapp vier Jahren insgesamt 2.165 Kleine Anfragen an die Staatsregierung gestellt. Davon entstanden 926 Kleine Anfragen in den letzten beiden Jahren. Im nordostdeutschen

Landtag kommt sie bis zu diesem Zeitpunkt auf knapp 500 Kleine und Mündliche Anfragen in den zwei Jahren ihrer Parlamentsmitgliedschaft. Die NPD benutzt dieses Mittel geradezu inflationär. Für Mecklenburg-Vorpommern stellte die NPD deutlich mehr Anfragen als Die Linke und die FDP zusammen. Dies widerspricht dem Anspruch der Partei, die Kosten, die durch die Landtage erzeugt werden, senken zu wollen. Jede einzelne Anfrage ist mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand und Kosten verbunden. Auf die inhaltliche Ausrichtung der NPD-Anfragen soll an späterer Stelle ausführlich eingegangen werden.

Auch bezüglich der Anzahl der gestellten Anträge ist die NPD eine der aktivsten Parteien in den Landtagen Dresdens und Schwerins. Mit Hilfe von Anträgen sollen gesetzliche Entscheidungen herbeigeführt werden. Auf Grund der Mehrheitsverhältnisse ist dieses Unterfangen für die NPD eher aussichtslos. Attraktivität besitzen Anträge aber auf Grund ihrer Behandlung im Plenum des Landtages, was eine größtmögliche Medienaufmerksamkeit für die eigenen Positionen bedeutet. Die NPD in Sachsen stellte im Untersuchungszeitraum insgesamt 137 Anträge, ihre nordostdeutsche Fraktion stolze 86 Anträge und eine Reihe von Änderungsanträgen. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums ist für die nordostdeutsche NPD-Fraktion eine größere Intensität hinsichtlich der Einbringung von Anträgen festzustellen. Dies kann allerdings dadurch bedingt sein, dass die sächsische NPD durch ihre längeren Erfahrungen einen weitaus rationaleren Umgang mit diesem parlamentarischen Instrument erlernt hat. Nicht jeder Antrag und die anschließenden parlamentarischen Debatten führen zur erwünschten medialen Aufmerksamkeit und rechtfertigen damit die investierte Arbeit.

Darüber hinaus nutzt die NPD sowohl in Sachsen als auch in Mecklenburg-Vorpommern ihr Recht zur Beantragung Aktueller Debatten vollständig aus. Hierbei werden aktuelle Themen innerhalb einer Stunde im Plenum behandelt, wobei bestimmte Redezeiten vorher festgelegt sind und nicht überschritten werden dürfen. Die NPD versucht dabei, tagespolitische Themen populistisch aufzuladen und sich eine möglichst große Aufmerksamkeit zu verschaffen. Aktuelle Debatten bleiben in parlamentarischer Sicht ohne Konsequenzen und dienen ausschließlich der Präsentation von Parteipositionen zu bestimmten Themen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die NPD-Fraktionen in ihre Auftritte in dem Plenarsälen der Landtage die meiste Energie investieren. Dies geht nur zu Lasten der Ausschussarbeit. Die NPD-Fraktionen begreifen das Plenum als die Vorderbühne, auf der sie ein bestimmtes Bild von sich aufbauen und öffentlich verkaufen möchten (vgl. NIPrint2. Sie alle spielen Theater. 2006).

5. Qualitativer Vergleich der Parlamentarischen Anfragen

Aufschlussreicher als die Quantität sollte ein inhaltlicher und qualitativer Vergleich der NPD-Aktivitäten in den beiden Landtagen sein. Um eine sinnvolle Vergleichbarkeit hinsichtlich der von der NPD in Anfragen verfolgten Zielstellung herzustellen, wurden insgesamt 15 Kategorien definiert, in welche die entsprechenden Anfragen thematisch eingeordnet wurden. Eine weitere Kategorie fasste sämtliche Anfragen zusammen, welche sich nicht in diese Schemata einordnen ließen. Für Sachsen sind lediglich 4 % und für MV 3,4 % der Anfragen nicht durch die erarbeiteten Kategorien fassbar. Die Anfragen-Kategorien mit der größten Bedeutung sollen nachfolgend vorgestellt werden. In Tabelle 1 sind die wichtigsten acht Kategorien in einer Übersicht für die beiden Landtagsfraktionen dargestellt.

Kategorien	NPD-Fraktion Sachsen (in %)	NPD-Fraktion Mecklen- burg-Vorpommern (in %)
Politischer Gegner	17,0	8,9
Innere Sicherheit & Justiz	14,0	11,1
Staatliche Repression	10,9	28,8
Soziales & Familie	6,7	9,5
Umwelt	8,9	3,7
Kommune & Heimatpolitik	7,1	8,9
Migration	6,2	6,4
Wirtschaft	7,5	5,5
Sonstige	21,7	17,2

Tabelle 1: Anfragen der NPD-Landtagsfraktionen. Quelle: eigene Darstellung

Demnach drehen sich circa 17 % der NPD-Anfragen im sächsischen Landtag rund um die politischen Gegner_innen der NPD. Nach jeder bekannt gewordenen Demonstration oder Aktion von autonomen Antifaschist_innen gibt es postwendend parlamentarische Anfragen der NPD-Landtagsfraktion, um die Antifaschist_innen zu kriminalisieren. Ein vermeintlicher «Linksextremismus», als eigentliche Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung soll den Fokus von der eigenen Klientel weg lenken. Seit dem Jahr 2007 wird diese Strategie von der NPD verfolgt. Fast 2/3 aller Anfragen in diesem Bereich sind in den Jahren 2007 und 2008 entstanden. Hierzu gehören auch Fragen zu Treffpunkten der linken Szene, zu alternativen Kulturprojekten, zur Förderung von Vereinen und Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz engagieren. Die NPD möchte möglichst viele Informationen über ihre politischen Gegner_innen erlangen, um vermeintliche Unregelmäßigkeiten in der Vergabe von Fördermitteln oder in der Durchführungen von Veranstaltungen aufzudecken und politischen Druck aufzubauen. Politische Gegner_innen der NPD werden dabei pauschal als «Linksradikale» bezeichnet. Autonome Antifaschist_innen sollen als Handlanger der demokratischen Fraktionen dargestellt werden, die deren politische Forderungen gegen die NPD mit Hilfe von Gewalt durchsetzen. Jeder, der sich gegen die Neonazis engagiert, soll das Gefühl erhalten, anschließend durch die NPD-Anfragenpolitik ins Licht der Öffentlichkeit gezogen zu werden und damit der Gefahr ausgesetzt zu sein, durch gewalttätige Neonazis aus dem NPD-Umfeld angegriffen zu werden. Bei einer Reihe von Anfragen ist auch eine enge Zusammenarbeit mit dem militanten Kameradschaftsspektrum zu vermuten, das gezielt Informationen über politische Gegner_innen in Form von Anti-Antifa-Arbeit zusammenträgt und veröffentlicht. In MV ist dieser Themenbereich der NPD-Anfragen mit fast 9 % aller Anfragen immer noch auf Rang 4. Sowohl in Sachsen als auch in MV möchte sich die NPD mit Hilfe ihrer Anfragen als die Partei darstellen, die für Sicherheit, Recht und Ordnung eintritt. So machen Anfragen zum Bereich Innere Sicherheit und Justiz rund 14 % der sächsischen und 11 % der nordostdeutschen NPD-Anfragen aus. Während sich in Sachsen jede zehnte Anfrage mit dem Themenbereich Staatliche Repression beschäftigt, ist dieser Komplex in MV mit 28,8 % aller Anfragen das bedeutendste Thema. Die Schweriner NPD-Fraktion stellte mindestens 134 ähnlich lautende Anfragen, die sich mit den gelisteten Vorfällen rechtsextremer Gewalt der Opferberatung LOBBI beschäftigten. Die Neonazis interessierten sich für den juristischen Ermittlungsstand jedes

Vorfalls, die Erkenntnisse der Staatsregierung, für die ermittelten Tatverdächtigen und die Bewertung der politischen Motivation der Geschehnisse. Die Absicht, die dahinter steckt, ist die Diskreditierung der Statistik rechtsextremer Straftaten durch die Opferberatungen und die Bagatellisierung der von Neonazis verübten Gewalt. Außerdem sollen Fehler staatlicher Repressionsorgane bei Einsätzen gegen Rechtsextremisten (z.B. Auflösung von rechtsextremen Konzerten) aufgedeckt und skandalisiert werden. Mit Hilfe der Anfragen erhofft sich die NPD, rechtliche Lücken zu finden, um bei zukünftigen neonazistischen Aktionen der Strafverfolgung zu entgehen. Im Landtag von MV widmet sich die NPD-Fraktion in weitaus stärkerem Maße als in Sachsen dem Themenbereich Soziales und Familie. Während sich in Schwerin jede zehnte Anfrage diesem Thema zuwendet, beziehen sich darauf in Sachsen nur 6,7 Prozent aller Anfragen. Die NPD interessiert sich u.a. für Kindertagesstätten in privater Trägerschaft, für die Verpflichtungen von Banken und Sparkassen gegenüber den Empfänger_innen von Arbeitslosengeld II oder für Drohungen gegenüber Arbeitsagenturen. Sie versucht mit Hilfe zusätzlicher Informationen ihr sozialpolitisches Profil zu schärfen und den Eindruck zu erwecken, dass sie sich für die Belange von sozial Benachteiligten einsetze und die Hartz IV-Gesetzgebung bekämpfe. Da der sächsische NPD-Wahlkampf im Jahr 2004 vor allem durch die populistische Bezugnahme auf die Arbeitsmarktreformen geprägt war, verwundert die geringe Wertschätzung, die dem Thema seitens der NPD im sächsischen Landtag zuteil wird. Der Umweltschutz ist bei der sächsischen NPD hingegen ein sehr bedeutendes Thema. Dies ist vor allem dem Ex-NPD-Abgeordneten Matthias Paul zu verdanken, der sich sorgfältig in diesen Bereich eingearbeitet hatte und die Neonazi-Lösung «Umweltschutz ist Heimatschutz» in die Tat umsetzen wollte. Fast 3/4 aller Anfragen zum Thema Umweltschutz wurden gestellt, bevor er sein Mandat auf Grund einer Kinderpornographie-Affäre niedergelegt hatte. Seit dem Skandal um Matthias Paul ist dieser Bereich zu einem Stiefkind der sächsischen Landtagsfraktion verkommen. Der Nachrücker René Despang ist als Totalausfall für die NPD-Fraktion zu betrachten, da er den Aufgaben eines Landtagsabgeordneten nicht gewachsen ist. An diesem Beispiel wird auch deutlich, dass die Besetzung bestimmter Themen in erheblichem Maße von den Fähigkeiten und dem Engagement einzelner Personen innerhalb der NPD abhängig sein kann. In MV versucht die NPD, mit Anfragen zu einzelnen kommunalen Themen und zur Heimatpolitik den Eindruck einer Verwurzelung im regionalen Bereich zu erwecken. In Sachsen, wo die Parteistrukturen insgesamt flächendeckender ausgebaut sind, ist dieses Thema ebenfalls von Bedeutung. Anfragen, die diesem Bereich zugeordnet sind, beziehen sich auf spezifische Fragen zu Geschehnissen mit regionaler Bedeutung. Oft werden diese Anfragen von den Abgeordneten gestellt, die in den entsprechenden Regionen ihren Wohnsitz oder ihr Wahlkreisbüro haben, und sie scheinen vereinzelt von Parteikameraden oder Bürger_innen an die NPD-Abgeordneten herangetragen worden zu sein. Das Thema Migration, bei welchem die NPD z.B. die Anzahl und die Kosten für Asylbewerber_innen oder die Gründe für die Duldung von Migrant_innen erfahren möchte, ist ein klassisches Thema rechtsextremer Parteien. Die Informationen verwendet die NPD, um sie in anderen Kontexten als Fakten zur Untermauerung fremdenfeindlicher Propaganda zu verwenden. Anfragen aus diesem Bereich nehmen mit immerhin über 6 Prozent noch einen der Spitzenplätze ein. Es wird allerdings deutlich, dass die NPD keine Ein-Themen-Partei ist, wie es rechtsextremen Parlamentsfraktionen in der Vergangenheit oft nachgewiesen werden konnte. Die so genannte «Ausländer-Frage» ist nur einer von vielen Bereichen, für die sich die Neonazis interessieren.

Eine enge Zusammenarbeit der NPD-Landtagsfraktionen im Bereich der parlamentarischen Anfragen ist für den Untersuchungszeitraum nicht zu erkennen. Selbst Anfragen zu übereinstimmenden Themenbereichen von landesübergreifender Bedeutung (Zahl von Migrant_innen oder Umsetzung der Hartz-IV-Gesetzgebung) weisen keine Ähnlichkeiten hinsichtlich verwendeter Formulierungen oder der Struktur der Anfragen auf.

6. Vergleich der Anträge und Gesetzentwürfe

Die Gesetzentwürfe der beiden NPD-Landtagsfraktionen weisen innerhalb des Untersuchungszeitraums keine Gemeinsamkeiten auf. Die NPD in MV stellte lediglich zwei Gesetzesanträge, die sächsische Fraktion insgesamt sieben.

Die Anträge der NPD-Fraktionen in den Landtagen wurden im Rahmen dieser Untersuchung nach denselben Kategorien geordnet wie die Anfragen. Dabei zeigt sich, dass die Anträge thematisch deutlich breiter gestreut sind. Zu beachten ist daher, dass die eingereichten Anträge zahlenmäßig sehr eng beieinander liegen und die Schwerpunktsetzungen weniger deutlich ausfallen. Das Thema Soziales und Familie wurde in beiden Landtagen von der NPD am meisten bedient, gefolgt von Anträgen zur Wirtschaftspolitik. An dritter Stelle stehen Themen, die sich mit der Europäischen Union beschäftigen. In Sachsen spielen bei den Anträgen im Plenum die kommunalpolitischen Themen eine wichtige Rolle. Der Bereich Innere Sicherheit und Justiz rangiert in beiden NPD-Landtagsfraktionen bei den Anträgen an fünfter Stelle.

Exemplarisch sollen nachfolgend die NPD-Anträge aus dem Themenbereich Soziales und Familie und zu EU-Themen qualitativ verglichen werden. Die Frage ist, inwieweit die Struktur, die Formulierungen und die Inhalte der Anträge Rückschlüsse über eine mögliche Kooperation zwischen beiden Fraktionen oder gemeinsame Strategien zulassen. Die ausgewählten Anträge sind in Tabelle 2 dargestellt.

Thematik	NPD-Fraktion Sachsen	NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Hartz IV	Rückkehr zum Sozialstaat statt Extremismus für den Kapitalmarkt – Hartz-IV-Generalrevision	Schutz des Privateigentums von Hartz-IV-Beziehern
	Hartz IV einer Generalrevision unterziehen	Ersatzlose Streichung des § 15 Sozialgesetzbuch II
	Hartz IV zurücknehmen – Armut und soziale Schieflage verhindern	Arbeitslosengeld II humaner gestalten
	Kostenfreie, vollwertige und gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche nicht auf Hartz -V-Leistungen anrechnen!	SGB II ändern
	Abwendung der potentiellen Ungleichbehandlung von Hartz-IV-Empfängern im Zuge der Verwaltungs-und Funktionalreform	SGB II ändern und «Job-Nomadentum» für unzumutbar erklären
	Keine weitere Verschärfung der Hartz-IV-Reformen im Zuge der anstehenden Reform des Niedriglohnssektors	Richtlinien für ALG-II-Empfänger

	Bundratsinitiative des Freistaates Sachsen gegen eine Hartz-IV-»Generalrevision« der Bundesregierung	
	Hartz IV-bedingte Umzüge	
EU/ Schengen- raum	Grenzkriminalität nach Schengen-Erweiterung stoppen – Maulkorberlass für die Polizei aufheben!	Den Volkswillen der Iren achten
	EU-Reformvertrag verhindern – Europa muss frei bleiben! Für eine Bundratsinitiative des Freistaats Sachsen	Ratifizierung des EU-Vertrages von Lissabon
	Sächsische Grenzen als Kriminalitäts- und Zuwanderungsfilter erhalten – Grenzkontrollen zur Republik Polen und zur Tschechischen Republik beibehalten – Kein Abbau der Polizeipräsenz in Grenznähe!	Informationspolitik zu den Folgen der Schengenraum-Erweiterung
	Grenzkontrollen erhalten – Kein Beitritt Polens und der Tschechischen Republik zu Schengen II	Grenzkontrollen zur Republik Polen beibehalten
	Ziele für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft definieren: Erweiterungspolitik und EU-Verfassung stoppen – Binnenmarkt zurückführen!	Änderungsantrag: Entschließungsantrag zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007
	Überprüfung der Vereinbarkeit des deutschen Zustimmungsgesetzes zum Europäischen Verfassungsvertrag mit dem Grundgesetz (Abstrakte Normenkontrollklage); Verhinderung einer Wiederholung des EU-Verfassungsvertrages in neuer vertragsrechtlicher Form, aber mit gleichem Rechtsrang	
	Die Existenz des deutschen Gartenbaus sichern – dem Prüfverfahren der EU-Kommission wegen Steuerbefreiung für den Gartenbau entgegenzutreten!	
	Überprüfung der Vereinbarkeit des deutschen Zustimmungsgesetzes zum Europäischen Verfassungsvertrag mit dem Grundgesetz (Abstrakte Normenkontrollklage)	
	EU-Dienstleistungsrichtlinie: Informationen zum Verhandlungsstand; Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit	
	Zustimmungsgesetz zur EU-Verfassung	
	Reformbestrebungen der EU-Kommission zur Zuckermarktordnung	

Tabelle 2: ausgewählte Anträge. Quelle: eigene Darstellung.

Insgesamt wurden acht Anträge der sächsischen und sechs Anträge der nordostdeutschen NPD-Landtagsfraktion zum Thema «Hartz IV» inhaltlich miteinander verglichen. Das Ergebnis war sehr überraschend: Zwischen den Anträgen aus Sachsen und MV bestehen absolut keine Gemeinsamkeiten. Die in den NPD-Anträgen behandelten Paragraphen und Regelungen des SGB II und die dazugehörigen Begründungen scheinen völlig beliebig von den einzelnen Fraktionen ausgewählt und erarbeitet worden zu sein. So fordert die NPD in Schwerin z.B. in einem Antrag eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Veränderung des § 12 (3) SGB II (Angemessenheit des Hausrates) oder des § 10 SGB II (Verlassen der Heimatregion). In Sachsen waren diese Paragraphen noch nie in einem NPD-Antrag Thema. Stattdessen wird in Dresden z.B. eine Bundesratsinitiative zur Zurücknahme des gesamten Gesetzespaketes («Hartz IV») gefordert. In Mecklenburg-Vorpommern hat die NPD-Fraktion eine solche Forderung in noch keinem Antrag formuliert. Die Vermutung liegt nahe, dass es innerhalb der NPD weder eine gemeinsame Strategie, noch eine fraktionsübergreifende inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Themenbereich gibt. Es wird immer wieder einmal ein beliebiger Paragraph des SGB II herausgegriffen, um ihn in einem Antrag zu thematisieren und die eigene Fraktion mit der Behandlung des Themas zu schmücken. Ein koordiniertes Vorgehen beider Landtagsfraktionen ist diesbezüglich nicht zu beobachten. Die Ergebnisse lassen auch die Frage aufkommen, wie ernst es die NPD mit ihren Anträgen zur Hartz-IV-Gesetzgebung meint. Wenn eine innerparteiliche Auseinandersetzung mit der Thematik stattfinden würde, wäre ein gezielteres und gemeinsames Vorgehen beider Landtagsfraktionen wahrscheinlicher. Stattdessen wird das Thema offensichtlich ungeordnet und beliebig behandelt. Man scheint sich über die Fraktionsgrenzen hinaus innerhalb der NPD noch nicht einmal darüber einig zu sein, ob man innerhalb der Reformen des SGB II Modifikationen vornehmen möchte oder das Gesetzespaket als Ganzes ablehnt. Hartz -IV ist der NPD nur Mittel zum Zweck, um populistische Forderungen zu formulieren. Darüber hinaus lässt sich festhalten, dass die NPD-Anträge zu diesem Themenbereich in Sachsen meistens länger sind und umfangreicher begründet werden. Es findet wiederholt eine Bezugnahme auf Presseberichte statt, um bestimmte Punkte der Hartz-IV-Gesetzgebung zu skandalisieren.

Zumindest in den Hauptargumentationslinien sind gewisse Ähnlichkeiten der NPD-Anträge zum Themenbereich Europäische Union/Schengenraum-Erweiterung nicht zu übersehen. Hierfür wurden 16 NPD-Anträge, davon fünf aus dem Landtag von MV, miteinander verglichen. Die NPD plädiert entsprechend ihrer anti-europäischen Ausrichtung gegen Zustimmungen der entsprechenden Landesregierung bzw. Staatsregierung zur EU-Verfassung, zur EU-Erweiterung, zum EU-Reformvertrag u.a. im Bundesrat. Ihrer Meinung nach liegt keine ausreichende demokratische Legitimierung von Bundestag und Bundesrat vor, der vermeintlichen Abtretung von Souveränitätsrechten der Bundesrepublik in einfacher Sitzung zuzustimmen. Der europäische Einigungsprozess führt entsprechend der NPD-Argumentation zur Aufgabe demokratischer Grundrechte und der Selbstbestimmung Deutschlands. Die qualitativen Unterschiede zwischen beiden Landtagsfraktionen, die sich bereits bei den Anträgen zur Hartz-IV-Gesetzgebung angedeutet haben, werden bei den Europa-Themen noch deutlicher. Zur Verhinderung der Ratifizierung des EU-Reformvertrages von Lissabon stellte die NPD-Fraktion in MV einen Antrag, der inklusive der Begründung aus insgesamt drei Sätzen besteht. Knapp sechs Monate zuvor hatte die sächsische NPD-Landtagsfraktion bereits einen Antrag gestellt, der das gleiche Ziel verfolgte. Dieser bestand jedoch, ohne die dazugehörige Begründung, bereits aus einem Text von 89 Zeilen Länge. Dies setzt sich

in den anderen Anträgen zur Europa-Politik fort. Die sächsische NPD-Landtagsfraktionen versuchte in diesem Themenbereich wiederholt, auf Ausführungen der emeritierten Professoren Hans Heinrich Rupp und Karl Albert Schachtschneider zurückzugreifen. Beide hatten bis vor wenigen Jahren an verschiedenen Universitäten die Lehrstühle für Öffentliches Recht geleitet. Schachtschneider vertrat den rechten CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler bei seinen Bemühungen gegen die EU-Verfassung im Jahr 2005. Es kann davon ausgegangen werden, dass die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag sich ausführlich mit den Positionen von Rupp und Schachtschneider auseinandergesetzt hat. Die Anträge der Fraktion in MV sind hingegen sehr laienhaft gestaltet.

Beim Versuch der Einflussnahme der NPD auf die EU-Ratspräsidentenschaft formulierte die Dresdner Fraktion im Januar 2007 einen Antrag, der sich aus elf Unterpunkten zusammensetzte. Es wurden u.a. die EU-Verfassung, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, ein genereller EU-Erweiterungsstopp und der Wegfall der Grenzkontrollen thematisiert. Zwei Wochen später wurde das Thema auch durch einen NPD-Antrag in MV bedient, hier jedoch ausschließlich auf die EU-Verfassung und den Reformvertrag bezogen. Das heißt, selbst wenn eine Vorlage der weitaus mehr geschulten Kameraden aus Sachsen vorliegt, scheint die nordostdeutsche Fraktion nicht willens oder dazu in der Lage, diese Qualität für ihre Arbeit zu nutzen. Beide Fraktionen sprachen sich in Anträgen für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen nach Polen (bzw. Tschechien) aus. Beim Vergleich der Anträge sind jedoch weder in Struktur, noch in den verwendeten Formulierungen auffällige Gemeinsamkeiten zu erkennen. Auch hier arbeitet jede der beiden Fraktionen für sich. Während sich in MV die Europa-Politik in den Anträgen ausschließlich auf die EU-Verfassung, den EU-Reformvertrag und Grenzkontrollen beschränkt, werden in Sachsen auch einzelne EU-Regelungen, z.B. im Gartenbau oder in der Dienstleistungsrichtlinie thematisiert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in den Bereichen Hartz-IV-Gesetzgebung und Europäische Union/Schengenraum-Erweiterung weder eine enge Kooperation noch gemeinsame Strategien zwischen den NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und MV nachweisbar sind. Da diese Bereiche in keiner besonderen Form landesspezifisch sind, sondern durchaus überregionale Bedeutung haben, wird vermutet, dass die Feststellung der mangelhaften Kooperation auch auf andere Themen übertragbar ist.

Trotzdem kam es im Untersuchungszeitraum vereinzelt vor, dass Anträge der NPD-Fraktion in Sachsen für den Schweriner Landtag genutzt wurden. Dies waren allerdings Initiativen, die in erster Linie von der Bundespartei und nicht von Landtagsfraktionen getragen wurden. Am 10.07.2006 wurde in Sachsen der Antrag «Bundesratsinitiative des Freistaates Sachsen gegen eine Privatisierung des Unternehmens Deutsche Bahn AG» gestellt. Mehr als ein Jahr nach diesem Antrag kopierte Pastörs' Fraktion diesen und nannte ihn «Privatisierung der Deutschen Bahn AG verhindern». In MV wurde der sächsische Antrag dafür deutlich gekürzt. Einzelne Textpassagen wurden jedoch wortgleich übernommen. Viele andere Fraktionen thematisierten die Privatisierung der Deutschen Bahn AG unabhängig von der NPD ebenfalls in Anträgen.

Propagandistisch genutzt hat die NPD die Möglichkeit der Antragstellung beispielsweise am 05.09.2007. Zeitgleich wurde in Schwerin und Dresden der Antrag gestellt, den § 130 StGB («Volksverhetzung») zu streichen. Der Paragraph verbietet die Aufstachelung zum Hass gegen einzelne Bevölkerungsteile oder Minderheiten und soll die Menschenwürde vor Angriffen schützen. Die NPD bezeichnete die Gesetzespassage in ihren nahezu wortgleichen

Antragsbegründungen als «Gesinnungsjustiz». Sie bettete die Anträge und Plenardebatten in ihre bundesweite Kampagne zur Streichung des § 130 StGB ein.

Am 20.09.2007 debattierte nun der Schweriner Landtag über den NPD-Antrag und acht Tage später war der Paragraph 130 StGB Thema in Dresden. Der SPD-Fraktionschef Martin Dulig fragte nach wenigen Sätzen von Holger Apfel im Sächsischen Landtag, ob dies seine oder die Rede von Herrn Pastörs sei. Ein Vergleich der NPD-Reden zeigt allerdings, dass sie nicht identisch waren. Pastörs und Apfel haben nicht voneinander abgeschrieben. Zwar beziehen sich beide in ihren Reden auf ein Zitat der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch⁴ und auf Äußerungen des ehemaligen Regierungsdirektors Josef Schüßlburner⁵, doch stehen diese nicht im Zentrum der Reden, sondern stellen eher Randnotizen dar. Auch bei anderen Reden zu gleichen oder ähnlichen Themen waren im Untersuchungszeitraum keine Übereinstimmungen erkennbar, die auf eine enge Kooperation beim Verfassen der Wortbeiträge hinweisen könnten. Auch hier muss konstatiert werden, dass kein direkter Draht zwischen Dresden und Schwerin zu existieren scheint.

7. Qualitativer Vergleich der Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit der NPD dient dazu, sich eine Fassade aufzubauen, mit deren Hilfe ein Bild von der Landtagsfraktion vermittelt werden kann, dass sie als fleißig, arbeitssam, aber von den anderen stets ausgeschlossen und diskriminiert erscheinen lässt. Seit mittlerweile mehreren Jahren wird man seitens der Neonazis nicht müde, sich als Opfer der demokratischen Fraktionen darzustellen und stets zu betonen, dass keine Fraktion so viele parlamentarische Initiativen je Abgeordneten zu verzeichnen hat wie die NPD. Dazu unterhalten die Fraktionen jeweils eine Website, die stets aktualisiert wird und einen umfassenden Überblick verschaffen soll. Es vergeht fast kein Tag ohne eine Veröffentlichung auf einer der beiden Internetseiten. Die Seiten werden von technischer Seite durch die Firma des saarländischen Nachwuchskaders Frank Franz, einen Ziehsohn des NPD-Strategen Peter Marx, betrieben. Die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen veröffentlichte bisher deutlich mehr Pressemitteilungen und Druckerzeugnisse als die «Kameraden» in MV. In Sachsen wurden bisher mindestens zehn Broschüren und 23 Faltblätter durch Fraktionsgelder finanziert und veröffentlicht. In MV waren es nur drei Faltblätter und eine Broschüre. Dies ist vor allem durch die Verteilung der Fraktionsmitarbeiter_innen in der Vergangenheit bedingt. Wichtige Kader der Bundes-NPD wurden im sächsischen Landtag mit Posten versorgt und dafür bezahlt, umfangreiche Propaganda zu erzeugen. Außerdem stehen der sächsischen Fraktion mehr Steuergelder zur Verfügung als ihrem nordostdeutschen Pendant. Die sächsische Fraktionszeitung «Klartext» erschien bisher 18-mal, der nordostdeutsche «Ordnungsruf» 5-mal.

Die NPD investiert in den Aufbau ihrer Fassade sehr viel mehr Arbeit als andere Fraktionen. Dies wird u.a. notwendig, wenn der NPD mit breitem gesellschaftlichen Widerstand auf verschiedenen politischen Ebenen begegnet wird. Der Versuch einer Dekonstruktion der von der NPD aufgebauten Fassade führt dazu, dass die NPD sehr viel Energie für die Aufrechterhaltung ebendieser verwendet. Diese Erkenntnis zeigt, dass ein ständiges Widersprechen und eine dauerhafte Auseinandersetzung mit den Neonazis notwendig sind, um sie dazu zu zwingen, sich überwiegend mit sich selbst zu beschäftigen.

Die Themen der Fraktionszeitungen «Klartext» und «Ordnungsruf» ähneln einander. So wurden z.B. in der jeweils letzten Ausgabe der beiden Blätter im Untersuchungszeitraum

sowohl in Sachsen wie auch in MV die Themen «Beteiligung Deutschlands an Kriegen» und «Nichtraucher-Schutzgesetz» auf der Titelseite behandelt. Außerdem gibt es in diesen Ausgaben der Fraktionszeitung jeweils einen Beitrag zum Thema «Migration». Titelt die «Klartext» mit «Zuwanderung: Mit uns nicht, Herr Schäuble!», spricht der «Ordnungsruf» von der «Ausländerlüge». Die Artikel behandeln zwar verschiedene Bereiche der Thematik, arbeiten aber mit identischer Symbolik. Beide Beiträge sind jeweils mit einem Foto illustriert auf welchem Frauen mit Kopftüchern von hinten abgelichtet wurden. Gesichtslos sind auf einem Bild die vermeintlich islamischen Frauen mit vollen Einkaufstüten bepackt, auf dem anderen Bild schiebt eine vermeintliche Migrantin einen Kinderwagen vor sich her. Die NPD bedient mit diesen Bildern auf billigste Art und Weise die in der Bevölkerung vorhandenen Stereotypen zum Thema. Insgesamt lässt sich feststellen, dass entgegen anderen Einschätzungen in einer eigenen Analyse der Texte aus den Fraktionszeitungen festgestellt wurde, dass die NPD in diesen kein Blatt vor den Mund nimmt. In jeder Ausgabe der Fraktionszeitungen lassen sich problemlos Beiträge finden, in denen unverhohlenen rassistische, antisemitische und antidemokratische Positionen vertreten werden. Die Aufmachung der Zeitungen ähnelt derer von Boulevardblättern. Große, populistische Überschriften wie «Ausländerkriminalität nicht unter Kontrolle» (Ordnungsruf Nr. 02/2007) oder «Sozial geht nur national» (Klartext Nr. 14/2007) werden durch kurze Texte und eine einfache Sprache untermauert. In jeder Ausgabe der beiden Fraktionszeitungen gibt es ein Interview mit einem Abgeordneten oder einem Mitarbeiter der Fraktion, in welchem jeweils eine Auswahl von NPD-Parolen aus anderen Partei-Publikationen wortwörtlich wiedergegeben wird. Insgesamt kann die inhaltliche Fundierung der Artikel in den Fraktionszeitungen als sehr flach bezeichnet werden. Gelegentlich werden einige Informationen aus NPD-Parlamentsanfragen verarbeitet. Die Faltblätter der Landtagsfraktionen sind ebenfalls von qualitativen Tiefflügen und plattem Populismus geprägt.

Etwas anders sieht es dagegen in der Parteizeitung «Deutsche Stimme» (DS) aus. Bis auf eine einzige Ausnahme waren oder sind alle Redakteure der DS bei der sächsischen Landtagsfraktion als Mitarbeiter beschäftigt oder sind gewählte Parlamentsabgeordnete im Dresdner Landtag. Die Beiträge über die Arbeit der NPD im sächsischen Landtag stammen überwiegend vom Pressesprecher der Landtagsfraktion, Arne Schimmer. Unter der Kategorie «Aus den Parlamenten» wird regelmäßig über die Arbeit der Landtagsfraktionen berichtet. Die Propaganda in der DS ist dabei weitaus anspruchsvoller als in den Fraktionszeitungen. Sie richtet sich allerdings in erster Linie auch nicht an die Allgemeinheit, sondern an ideologisierte NPD-Mitglieder und Sympathisanten. Die Beiträge werden mit mehr Inhalt gefüllt, sind mit weitaus weniger Bildern geschmückt und sind insgesamt sachlicher angelegt. Beim Vergleich von Fraktionszeitungen und DS wird sehr deutlich, dass verschiedene Zielgruppen bedient werden sollen.

Die Broschüren der Landtagsfraktionen sind überwiegend zu Themen erarbeitet, zu denen eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit stattgefunden hat. Die einzige Landtagsbroschüre aus MV im Untersuchungszeitraum nutzte den Tod eines vernachlässigten Kindes im November 2007 schamlos für die Partei-Propaganda aus. Die tragische Geschichte um ein verhungertes Mädchen in Schwerin hatte in MV für viel Wirbel gesorgt. Auf diesen Zug versuchte die NPD mit ihrer Broschüre aufzuspringen und sich als diejenige anzubieten, welche die passenden Lösungskonzepte parat hat. Die Broschüre enthält ein moralisierendes Vorwort von Udo Pastörs, einen Gesetzesentwurf der NPD zum Thema, zwei Landtagsreden von Stefan Köster, Auszüge einer Gegenrede von Norbert Nieszery (SPD)

sowie Presseerklärungen der NPD-Fraktion zum Thema. Der Arbeitsaufwand zur Erstellung der Publikation dürfte nicht groß gewesen sein. Der überwiegende Teil der zahlreichen Broschüren der Sächsischen Landtagsfraktion ist ähnlich aufgebaut. Zwei Publikationen fallen dabei allerdings aus dem Rahmen. In der Broschüre «Die ganz linke Tour» und «Die demographische Katastrophe stoppen!» wurde der überwiegende Teil der Beiträge scheinbar exklusiv für die jeweilige Broschüre erarbeitet. In «Die ganz linke Tour» diffamiert die NPD Initiativen und Einzelpersonen, die sich auf verschiedenen Ebenen gesellschaftlich gegen Rechtsextremismus engagieren, bezeichnet diese pauschal als «linksextremistisch» und wirft ihnen vermeintliche Gewalt- und Straftaten vor. Die Demographie-Broschüre liest sich wie eine detaillierte Ausarbeitung des bevölkerungspolitischen Programms der Neonazis. Zahlreiche, oft zweifelhafte Forschungsergebnisse, Statistiken und Tabellen sollen die familienpolitischen Forderungen der NPD pseudowissenschaftlich untermauern. Re-Education, Achtundsechziger und Medien seien dafür verantwortlich, dass «das deutsche Volk» ausstirbt. Ziel sei eine «Revitalisierung», um den «Fortbestand unseres Volkes» zu sichern. Die NPD scheint sich ausgiebig der Blut- und Boden-Theorie zu bedienen, die auch von den Nationalsozialisten vertreten wurde. Demnach besteht die Grundlage einer Volks-Einheit aus eigenem Blut und eigenem Boden. Die Lösungen der NPD sind dementsprechend so angelegt, nur Familien und Kinder zu unterstützen, die in diesem Sinne als deutsch gelten.

8. Umgang anderer Fraktionen mit der NPD: Vergleich Sachsen - MV

In MV sind die demokratischen Fraktionen des Landtages von Beginn an sehr viel professioneller mit der NPD umgegangen als in Sachsen. In Dresden hatte die NPD vor allem im ersten Halbjahr ihrer Parlamentsmitgliedschaft leichtes Spiel. Erst nach dem Eklat um die «Bombenholocaust»-Rede von Gansel und um das Verlassen des Sitzungssaales zum Boykott der Gedenkminute an die Opfer der Shoa, begriff selbst der rechte Flügel der sächsischen CDU, dass es sich bei der NPD um keine «normale» Partei handelte. Seit der ersten Hälfte des Jahres 2005 antworten auf Anträge der NPD nur ein Abgeordneter der Regierungsfraktion und einer aus der Opposition. So soll sichergestellt werden, dass die größtenteils menschenfeindliche Argumentation der NPD nicht unkommentiert bleibt, aber ausufernde Debatten zum Thema verhindert werden. In Schwerin wurde von Beginn der Legislaturperiode an ein geschlossenes Vorgehen gegen die NPD beschlossen. Auf NPD-Anträge antwortet nur ein Abgeordneter für alle demokratischen Fraktionen. Toralf Staud stellte fest, dass in MV erfolgreicher als in Sachsen gegen die NPD vorgegangen wird, weil auch die CDU als Oppositionspartei zu punktueller Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke bereit ist und den Rechtsextremismus als Problem ernst nimmt. In Sachsen sorgen die Konservativen durch parteitaktische Manöver oder Relativierungen des Rechtsextremismus hingegen immer wieder dafür, dass die Neonazis aufgewertet werden. Insbesondere die Gleichsetzung der neonazistischen NPD mit der Partei Die Linke führte immer wieder dazu, dass die NPD als gleichberechtigte oppositionelle Kraft wahrgenommen wurde (vgl. Fisher, Chris, in dieser Broschüre). Die Auseinandersetzung mit der NPD ist indes keine leichte Aufgabe. Die Neonazis lernen natürlich auch, mit den Strategien ihrer Gegner_innen umzugehen und eine geeignete Gegenstrategie zu entwickeln. Um die NPD als rassistische, antisemitische und antidemokratische Partei auf parlamentarischer Ebene zurückzudrängen, werden auch in Zukunft immer wieder große Anstrengungen notwendig sein.

9. Zusammenfassung

Die NPD-Fraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern arbeiten nur sehr marginal zusammen. Zwar gab es wiederholt Treffen zwischen Mitgliedern der beiden Fraktionen, aber eine gemeinsame inhaltliche Linie oder ein strategisches Vorgehen sind anhand der Analyse der Anfragen, Anträge, Reden und der Öffentlichkeitsarbeit nicht erkennbar. Nach Eigenberichten der NPD-Fraktionen bestanden die Absprachen unter dem Titel «Interfraktionelle Treffen» aus Referaten von führenden Abgeordneten und Mitarbeiter_innen. Der Rahmen erscheint dabei sehr formell und dient vor allem der Zurschaustellung vermeintlicher Kooperationen für die interessierte Öffentlichkeit. Professionalisierungseffekte sind bei der parlamentarischen Arbeit der NPD-Fraktionen zwar durchaus zu erkennen, doch werden diese nicht in vollem Umfang genutzt. Die Schweriner Fraktion leistet inhaltlich deutlich flachere Arbeit als ihre sächsischen «Kameraden». Selbst wenn ausgearbeitete Vorlagen aus Sachsen vorliegen, werden diese nicht genutzt. Die Gründe hierfür können unterschiedlicher Natur sein. Da die prinzipielle Fähigkeit zur besseren Zusammenarbeit angenommen wird, kann vermutet werden, dass die Differenzen zwischen den Fraktionen in Dresden und Schwerin größer sind, als es öffentlich bekannt ist. Holger Apfel und Jürgen Gansel sind dem Udo Voigt-treuen Flügel der Neonazi-Partei zuzuordnen. Mit dem «Deutschen Stimme»-Verlag im sächsischen Riesa haben sie ein wichtiges Meinungsbildungsinstrument unter ihrer Kontrolle. Udo Pastörs und Stefan Köster gehören hingegen zu den Kritikern von Udo Voigt innerhalb der NPD. Der nordostdeutsche Fraktionschef strebt den Vorsitz der Bundespartei an und konkurriert in diesem Anliegen perspektivisch direkt mit Holger Apfel. Jedoch sollte diese Erkenntnis nicht überbewertet werden, da sichere Belege über einen ernsthaften Dissens nicht vorliegen und eine tiefgründige inhaltliche Arbeit seitens der NPD überhaupt nicht nötig scheint, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Die NPD hat bisher noch keine erfolgreichen parlamentarischen Initiativen oder Aktivitäten entwickeln können. Trotzdem gelingt es ihr immer wieder, die Landtage zur Verbreitung ihrer antidemokratischen und diskriminierenden Hetze zu nutzen. Viele ihrer Parolen und Wortneuschöpfungen erreichen durch die Behandlung in den Landtagsplenarien eine deutlich größere Öffentlichkeit als vor ihrem Einzug in diese Parlamente. Der Kampf um die Parlamente, der für die NPD vor allem Öffentlichkeitswirksamkeit und sichere Geldquellen bedeutet, ist demnach kein Misserfolg. Durch die Immunität der Abgeordneten kann auch der Kampf um die Straße vehementer geführt werden, da die Anmelder von Konzerten oder Demonstrationen, wenn sie Landtagsabgeordnete sind, rechtlich nur mit großem Aufwand für diese Art von öffentlichen Auftritten zur Rechenschaft gezogen werden können. Der Kampf um die Köpfe ist mit Hilfe der Infrastruktur zweier Landtagsfraktionen weitaus effizienter zu führen als aus verräucherten Hinterzimmern ländlicher Parteigaststätten. Insbesondere der Versuch, die NPD-Ideen publik zu machen und in der Bevölkerung zu verankern, ist in den vergangenen vier Jahren erschreckend voran geschritten. Toralf Staud spricht in diesem Zusammenhang von einer «Faschisierung der Provinzen» (vgl. Staud. 2005). Die Bildungsarbeit in den eigenen Reihen steht mit Hilfe der Parlamentsmitgliedschaft ebenfalls auf einem festeren Fundament, auch wenn einige Projekte, wie z.B. die sogenannte «Dresdner Schule», sich bei genauerer Betrachtung als Farce entpuppen (vgl. NIPrint 2. 2006. Weitere Schulschließung in Dresden?). Die vierte Säule des NPD-Säulenkonzeptes ist der Kampf um den organisierten Willen. Im Untersuchungszeitraum ist die NPD die mit Abstand stärkste Partei im extrem rechten Spektrum der Bundesrepublik. Während die sächsische Fraktion trotz guter Beziehungen zu einzelnen parteiunabhängigen Neonazis die

Hegemoniebestrebungen im extrem rechten Lager vor allem im neu-rechten und gebildeten Szeneteil forciert, ist MV vor allem durch die enge Verflechtung mit der «Freien Kameradschaftsszene» auffällig. Auf unterschiedlichen Ebenen zeigt sich hier, dass die angestrebte Hegemonie im «nationalen Lager» teilweise schon hergestellt wurde und wird. Die NPD hat sich in Teilen der Republik damit inzwischen zu einer fest verankerten Partei entwickelt, ohne die in der extremen Rechten kein Handeln mehr möglich ist. Unabhängig vom eventuellen Wiedereinzug der Neonazis in den sächsischen Landtag 2009 wird sich eine demokratische Gesellschaft in den nächsten Jahren sehr intensiv mit der NPD auseinandersetzen müssen, um ein friedliches Zusammenleben mit Minoritäten auch außerhalb der Biotope großstädtischer Metropolen dauerhaft gewährleisten zu können. Fremdenfeindliche, rassistische, homophobe und antisemitische Einstellungen sind in vielen Bevölkerungsgruppen bereits weit verbreitet (vgl. Heitmeyer. 2002-2008). Die inhaltliche Fundiertheit der parlamentarischen NPD-Arbeit ist dabei als zweitrangig zu betrachten. Mit Lippenbekenntnissen lässt sich der Vormarsch der Neonazis jedenfalls nicht mehr zurückdrängen.

Literatur

Backes, Uwe; Steglich, Henrik. (Hrsg.). 2007: Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechts-extremistischen Partei. Baden-Baden.

Beier, Katharina; Bogitzsky, Jenny; Buchstein, Hubertus; Feike, Katharina; Fischer, Benjamin; Freyber, Pierre; Strüwing, Mathias; Wiedemann, Tim. 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald.

Brodkorb, Mathias; Schlotmann, Volker (Hrsg.). 2008: Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.

Bündnis90/Die Grünen. Fraktion im sächsischen Landtag. 2006: Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie. Dresden.

Heitmeyer, Wilhelm. 2002-2008. Deutsche Zustände. Folge 1-6. Frankfurt am Main.

Lichdi, Johannes. 2008: Die NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Dresden.

Niemann, Laura. 2008: Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr. Greifswald.

NIP-Redaktionskollektiv. 2005: NIPrint. Ein Jahr NPD im sächsischen Landtag. Dresden.

NIP-Redaktionskollektiv. 2006: NIPrint 2. Zwei Jahre NPD im sächsischen Landtag. Dresden.

Röpke, Andrea; Speit, Andreas. (Hrsg.). 2008: Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Berlin.

Staud, Toralf. 2005: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.

Steglich, Henrik. 2005: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004. Göttingen.

Anmerkungen

- ¹ Im März 2003 wurde das Verbotsverfahren gegen die NPD eingestellt, da dem Bundesverfassungsgericht keine ausreichenden Informationen über die Tätigkeiten der V-Leute des Verfassungsschutzes innerhalb der Partei vorgelegt wurden.
- ² Der NPD-Landtagsstratege Peter Marx sagte dazu in einem Interview mit der Parteizeitung «Deutsche Stimme» im Juni 2008: «In den Landtagen reden wir zum Volk, denn die Vertreter der Blockparteien überzeugen zu wollen, wäre sinnlos vergeudete Zeit.»
- ³ Der NPD-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, verkündete im Juli 2008 bei einer Rede zum Sommerfest der sächsischen NPD-Fraktion, dass die «Achse Dresden-Schwerin» lebendig und beispielhaft sei.
- ⁴ Human Rights Watch kommentierte im Jahr 1975 eine Verschärfung des § 130 StGB kritisch.
- ⁵ Josef Schüßlburner war in den 1980er und 1990er Jahren u.a. im Generalsekretariat der Vereinten Nationen und als hoher Beamter im Verkehrsministerium tätig. Der ehemals Liberalkonservative publizierte in den vergangenen Jahren hauptsächlich in extrem rechten Zeitschriften wie «Aula» oder «Staatsbriefe». Im Februar 2006 setzte er sich dafür ein, dass das Hakenkreuz in Deutschland wieder öffentlich gezeigt und der Holocaust geleugnet werde dürfe.

Michael Nattke, Diplomand am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung der Technischen Universität Dresden, hat bereits an früheren Publikationen des NiP-Redaktionskollektivs mitgewirkt. Verschiedene journalistische Tätigkeiten. Von 2006 bis 2008 war er ehrenamtlich im Referat für Politische Bildung des StuRa der TUD beschäftigt. Er arbeitet momentan an einer empirischen Studie zum Potential rechtsextremer Einstellungen unter sächsischen Berufsschüler_innen und ist an einer Untersuchung zur Wirkung staatlicher Repression auf die rechtsextreme Szene in der Sächsischen Schweiz beteiligt.

Gruppeninterne Prozesse in der NPD-Landtags-Fraktion Sachsen

Die NPD-Fraktion unterlag einer drastischen Schrumpfung. Die Anzahl ihrer Abgeordneten verringerte sich innerhalb eines Jahres von zwölf auf acht. Die Verringerung der Mandate begann für die NPD mit dem Ausstieg der Abgeordneten Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön. Im August 2006 starb Uwe Leichsenring bei einem Verkehrsunfall. Sein Mandat übernahm René Despang. Im November 2006 legte Matthias Paul sein Mandat aufgrund des Verdachtes, im Besitz kinderpornographischen Materials zu sein, nieder. Für ihn rückte der letzte Listenkandidat nach – Peter Klose. Im selben Monat wurde Klaus-Jürgen Menzel aus der Fraktion ausgeschlossen. Er verließ die NPD im Januar 2007.

Die interne Analyse der NPD-Landtags-Fraktion fokussiert auf Strukturen, Funktionen und Verhalten, die seit der Landtagswahl 2004 bestanden oder bestehen, und deren Konfliktpotential. Die formalen Strukturen der Fraktion, d.h. ihre festgelegten Aufgabenverteilungen und Hierarchien, kollidierten in einigen Fällen mit den informalen Strukturen, die sich ungeplant, durch spontane Verbindung – meist in Reaktion auf Herausforderungen der formellen Organisation – bildeten. Zur Disposition steht, ob innerhalb der Fraktion informelle Strukturen bestehen, die eine kritische, zweckfremde Abweichung darstellen, oder aber im Gegensatz dazu stabilisierende Parallelstrukturen, die einen von der festgelegten Struktur ausgesparten, organisationsfreien Raum komplementär füllen. Rollen-, Leitungs- und Kommunikationsstrukturen in der Fraktion werden daraufhin untersucht, wie die Zielsetzungen der parlamentarischen Arbeit durch die Konfliktthemen Ost-West-Parteifunktionsträger_innen, Loyalität gegenüber dem Parteivorstand beziehungsweise den Wähler_innen und der Parteibasis sowie Antiintellektualismus verändert werden. Zielrichtung der gruppeninternen Analyse ist es, bestehende Faktoren offenzulegen, die zum Zerfall der NPD-Fraktion beitragen bzw. kommende Wahlerfolge beeinflussen können.

A. Welche gruppeninternen Prozesse beeinflussen die Arbeit der Fraktion?

Die gruppeninternen Prozesse in der Fraktion sind zum einen durch Rollenerwartungen, zum anderen durch Loyalitätsbezeugungen strukturiert. Innerhalb der sächsischen Fraktion erlangt dabei die Intellektualisierung, d.h. die ideologisch-theoretische Unterfütterung der politischen Arbeit, eine Bedeutung, wenn es um den Stellenwert der Abgeordneten und Mitarbeiter_innen und damit um deren parteiinterne Gestaltungsmöglichkeiten geht. Auch die Einschätzung loyaler Parteimitglieder oder der Entzug dieser Beurteilung beeinflusste die Fraktionsarbeit, schon hinsichtlich der Abnahme ihrer Fraktionsstärke.

1. Welchen Stellenwert nimmt die Intellektualisierung in der Fraktion ein?

Am 09.08.2008 beging Hajo Herrmann in den Räumlichkeiten des extrem rechten Vereins ‚Gedächtnisstätte‘ im westsächsischen Borna seinen 95. Geburtstag. Der Vorschlag für den Gedenkort Borna soll vom früheren Jagdflyer Hajo Hermann selbst stammen. Auf dem Gelände wurde ein germanischer Thing-Kreis errichtet. Ein zwölf Meter hohes Metallkreuz

soll hinzugefügt werden. Herrmann war in der Wehrmacht Oberst der Luftwaffe. Nach dem Zweiten Weltkrieg verteidigte er als Rechtsanwalt unter anderem die Holocaustleugner David Irving und Fred Leuchter. Auch die NPD war anwesend¹: Bundesvorsitzender Udo Voigt, dessen Parlamentarischer Berater² und stellvertretender Landesvorsitzender in Niedersachsen, Andreas Molau, der sächsische Landesvorsitzende Winfried Petzold. Olaf Rose, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landtagsfraktion, sprach ein Grußwort der sächsischen Landtagsfraktion. Rose galt als häufiger Redner bei Veranstaltungen des Vlothoer ‚Collegium Humanum‘ (Nordrhein-Westfalen), einer extrem rechten Bildungsstätte. In engem Zusammenhang mit dem Collegium steht der «Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten». Das ‚Collegium Humanum‘ wurde im Mai 2008 verboten. Dessen ehemalige Leiterin Ursula Haverbeck-Wetzel gründete 1992 den Verein ‚Gedächtnisstätte‘, der im März 2007 eine Gedenkstelle in Borna eröffnete. Weitere Geburtstagsgäste waren der schwedische Stiftungsgründer Patrik Brinkmann, der ehemalige Gorbatschow-Berater Wjatscheslaw Daschtschew, Andreas Molau und der Inhaber der Verlagsgesellschaft Berg, Gert Sudholt, die alle im Anschluss an die Tagung der Stiftung ‚Kontinent Europa‘, einem Netzwerk europäischer Rechter, aus Schwerin anreisten.

In solch einem Treffen von NPD-Kadern und Altnazis geht es nicht nur um die Aktualisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit, sondern um die Pflege intellektueller Netzwerke. Neben dem anwesenden Olaf Rose beschäftigen sich auch der Landtags-Abgeordnete Jürgen Gansel³ sowie die Parlamentarischen Berater Per Lennart Aae und Andreas Molau⁴ mit der pseudo-wissenschaftlichen Theoretisierung der extrem rechten Landtagsarbeit.

Jürgen Gansel begründete 2005 die sogenannte Dresdner Schule, eine ‚Denk- und Politikschule‘ der ‚organisierten Intelligenz‘ einer ‚selbstbewussten deutschen Nation‘⁵. Die sächsische Intellektualisierungsinitiative gilt inzwischen als gescheitert. Sinnfällig ist dafür u.a. die Absage Gansels, nicht wie angekündigt zur Jahrestagung der ‚Gesellschaft für freie Publizistik‘ im April 2008 zu referieren⁷. Der zu konstatierende Misserfolg der Dresdner Schule hat szeninterne Ursachen⁶, die vermutlich auf die Initiative von Andreas Molau zurückgehen.

Andreas Molau ist ein Multifunktionär: Er war Mitarbeiter der sächsischen NPD-Fraktion und stellvertretender Chefredakteur der Deutschen Stimme (DS)⁸. Er wechselte als Pressesprecher zur Schweriner NPD-Fraktion, ist niedersächsischer Landesverbandes-Vize. Bis Oktober 2008 war er als Referent für Bildung Mitglied im Bundesvorstand der NPD. Er ist wissenschaftlicher Berater des NPD-Bundesvorsitzenden Voigt und wird als Kandidat für dessen Nachfolge gehandelt. Seit 2005 Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik (GfP). Seit er den Vorsitz der GfP bekleidet, wendet diese sich der NPD zu. 2006 nahm Andreas Molau mit einer Zeichnung am Teheraner Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb teil⁹. Molau war Spitzenkandidat der NPD für die Landtagswahl in Niedersachsen 2008. Seine Artikel in der DS widmen sich der verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ), dem Schweriner Treffen der Stiftung ‚Kontinent Europa‘, der Ablehnung einer emanzipatorischen Sozial- und Bildungspolitik und der Abgrenzung der NPD-Sozialpolitik gegenüber der Linkspartei in Form der Kampagne «Sozial geht nur national».

Konkurrenz gestaltet somit trotz zunehmender Nachfrage extrem rechter Kreise die Netzwerke intellektualisierender rechter Projekte. Die NPD stützte sich hinsichtlich der theoretischen Fundierung lange Zeit auf die Deutsche Akademie, nach der Distanzierung deren Leiters Jürgen Schwab vorrangig auf die GfP. Die Liste deren Referent_innen zeigt

allerdings viele Überschneidungen mit anderen deutschen Think-Tanks, wie dem neurechten Institut für Staatspolitik, dem Studienzentrum Weikersheim, der nationalkonservativ-bürgerlichen Hamburger Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG). Dass in diesem rechten Reigen kein Platz mehr für die neuen sächsischen Projekte der Dresdner Schule und des ebenfalls 2005 gegründeten Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität e.V. ist, verdeutlicht deren beider Untätigkeit. Entscheidend für die Wortlosigkeit der Dresdner Schule dürfte auch der Weggang der aktiven Mitstreiter Karl Richter und Andreas Molau gewesen sein. Gansels Versuch, eine neue Hochschulgruppe zu gründen¹⁰, scheiterte, den Anschluss an das Theorieorgan der sächsischen JN «Hier&Jetzt»¹¹ verpasste er.

Zur schrumpfenden intellektuellen Basis der sächsischen NPD-Fraktion gehört seit Beginn der studierte Informatiker, das ehemalige Bundesvorstandsmitglied und Leiter des Wissenschaftsarbeitskreises der NPD, *Per Lennart Aae*. Der Parlamentarische Berater der Fraktion ist nach eigenen Aussagen Vertreter eines «völkischen Nationalismus». Seine monatlichen Beiträge in der Deutschen Stimme beschäftigen sich mit den Themen Demographische Entwicklung und EU-Integration und mit der Skandalisierung der antifaschistischen Arbeit der Linkspartei.

Olaf Rose ist Parlamentarischer Berater der Fraktion, Beisitzer des Bundesvorstandes und seit 1991 im Vorstand der GfP. Darüber hinaus trat er als Referent u.a. bei der SWG und dem inzwischen verbotenen Collegium Humanum auf. Er publizierte in der Verlagsgesellschaft Berg, arbeitete Ende der 90er Jahre als Lektor für Dietmar Muniers Unternehmensgruppe, zu der weitere neurechte Verlage wie Arndt und Orion-Heimreiter gehören. Er gab mit Franz Schönhuber, Reinhold Oberlercher und Alain de Benoist die Zeitschrift «Opposition» heraus. Rose veröffentlichte 2004 den Film «Geheimakte Heß» und übersetzte das 2008 erschienene Buch «Ich sah den Mördern in die Augen! Die letzten Jahre und der Tod von Rudolf Heß.»

In der DS füllt er das Feuilleton, u.a. mit einem Interview mit Kersten Radzimanowski, dem letzten geschäftsführenden DDR-Außenminister, mit einem Kommentar zur Zerstörung der Hitler-Büste im Berliner «Madame Tussauds» und einer «Reportage» über «ausländerfeindliche» und «rassistische» Auseinandersetzungen in Südafrika. Zur Landratswahl kandidierte Rose im Kreis Sächsische Schweiz–Osterzgebirge.

Der Diplom-Ökonom *Arne Schimmer* wirkt als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Wirtschaft und Globalisierung. Er ist seit 2001 Mitarbeiter der DS. Schimmer analysiert vor allem die inhumanen Folgen der Globalisierung und stellt diesen seine kapitalismuskritischen Thesen einer verstaatlichten «nationalen» oder «raumorientierten» Volkswirtschaft entgegen. Lange Zeit trat er in der Deutschen Akademie als Redner auf.

Wenn auch die Gründungsversuche für intellektuelle Kompetenzzentren scheiterten, so konnten einige ihrer Unterstützer doch in der Fraktion ihre Position verbessern, allen voran Jürgen Gansel. Zur sächsischen Landtagswahl 2004 nahm Gansel noch Platz zwölf auf der Landesliste der NPD ein, während auf Platz fünf Klaus Baier, auf Platz sechs Mirko Schmidt, auf Platz zehn Jürgen Schön rangierten. Doch schon zur Bundestagswahl 2005 bekam von den Letztgenannten nur noch Schön einen Listenplatz, auch lediglich den zehnten. Vor ihm wurden im Wesentlichen Personen platziert, die bisher nicht in ausschlaggebenden Parteifunktionen hervortraten. Der Anlass für die der Listendiskussion folgenden Partei- und Fraktionsaustritte von Schmidt, Baier und Schön hat vermutlich eine weitere Ursache in der Rollenstruktur der Fraktion: Alle drei konnten bis zu diesem Moment ihre

und die parteiinternen Erwartungen, die parlamentarische Arbeit kompetent zu erledigen, nicht erfüllen.

In seiner Rolle als Abgeordneter der Landtagsfraktion konnte Gansel seine innerparteiliche Position verbessern. Obwohl er mehrere maßgebliche Parteiämter von der Kommunal- bis zur Bundesebene einnimmt, ist sein Interesse an realpolitischer Arbeit gering. Diese Ausrichtung stimmt mit der der Fraktion überein, daher wurde Gansels Funktionalität als agitatorisches und pseudointellektuelles Sprachrohr neben Apfel und ehemals Leichsenring höher bewertet als die Funktionalität Baiers und Schmidts. Die Verankerung Gansels in der Redaktion der NPD-Parteizeitschrift Deutsche Stimme seit 2001 spielt dabei ein herausgehobene Rolle. Zur Redaktion zählen auch Holger Apfel, Karl Richter, Andreas Molau, Holger Szymanski, Sascha Roßmüller, Arne Schimmer. Alle Redakteure sind Abgeordnete oder Mitarbeiter der Landtagsfraktion; Richter war es bis zu seiner erfolgreichen Kandidatur für den Münchner Stadtrat 2008, Molau bis zum Wechsel als Pressesprecher in die Fraktion Mecklenburg-Vorpommern.

Der Querschnitt durch die Entwicklung der NPD-Fraktion zeigt, dass Intellektualisierung und Antiintellektualismus keine sich ausschließenden Strategien sind und somit die unterschiedliche Gewichtung zu verschiedenen Zeitpunkten vorrangig Ausdruck innerparteilicher Prozesse ist. Die antiintellektualistische Ausrichtung in der Anfangsphase der Fraktion – nur wenige Hochschulabgänger fanden sich auf der Kandidatenliste - war vor allem der Landtagswahlstrategie geschuldet, insbesondere den Mittelstand zu präsentieren. Die ideologischen Vordenker wurden dafür in den Hintergrund, d.h. in den Mitarbeiterstab, verlagert. Für die kommende Landtagswahl 2009 sind zunehmend Bewerber mit Hochschulabschluss zu erwarten, da die Fraktion kompetente Rhetoriker benötigt¹². Darüber hinaus könnten Kandidaten, die Einsicht in Theorieanbindung zeigen, die Fraktion stabilisieren. Auch die Bundespartei nutzt von den Kontakten in nationale und internationale, teilweise parteiübergreifende extrem rechte Netzwerke. Motivierend für potentielle Kandidaten dürfte sein, dass es «intellektuellen» Protagonisten besser gelingt, parteiintern Karriere zu machen.

2. Wieviel Loyalität braucht die NPD?

Eine Vielzahl interner Diskussionen bewegt sich darüber hinaus um Loyalität und Leitungsstrukturen. Vorrangig die Parteiaustritte 2005 offenbaren den internen Führungsstreit und die Meinungsverschiedenheiten um den politischen Kurs.

Bei einem Parteitag zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2005 erreichte Mirko Schmidt nicht den erhofften 3. Platz. Enttäuscht fuhr er nach Hause und trat am nächsten Morgen aus der NPD aus. Klaus Baier zog als erster nach, Schön folgte. Nachdem Baier, Schmidt und Schön die NPD aus Enttäuschung über ihre nicht vorhandenen oder schlechten Listenplätze zur Bundestagswahl kurz nach dem Landesparteitag verließen, nahmen sie aufgrund des Aussteigerprogramms bzw. des Personenschutzes Kontakt zum Verfassungsschutz auf. Erwartungsgemäß überrollte die NPD-Aussteiger Schmidt, Baier und Schön 2005 eine Flut von Vorwürfen, darunter die der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Gerüchte um inoffizielle Kooperationen kamen immer wieder auf. Zuvor wurde von NPD-Kreisen schon Jürgen Krumpholz, ehemaliger Chef der NPD Görlitz und Landtagsmitarbeiter Klaus Baiers, eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz unterstellt.

Mirko Schmidt stellte in seiner Austrittserklärung heraus, dass die nationalsozialistischen Bezugnahmen der NPD nicht mehr akzeptabel seien: «Die NPD hat die demokratischen Grundsätze verlassen.» Schmidt wirft vor allem dem Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel vor, die Abgeordneten zu Marionetten zu degradieren. Diese könnten ihr Mandat nicht frei ausüben, sondern müssten sich stets dem Willen einer kleinen autoritären Führungsgruppe aus dem Westen unterordnen. Auch Mitglieder des Kreisverbandes Meißen¹³ traten vorrangig mit der Ablehnung der Parteiführung aus der NPD aus.

In seiner Austrittserklärung¹⁴ vom 22. Dezember 2005 betonte Klaus Baier, es werden «aus politischer Sicht, glaube ich die Interessen des größten Teils unserer Wähler nicht vertreten. Hierfür ist der Einfluss zugereister NPD-Funktionäre, innerhalb des LV Sachsen und der Fraktion im Landtag, zu dominant geworden. Meine Mandate als Stadtrat von Annaberg-Buchholz und als Landtagsabgeordneter werde ich behalten um mich auch weiterhin für die wirklichen Probleme und Sorgen der Menschen im Erzgebirge und in Sachsen einzusetzen.»

Schmidt wird hochgehalten, dass er den Aufbau der sächsischen NPD wesentlich unterstützte. Und Baier hatte den Kreisverband Annaberg gegründet, in dem die NPD bei der Landtagswahl 2004 ihr zweitbestes Ergebnis erreichte. Auch Krumpholz galt als sehr aktiver Parteimann. Offensichtlich zweifeln gerade die engagiertesten Mitglieder am politischen Erfolg, wenn sich ihr Ehrgeiz nicht auch in einer parteiinternen Karriere widerspiegelt. Die Loyalität gegenüber dem Parteivorstand ließ mit der langsamen parteiinternen Talfahrt der drei Parlamentarier nach und kam mit ihrem Ausstieg zum Erliegen. Während NPD und Freie Kräfte¹⁵ ihrem Ärger freien Lauf ließen, äußerten auch die Aussteiger einige Kritik.

Hinter dem oft erwähnten Ost-West-Konflikt verbirgt sich das Unverständnis für eine wenig politische bzw. bewegungstreue Einstellung der Parteiführung, für eine „Abzocker- und Lebemann-Mentalität“ in Dresden wie in Berlin und für den übertriebenen Aufbau eines Parteiverwaltungsapparats durch Udo Voigt in der Berliner Parteizentrale. Auch hier kontert die sächsische Fraktion, jene Mentalitätsunterschiede würden von den Aussteigern heraufbeschworen. Schmidt «betrieb innerparteiliche Zersetzungsarbeit. Er versuchte, einen absurden Ost-West-Gegensatz in die Partei hineinzutragen und ein Gegeneinander von NPD-Landtagsfraktion und Landesverband zu beschwören.»¹⁶ Dabei wäre an der tatsächlichen Situation nichts zu beanstanden: «70% der Abgeordneten, Mitarbeiter und persönlichen Referenten stammen aus Mitteldeutschland. Drei von fünf Mitgliedern des Fraktionsvorstandes sind Sachsen.» Abgesehen von Mentalitätskonstruktionen und statistischen Analysen steht fest, dass sich die Unzufriedenheit mehr oder weniger an Apfel, Gansel, Delle, Aae, Schimmer, Roßmüller und Rose festmacht – einer vor allem im Bundesvorstand und im Parteiorgan Deutsche Stimme stabilisierten Struktur.

Seitens der Wählerbasis schlägt sich der Klüngel-Vorwurf nicht nieder. Schmidt gründete zwar mit einigen ebenfalls ausgetretenen NPD-Mitgliedern die Sächsische Volkspartei, auch Baier konnte Einzelne zum Austritt bewegen. Doch beispielsweise Baier gelang es nicht, Befürworter zu sammeln - in seinem Wahlkreis Annaberg-Buchholz blieb die Zahl der Wählerstimmen zur Kommunalwahl 2008 gleich.

Aufgrund der Nicht-Anerkennung der fraktions- und parteiinternen Arbeit erhielten die drei späteren Aussteiger wenig chancenreiche oder keine Listenplätze. Politisch, wenn er auch so begründet wurde, war dieser Ausstieg nicht, da sich zwar Schmidt und Schön zurückhalten, Baier hingegen nicht. Er stellt so viele kleine Anfragen wie nie zuvor, und ihr Inhalt lässt

durchaus Zweifel an der inhaltlichen Distanz zu¹⁷. Die drei Fraktionslosen bilden schon eine geschlossen auftretende und abstimmende Gruppe - Schmidt ist der Sprecher, indem vorrangig er das Abstimmungsverhalten erläutert.

Die Parteiaustritte werden ergänzt von einem Parteiausschluss. Im Fall Klaus Jürgen Menzels spielen weniger die eigenen oder parteiinternen Erwartungen an die Rolle in der Partei oder in der Fraktion eine Rolle. Unverhohlener NS-Bezug, die Teilnahme im Anzug an militanten Stör-Aktionen gegen zivilgesellschaftliche Veranstaltungen, Munitionsbesitz im Landtag sicherten ihm eine gute Beziehung zu den Freien Kameradschaften. In der Fraktion fühlte sich niemand gestört. Ausschlaggebend für den Ausschluss des unkontrollierbaren Einzelgängers war nicht die finanzielle Bereicherung aus Parteigeldern, sondern die fehlende Selbstdisziplinierung in der Öffentlichkeit. Die Funktionalität Menzels hatte abgenommen, unter anderem auch durch die Festigung der Kontakte zur Kameradschaftsszene seit dem Einzug in den Landtag.

Die NPD ist auf Loyalität in hohem Maße angewiesen. Wenn die Nicht-Anerkennung der fraktions- und parteiinternen Arbeit nicht durch die Partei kompensiert werden kann oder will, weil u.a. die Parteiführung sich der Loyalität vor allem der engagierten Mitglieder sicher ist, bilden sich informelle Strukturen. Sind diese potentiell begrenzt, wie sie im sächsischen Landesverband anhand der NPD-Befürworter zu sein scheinen, spalten sie sich ab. Der Parteiausschluss Menzels ist hingegen als Entkopplung zu verstehen. Durch sein Verhalten konnte und wollte er keine informelle, unbekannte Struktur innerhalb der Partei schaffen – im Gegenteil bestand kein Interesse an Integration seinerseits.

3. Wieviel Karriere ist in der NPD möglich?

Die Kritik an der Fraktionsspitze beinhaltet nicht nur sächsische Konflikte, sondern verdeutlicht eine vor allem im Bundesvorstand und in dem Parteiorgan Deutsche Stimme stabilisierte Struktur.

Im Zuge der Ausstiegswelle 2005 wird wegen der mangelnden Fähigkeit, den Parteizusammenhalt zu sichern, wegen der wenig politischen bzw. bewegungstreuen Einstellung der Parteiführung, «Abzocker- und Lebemann-Mentalität» in Dresden wie in Berlin, sowie wegen des übertriebenen Aufbaus eines Parteiverwaltungsapparats durch Voigt in der Berliner Parteizentrale Kritik am «Voigt/Marx/Eigenfeld/Apfel-Klüngel» laut. Im darauffolgenden sächsischen Landesparteitag wird beschlossen: «Mit überwältigender Mehrheit wurde ein Entschließungsantrag des Kreisverbandes Dresden angenommen, wonach der NPD-Landesparteitag feststellt, dass es in der Partei keinen ‚Ost-West-Konflikt‘ gibt und sich die sächsische NPD zur Einheit des deutschen Volkes bekennt. Ein derartiger Konflikt wurde mehrfach durch die ‚Aussteiger‘ und die Medien konstruiert.»¹⁸

Eine derart aufgebauchte Stellungnahme verdeutlicht die Entschiedenheit, mit der öffentlich auftretende Kritiker_innen hinter der politischen Richtung des sächsischen Landesverbandes stehen. Und diese wird hauptsächlich durch *Holger Apfel* bestimmt. Apfel hat eine steile Parteikarriere hinter sich. Er war 1993 bis 1998 Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), ab 1993 Mitglied des NPD-Parteivorstandes, seit 2000 stellvertretender Bundesvorsitzender, seit 2002 stellvertretender NPD-Landesvorsitzender. Bei der Wahl Udo Voigts zum neuen NPD-Bundesvorsitzenden 1996 wurde Apfel zusammen mit weiteren JN-Funktionsträgern in den Bundesvorstand gewählt. Seit 2000 ist Apfel stellver-

tretender NPD-Bundesvorsitzender. Apfel konnte die Bedeutung der JN innerhalb der NPD ausbauen, nicht zuletzt dadurch, dass sie offiziell an NS-verherrlichenden Demonstrationen teilnahmen. Als Mitglied der JN müsse man, so Apfel, «politischer Soldat» sein, dessen Vorbilder in Wehrmacht und Waffen-SS zu suchen seien.

Anlässlich des Bamberger NPD-Bundesparteitags 2008 rückte die Krise der NPD ins Zentrum des Interesses. Udo Voigt, langjährig ungefochtener Parteivorsitzender, geriet aufgrund des propagierten, aber nicht eingetretenen Machtzuwachses der Partei und der aktuellen Spenden-Affaire des Schatzmeisters Erwin Kemna in Misskredit. Darüber hinaus gelingt es ihm nur mühsam, die Auseinandersetzung zwischen dem bürgerlichen und dem militanten Flügel zu kontrollieren, wie der Eklat um das Begräbnis des Altnazis Friedhelm Busse zeigte. Infolgedessen droht der NPD ein Wechsel der Führungsspitze. Dabei konkurrieren der Fraktionsvorsitzende der NPD im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, sehr aggressiv und Holger Apfel sehr zurückhaltend. Die Kritik an Pastörs betrifft seine Kameradschaftsnähe und seine populistischen Attacken gegenüber Voigt bezüglich des Kemna-Prozesses. Die Kritik an Apfel ist die weitestgehende Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Freien Kameradschaften, wenn diese auch instrumentell eingebunden werden.

Der verbliebene bürgerliche Flügel der Dresdner Fraktion steht, wie die Verlautbarungen zu den sächsischen Aussteigern und das Schweigen zu den bundesparteilichen Auseinandersetzungen zeigen, inzwischen fest hinter Apfel¹⁹.

Winfried Petzold, früherer Republikaner und seit 1998 NPD-Landesvorsitzender, steht zu Apfel. So berichtete die SÄZ nach den Parteiaustritten über ein Treffen von Apfel und Petzold: «Gegenseitig sicherte man sich dabei Treue zu. Eine nicht ganz unwichtige Geste, da Petzold bei einigen rechten Mitstreitern als ein Wackelkandidat gilt.»²⁰ Auch die Abgeordneten René Despang, Johannes Müller, Gitta Schüßler²¹ und Alexander Delle sind als parteitreu einzuschätzen, so offensichtlich auch die Einschätzung der Parteiführung.

Despang, NPD-Mitglied seit 1996, im Nationalen Bündnis seit 2003, war Kreisvorsitzender von 2000 bis 2007, ist derzeit stellvertretender Ortsbeirat in Dresden-Cotta.

Müller war von 1988 bis 1992 Mitglied der CDU, ab 1998 NPD-Mitglied. Er sammelt wichtige regionale Parteiämter: Kreisvorsitzender des Kreisverbands Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen, seit 1999 Stadtrat in Sebnitz, seit 1999 Kreisrat des Landkreises Sächsische Schweiz. Müller ist regional stark eingebunden und besetzt führende Parteiämter.

Schüßler war bis 2002 parteilos, seitdem ist sie Mitglied der NPD. Ihr Amt als Schatzmeisterin im Kreisverband Chemnitzer Land erfordert eher soziale als politische Kompetenzen. *Delle* ist seit 1992 NPD-Mitglied und derzeit Mitglied des Landesvorstandes.

Peter Klose, NPD-Ortsvorsitzender in Zwickau und stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverband Zwickau-Westsachsen, gilt derzeit als einziges Sorgenkind der Fraktion, da er für seine nationalsozialistischen Ausfälle berüchtigt ist²². Im Plenarsaal führt er rege Unterhaltungen mit Klaus Jürgen Menzel, darüber hinaus unterbindet die Fraktion offensichtlich seinen Gang an das Rednerpult²³.

B. Welche internen Prozesse können zum Zerfall der NPD-Fraktion beitragen?

Intellektualisierung, Loyalität und Karriere bilden ausschnitthaft Kategorien, durch die die Strukturen und Funktionen innerhalb der sächsischen NPD-Fraktion deutlich werden. Ihre antiintellektualistische Außendarstellung erfüllt sich zwar in der sozialstrukturellen Einordnung ihrer Abgeordneten, doch nicht in den parteiinternen Strukturen. Extrem rechte Hochschulabgänger finden in der NPD einen größeren Handlungsspielraum, wenn sie bereit sind, sich in den parteiinternen und extrem rechten Netzwerken an der Ideologieproduktion zu beteiligen. Wem als Referent der GfP oder als Redakteur der DS zu aktuellen gesellschaftlichen Misslagen die Anbindung an das NPD-Programm mit den meisten nationalsozialistischen, neurechten und populistischen Versatzstücken gelingt, kann das Auftreten der Partei bestimmen. Für die Hinterbänkler bedeutet das: Ghostwriter, wortloses Platzhalten, Unfähigkeit, realpolitische Probleme anzugehen oder sich zu bundespolitischen Auseinandersetzungen zu äußern. Konkurrenz innerhalb der extrem rechten Ideologie-Netzwerke verhindert allerdings die Etablierung neuer Projekte wie der Dresdner Schule. Nicht-Anerkennung der parteiinternen Arbeit befördert die Bildung informeller Strukturen, die zur Distanzierung führen können. Entkopplung von den Strukturen der Partei ist eher die Ausnahme. Nach der großen Fluktuation in der sächsischen Fraktion steht diese stärker strukturiert hinter der Parteiführung.

Anmerkungen

- ¹ Neben Vertreter_innen der NPD gratulierten auch DVU-Mitglieder, die ihn seit Jahren als Vortragsredner schätzen und meinen, «Kühnheit und Löwenmut des Eichenlaub- und Schwerterträgers sind legendär und zeichnen ihn heute noch aus»; http://www.dvu.de/Themen/Es_war_fuer_unser_Land.html
- ² Molau legte am 6.10.2008 im Zuge der Rücktrittsforderungen an den NPD-Bundesvorstand im Rahmen des Kemna-Prozesses seine Ämter im Bundesvorstand nieder. Er betonte allerdings, dass die persönliche Entscheidung keine Folge der Rücktrittsforderungen seien: «Der Rücktritt bezieht sich nur auf die Ämter im Bundesvorstand, deren Führung ich nach den Ereignissen um die Veruntreuung von Geldern in der Partei nicht mehr voll unterstützen kann.»; «Die entsprechende Molau-Erklärung, zunächst veröffentlicht auf der Internetseite der niedersächsischen NPD, soll auf Order vom Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld wieder entfernt worden sein.» http://de.altermedia.info/general/neue-runde-im-npd-finanz-skandal-111008_17550.html; Es bleibt daher nur der Verweis auf http://de.altermedia.info/general/nach-kemna-finanz-skandal-061008_17338.html;
- ³ Der Broschüren- Beitrag «Jürgen Werner Gansel: Der ‚Chefideologe‘ der NPD?» beinhaltet ein ausführliches Profil des Landtagsabgeordneten Jürgen W. Gansel.
- ⁴ Molau wechselte 2008 als Pressesprecher zur Schweriner NPD-Landtagsfraktion.
- ⁵ Zum Programm der Dresdner Schule siehe auch Artikel ‚Weitere Schulschließung in Dresden?‘ in der NiP-Broschüre 2006; <http://nip.systemli.org/Article192.html>
- ⁶ 23.07.2008, Neues Deutschland, Ohne spürbare Resonanz in eigenen Reihen, von Carsten Hübner

- ⁷ Molau war Redakteur der neurechten Jungen Freiheit und bis zur Entlassung 2004 (aufgrund seiner NPD-Tätigkeiten) als Lehrer an einer Waldorfschule angestellt.
- ⁸ Der rechte Rand Nr. 112, Die Volkszerstörer von `68. Der Jahreskongress der ‚Gesellschaft für freie Publizistik‘, von Silke Kleinschmidt
- ⁹ <http://www.irancartoon.com/120/occupation/Andreas%20Molau/index.htm>
- ¹⁰ «Und Gründer Gansel selbst sagt, so richtig los gehe es erst im Frühjahr 2006. Dann wolle man an den Universitäten in Leipzig und Dresden Hochschulgruppen gründen, die der NPD nahe stehen und die der «Dresdner Schule» dann zugerechnet werden müssten.», Das Parlament, Nr. 45 / 07.11.2005
- ¹¹ Eine ausführliche Beschreibung der JN findet sich im Beitrag von Frank Carstens «‚frei, sozial und national‘ - Die Jungen Nationaldemokraten im ideologischen Spagat zwischen angepasster Parteijugendorganisation und Teil einer neonazistischen Event-Bewegung» in dieser Broschüre.
- ¹² Zur kommenden Landtagswahl wird vermutlich die Aufstellung sächsischer Kandidaten im Vordergrund stehen und damit die Fokussierung auf wissenschaftlich ausgebildetes Personal einschränken.
- ¹³ Der NPD LV Sachsen-Anhalt unterstellt Jürgen Schön unter Bezugnahme auf einen Artikel der Freien Kräfte Dresden, u.a. er hätte mit Tablettensucht und Alkoholismus zu kämpfen, «Kassenzettel und Belege über Wurstsemeln und private Handy- und Festnetzrechnungen seiner Frau» über die NPD abgerechnet, u.v.m. (<http://www.server100.de/KV/lv.php?position=110&id=181>)
- ¹⁴ http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=25&cmsint_id=1&detail=238
- ¹⁵ Aktuelle Anfragen stellt Baier zu antifaschistischen Initiativen, Extremismus und polnischen Sozialleistungsempfängern.
- ¹⁶ http://www.lvz-online.de/download/dokus/051222_klaus_baier.pdf
- ¹⁷ 22. Dezember 2005, Sächsische Zeitung; Selbst der in der NPD verbleibende Riesaer Stadtrat Jörg Reißner meint: «Ich bin auch frustriert. Wir Sachsen haben die Wessis in der NPD hochgebracht, und danach wurden wir ausgeschaltet.», 19. Dezember 2005, Sächsische Zeitung
- ¹⁸ http://partei.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=25&cmsint_id=1&detail=721
- ¹⁹ <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=28&aid=139>
- ²⁰ 24. Dezember 2005, Sächsische Zeitung, Aussteiger setzen NPD unter Druck, von Gunnar Saft
- ²¹ 03.02.2006, taz, In deutscher Treue, von Michael Bartsch
- ²² <http://nip.systemli.org/Article239.html>
- ²³ Peter Klose hat seit seinem Eintritt in den Landtag im Dezember 2006 keinen einzigen Sprechbeitrag geliefert.

Claudia Jerzak studiert Soziologie an der TU Dresden. Im Rahmen der TU UmWeltInitiative organisierte sie die Ringvorlesung «Ökologie und Ideologie - Radikale Denkströmungen und Ökologische Bewegungen». Sie war ReferentIn für politische Bildung im Studierendenrat der TUD und ist zur Zeit MitarbeiterIn des Referats für politische Bildung. Ehrenamtliche Betätigung in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Journalistische Tätigkeiten. Letzte Veröffentlichung: Unisex. In: Insert. 10 Kooperationen zwischen Kunst und Wissenschaft. Frankfurt/Main 2007.

Die Demokratie, die ANDEREN und WIR – Wiederwahl, Abgrenzung und Zusammenarbeit am rechten Rand der sächsischen Politik bis 2009

Abstract

Die politische und gesellschaftliche Reaktion auf parlamentarische Präsenz extrem rechter Parteien hat entscheidenden Einfluss auf zukünftigen Erfolg oder Misserfolg dieser Parteien (Normalisierung). Die Etablierung der extrem rechten Kräfte geht dabei mit der Ausweitung ihrer Handlungsspielräume, also mit ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmbarkeit und ihren Möglichkeiten, Themen der politischen Diskurse zu beeinflussen, einher. Um zu einer umfassenden Einschätzung der gegenwärtigen Position der NPD Sachsen zu gelangen, werden daher für den Zeitraum seit ihrem Einzug in den sächsischen Landtag 2004 die Haltung der demokratischen Parteien zur NPD-Fraktion (3), Annäherungsversuche konservativer Politiker_innen an die extreme Rechte (4), thematische Verschiebungen bei NPD und demokratischen Parteien (5) sowie ausgewählte politikwissenschaftliche und parteipolitische Strategiediskurse in Bezug auf die NPD-Sachsen (6) analysiert. Da die politische Landschaft Sachsens zu großen Teilen und insbesondere in den Hochburgen der NPD durch die CDU dominiert ist, wird sich die Analyse der etablierten politischen Kräfte in allen Punkten auf die CDU konzentrieren.

1. Einleitung: Einflüsse auf Erfolg und Misserfolg extrem rechter Parteien

In den vergangenen Jahrzehnten haben in vielen Ländern Europas extrem rechte Parteien den Einzug in die Parlamente geschafft und konnten sich teilweise auch langfristig etablieren. In einigen Staaten wurden und werden sie an den Regierungskoalitionen beteiligt.¹ Es hat zahlreiche Versuche gegeben, die Faktoren für den Erfolg von extrem rechten Parteien zu isolieren und zu analysieren; einzelne einheitliche Faktoren konnten jedoch nicht ausgemacht werden² - seitdem wird versucht, Sets von Faktoren, die zusammenkommen müssen, zu identifizieren.³

Neuere Autor_innen⁴ stimmen - von Ausnahmen abgesehen - soweit überein, dass die gesellschaftliche Etablierung extrem rechter Kräfte - sei es als Partei oder als Spektrum gewalttätiger Kameradschaften oder, wahrscheinlicher, als beides - einen sich selbst verstärkenden Effekt hat. Der zentrale Faktor während der erstmaligen Etablierung eines solchen Zusammenhanges ist jedoch die Haltung der etablierten politischen Organisationen gegenüber dieser extremen Rechten. Kann eine neonazistische Partei politische Akzente setzen? Wird sie von anderen konservativen Parteien als Partnerin oder ebenbürtige Kontrahentin akzeptiert? Kann sie ihre Positionen in den Medien platzieren? Oder trifft sie und ihre Anhänger_innen die kalte Ablehnung des gesellschaftlichen Mainstreams?

Sind Neonazis als legitime Politiker_innen anerkannt, so können sie nur schwer wieder verdrängt werden; auch wenn die Machtübernahme nach dem Muster der Nazis 1933

äußerst unwahrscheinlich ist, kann davon ausgegangen werden, dass sie dann nicht mehr wirksam vom politischen Mainstream ignoriert werden kann und einen Teil ihrer Ziele umsetzen wird - mit fatalen Folgen für Menschen und Gruppen, die zu ihren Feindbildern zählen: Nicht-Deutsche, Asylsuchende, Linke, Jüd_innen, Nicht-Heterosexuelle, nonkonforme Jugendliche usw. usf.

Um die Situation in Sachsen fast eine Wahlperiode nach dem Einzug der neonazistischen NPD in den sächsischen Landtag und fast zehn Jahre nachdem die NPD ihre ersten kommunalen Mandate errang, systematisch zu analysieren, wird im Folgenden die Entwicklung der NPD-Landtagsfraktion (2), die Arbeit der anderen Parteien in Bezug auf die NPD (3), die Chronologie der absichtlichen oder versehentlichen Annäherungen anderer Kräfte an die NPD (4), die Themensetzung bei NPD und anderen Parteien (5) sowie die Sichtweise der in Sachsen stark konservativen Politikwissenschaft auf die NPD (6) untersucht.⁵ Abschließend soll die Frage gestellt werden, in welcher Situation sich die sächsische NPD tatsächlich befindet, welche Möglichkeiten sie hat und was dies für die zukünftige Entwicklung der politischen Landschaft in Sachsen bedeutet.

2. Entwicklung der Landtagsfraktion der NPD in Sachsen 2004-2008

Die sächsische NPD war im Herbst 2004 nicht vorbereitet auf das Ergebnis der Landtagswahl, durch das sie in einer Stärke von zwölf Abgeordneten in den Landtag einzog. Darauf deutet sowohl die Zusammensetzung ihrer Liste hin - ein guter Teil bestand nicht aus zuverlässigen Parteikadern, einige Abgeordnete fielen durch Peinlichkeiten auf, andere verließen die Fraktion bereits nach einem reichlichen Jahr - als auch, dass zwölf der nur 15 aufgestellten Kandidat_innen tatsächlich ein Mandat errangen. Ferner trat die Fraktion nicht mit einem klaren, ausgearbeiteten Programm an: die Kürzungen im Sozialbereich durch die Agenda 2010 und Hartz IV, eines ihrer Hauptwahlkampfthemen, wurden durch die NPD erst 2006 stärker im Parlament bearbeitet. Es vergingen darüber hinaus mehrere Monate, ehe die Fraktion arbeitsfähig war und Strategien fand, mit den neu gewonnenen Möglichkeiten umzugehen.

I. Phase (2004): Orientierung im Landtag

2004 hatte die NPD im Landtag, neben formalen Dingen wie Wahlvorschlägen für die parlamentarischen Gremien, nicht mehr als zwei Anträge, acht Änderungsanträge, sechs kleine Anfragen, eine große Anfrage und einen Gesetzentwurf zu verbuchen. Die Nutzung ihrer neuen Möglichkeiten blieb im Wesentlichen auf die persönlichen Privilegien der Abgeordneten (Immunität⁶) und die zusätzlichen Geldquellen begrenzt. Zahlreiche NPD-Kader wurden bei der Fraktion angestellt und von der Fraktion bezahlt; dass sie tatsächlich für die Fraktion arbeiteten, ist allerdings unwahrscheinlich.⁷ Daneben flossen natürlich große Mengen Bargeld für Fraktionsarbeit, Material und Wahlkampfkostenerückerstattung in die Kassen der NPD. Mehrere NPD-Kader, die mittlerweile eigene parlamentarische Mandate innehaben, wurden in der sächsischen NPD-Fraktion aufgebaut und vorbereitet bzw. bekamen nach ihrer Anstellung bei der NPD-Landtagsfraktion gute Listenplätze.⁸

II. Phase (2005/06): Ära Leichsenring

Anfang 2005 gelang es der NPD jedoch, sich mit demonstrativer Nichtteilnahme an einer Scheigeminute für die Opfer der Shoah sowie mit einem provokativen Antrag zu den

Luftangriffen am 13. Februar 1945 auf Dresden ins Rampenlicht zu setzen. Die Reaktion der Öffentlichkeit war Erschrecken und Verärgerung, aber die NPD war zunächst zufrieden damit, medienwirksam auftreten zu können; der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel erklärte, solche Tabubrüche in regelmäßigen Abständen wiederholen zu wollen. 2005 begann die NPD-Fraktion auch, (1) im großen Stil über kleine Anfragen (2005: 514, 2006: 719) vom Auskunftsrecht der Abgeordneten Gebrauch zu machen und (2) über Anträge ihre eigenen Inhalte im Landtag zu thematisieren und dadurch Parlament wie Öffentlichkeit zu zwingen, sich mit ihrer Propaganda auseinanderzusetzen. Die Verfolgung dieser Techniken wurde dabei thematisch und methodisch⁹ zwischen den Abgeordneten aufgeteilt.

Prägend für diese Phase der parlamentarischen Aktivitäten war der NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring aus Königstein, der bereits über mehrjährige Erfahrung aus Kommunalparlamenten, rhetorisches Geschick und gute Kontakte zu anderen Teilen der sächsischen Neonaziszene verfügte. Er verstarb im August 2006 bei einem Verkehrsunfall - ein schwerer Rückschlag für die Fraktion.

III. Phase (2006/07): Umstrukturierung

Parallel zum Tod ihres Kaders Leichsenring hatte die Fraktion mehrere andere Krisen zu bewältigen:

- Ende 2005 waren drei unzufriedene Abgeordnete aus der Fraktion ausgetreten,
- Im September 2006 verlor die sächsische NPD durch den Einzug der NPD in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns für die Bundespartei an Bedeutung und musste fachkundiges Personal¹⁰ an die neue NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern abgeben.
- Im November 2006 wurde bei dem demonstrativ biederemännlich auftretenden NPD-Abgeordneten Matthias Paul kinderpornografisches Material entdeckt.¹¹

In der Folge wurde die Arbeit der NPD-Fraktion umstrukturiert:

- Der offen und ohne politisches Gespür nationalsozialistisch auftretende Abgeordnete Klaus-Jürgen Menzel wurde aus Fraktion und Partei ausgeschlossen.
- Mit Gitta Schüssler, Alexander Delle und besonders Johannes Müller bekamen andere, zurückhaltendere NPD-Leute stärkeres Gewicht in der Fraktion.
- Durch die Neubesetzung der Stelle des Fraktionsgeschäftsführers mit Holger Apfels langjährigem Weggefährten Frank Ahrens konnte der Fraktionschef seine dominante Position weiter ausbauen.
- Die Fraktion beschäftigte mit Olaf Rose einen weiteren Theoretiker aus dem Dunstkreis der sogenannten «Neuen Rechten»¹².
- Der bisherige persönliche Mitarbeiter des ausgeschlossenen Abgeordneten Klaus-Jürgen Menzel, der ehemalige Rechtsterrorist Peter Naumann wurde Fraktionsmitarbeiter und spielte in der Folge für die parlamentarische Arbeit der Fraktion eine erhebliche Rolle.
- Und schließlich wurde die parlamentarische Betätigung der Fraktion selbst neu ausgerichtet: Die Anzahl der von der NPD gestellten kleinen und großen Anfragen ging zurück, die Anzahl der Anträge fällt bereits seit 2005 - dafür legte die NPD-Fraktion im ersten Halbjahr 2007 mehr Gesetzentwürfe¹³ vor, als in den vorangegangenen Jahren zusammengerechnet. Die Anzahl der jährlich durch die NPD eingebrachten Dokumente und die Vergleichszahlen der Grünen- und der FDP-Fraktion sind in Tabelle 1¹⁴ gelistet.

IV. Phase (2007/08): Reduzierung der Aktivität im Landtag

Tabelle 1 macht insbesondere deutlich, dass die NPD im Vergleich zu den Grünen und zur FDP dauerhaft nur mehr kleine Anfragen stellt und ansonsten hinter den anderen Fraktionen zurückbleibt. In der Leichsenring-Ära und noch bis 2007 wurden durch die NPD vergleichbar viele Anträge gestellt, doch auch dieses Verhältnis ist im laufenden Jahr rückläufig. Ferner wird deutlich, dass die NPD nach dem 1. Halbjahr 2007 sehr schnell wieder von der Arbeit an Gesetzentwürfen abgekommen ist, die parlamentarische Aktivität überhaupt zunehmend in den Hintergrund verschiebt und auf Routine reduziert. Die früher durch Holger Apfel angekündigten Tabubrüche bleiben ebenso aus. Auf Arbeit in den öffentlich weniger beachteten parlamentarischen Gremien und Ausschüssen war von der NPD noch nie viel Wert gelegt worden.¹⁵ Desto mehr entfalten die NPD-Abgeordneten außerparlamentarisches Engagement, bauen die Parteistrukturen in Sachsen und anderen Bundesländern aus; die Landtagsfraktion übt stärkere Kontrolle über NPD Vertreter_innen in anderen Parlamenten aus.¹⁶

3. Entwicklung der parlamentarischen Arbeit mit der NPD in Sachsen 2004-2008

Entwicklung der Arbeit mit der NPD

Die anderen im sächsischen Landtag vertretenen Kräfte waren ebensowenig auf eine Auseinandersetzung mit der NPD im Landtag vorbereitet wie diese selbst. Ein grundsätzliches Problembewusstsein war vorhanden, aus Politik und Presse gab es unmittelbar nach der Wahl erschrockene und entschlossene Stellungnahmen. Die Aufmerksamkeit der bundesweiten, teils auch internationalen Öffentlichkeit war auf Sachsen gerichtet, Handlungskonzepte ließen jedoch auf sich warten. Zum Jahreswechsel 2004/2005 setzte die politische Diskussion der anderen, demokratischen, im Landtag vertretenen Parteien über den Umgang mit der NPD ein. Anfang 2005 wurde eine Einigung erzielt und nach Einsetzen der offensiven Tabubruch- und Skandalpolitik der NPD-Fraktion im Januar waren von den anderen Parteien erste inhaltliche Stellungnahmen zu hören, sogar die CDU bildete Anfang Februar eine Arbeitsgruppe zum Thema Rechtsextremismus.

Die Parteien hatten sich darauf geeinigt, weder (1) den Neonazis mehr als nötig ein Podium für ihre Themen zu bieten, nicht mit ihnen über ihre Propaganda zu diskutieren, noch (2) die Aussagen der Neonazis unkommentiert zu lassen, dabei jedoch (3) als demokratische Fraktionen geschlossen aufzutreten. Im Konkreten wurden die Reden der NPD im Allgemeinen durch genau einen Vertreter einer der anderen Fraktionen beantwortet, abgelehnt und die neonazistische Ideologie wurde, wenn möglich entlarvt.

Diese Strategie erwies sich insofern als weitgehend effektiv, als sie die Selbstinszenierung der NPD-Abgeordneten wirksam einzudämmen vermochte und die Verwirklichung auch nur kleinster Teile ihres Programms unterband.¹⁷

Die demokratischen Fraktionen thematisierten im Wesentlichen von 2005 an nennenswerte Aktionen der Neonazis im sächsischen Landtag durch Pressemitteilungen – eine umstrittene Herangehensweise. Die kritische Frage dabei ist, ob der NPD damit zuviel Öffentlichkeit zuteil wird, die ihnen Bekanntheitsgrad erhöht, oder ob dadurch wirksam über die menschenverachtende Haltung, über den Unwillen zur konstruktiven Mitarbeit an der demokratischen Legislative und ggf. auch über die Unfähigkeit der Neonazis aufgeklärt werden kann. Die Gefahr besteht darin, dass NPD und Neonazis als politische

Kraft bereits zu bedeutend sind, um erfolgreich verschwiegen zu werden und dass das Aufgreifen ihrer Inhalte in eine indirekte Diskussion mit ihnen mündet, ihre Positionen mit politischer Legitimität ausstattet und ihnen Öffentlichkeit verschafft. Genau das erlebte die CDU 2005 in der Folge des Patriotismuspapiers der JU. In der ersten Zeit nach der Einigung über ein abgestimmtes Vorgehen gegenüber den Neonazis wurde diese Möglichkeit durch alle Fraktionen genutzt. Es wird jedoch aus Tabelle 2 und Abb. 1 deutlich, dass die Anzahl der Pressemitteilungen zur NPD bei allen Fraktionen seit 2005 bzw. 2006 rückläufig ist, während diese Pressearbeit bei der CDU und bei der SPD¹⁸ fast vollständig eingestellt wurde. Es hat offensichtlich ein grundsätzliches Umdenken gegeben - die Strategie des Ignorierens der Neonazis nimmt wesentlich an Bedeutung zu¹⁹, dadurch haben die Neonazis wieder größeren Spielraum, ihr Image selbst zu gestalten.

Pannen

Zum Zeitpunkt der Übereinkunft 2005 waren jedoch im Umgang mit der NPD bereits erste Pannen aufgetreten. Die NPD-Kandidat_innen bekamen bei der Wahl parlamentarischer Gremien, ebenso wie Uwe Leichsenring bei der Ministerpräsidentenwahl bis zu 14 Stimmen bei zwölf NPD-Abgeordneten. Zwei Stimmen zuviel - Stimmen, die den CDU-Kandidat_innen jeweils fehlten.

Wissenschaftler_innen aus dem Umfeld der Union (Patzelt, Jesse) empfahlen der CDU, die Themen der Neonazis aufzunehmen, um die gesellschaftliche Unterstützung der NPD-Wähler_innen zurückzugewinnen.²⁰ Die Junge Union setzte diesen Vorschlag um und ging mit einem Thesenpapier zum Thema Patriotismus, das ihr offenbar schon länger am Herzen lag, an die Öffentlichkeit.²¹ Auch wenn die JU möglicherweise nicht direkt darauf abgezielt hatte, ist das Paper mustergültig für die von Patzelt und Jesse nahegelegte Strategie. Die NPD wird in dem Papier nicht erwähnt, der Großteil des Papiers versucht, eine absolut positive Deutung von deutschem Nationalismus und Patriotismus zu etablieren und zu definieren, was genau «deutsch» ausmacht. Seine methodische Struktur ist also, die Neonazis als Position und politische Option zu verschweigen, ihre Inhalte aber aufzugreifen und in bürgerlich-konservativem CDU-Kontext zu diskutieren; anders gesagt: zu übernehmen. Die CDU-Funktionär_innen waren gespalten²², es folgte eine Diskussion in der CDU und in der Medienöffentlichkeit, in der die NPD einen gewichtigen Platz einnahm. Die NPD reagierte wiederum auf die Positionierung der JU und versuchte, Inhalte des Papiers im Landtag zu thematisieren bzw. umzusetzen.²³ Es gelang der NPD damit wenigstens zeitweise, öffentliche Wahrnehmbarkeit auch ohne einen vorangegangenen (delegitimierenden) politischen Skandal zu erlangen und daher als «normale» legitime politische Kraft auftreten zu können.

2007 entspann sich eine öffentliche Debatte um eine rassistische Hetzjagd im sächsischen Mügeln - den lokalen Eliten wurden Versäumnisse in der Arbeit mit Rechtsextremismus vorgeworfen. Ebenso wie die NPD und die extrem rechte Zeitschrift «Junge Freiheit»²⁴ stellten sich die sächsische CDU²⁵ und die FDP²⁶ hinter die politischen Eliten Mügeln, die versuchen, die versuchen den Übergriff herunterzuspielen; es wurde agitiert, dass Mügeln lediglich Opfer einer Pressekampagne werde. Obgleich die NPD hier nicht als Erste auf das Thema einging, muss es als eines der Kernelemente der NPD-Politik klassifiziert werden, öffentliche Diskussionen um rassistische Übergriffe als ungerechtfertigte Schmutzkampagnen darzustellen. Die NPD nahm die Gelegenheit wahr und ging im Landtag²⁷ und anderswo wiederholt auf das Thema ein, während das Feld weiter und in ähnlicher Weise von CDU und FDP bearbeitet wurde.

Aktuelle Entwicklungen: NPD und Linkspartei

2007 begann zumindest die CDU, vom Grundsatz des gemeinsamen Auftretens der demokratischen Fraktionen abzurücken: die NPD wird häufig zusammen mit der Linkspartei erwähnt, nämlich unter der Klammer extremistischer Kräfte in Abgrenzung zu demokratischen Parteien.²⁸ Aktuell, nachdem der CDU-Fraktionsvorsitzende Steffen Flath ein Strategiepapier verfasst hatte, wird diese Debatte ganz explizit geführt. In Flaths Papier werden NPD und Linkspartei grundsätzlich gemeinsam erwähnt, es heißt, es dürfe für die CDU mit beiden keine Zusammenarbeit und keine Bündnisse geben, die CDU müsse alle Anträge beider Parteien, der NPD und der Linken, stets ablehnen, denn die Bekämpfung der NPD sei für die CDU «antiextremistisch, nicht antifaschistisch orientiert.»²⁹ Interessanterweise wird weiterhin empfohlen, die Neonazis von der parlamentarischen Arbeit und den parlamentarischen Gremien nicht auszuschließen; das sei keine zusätzliche Legitimation für die NPD, sondern beweise «Respekt vor der Entscheidung des Wählers.»³⁰ Flaths Vorstoß erfuhr in den Reihen der CDU umgehend viel Zustimmung³¹, die Diskussion wurde in der Lokalpresse geführt - im Interview mit der DNN wiederum erklärte der sächsische Agrarminister Herbert Kupfer die Angelegenheit paradoxerweise zu einer CDU-internen Auseinandersetzung. (22.09.2008) Das Strategiepapier ist allerdings weder in seiner Art noch in seiner Behandlung durch die CDU intern. Die Formulierungen sind provokativ, es ist offensichtlich eine Debatte beabsichtigt, das Papier wird an zentraler Stelle durch Pressemitteilungen, durch Hinweise auf der Website der sächsischen CDU und durch seine öffentlichkeitswirksame Diskussion auf der CDU-Kommunalkonferenz beworben. Die Diskussion stellt ebenso eine Kampagne gegen die Linkspartei dar - soweit ist das bei konservativen Parteien nicht unüblich - wie sie auch das Ende des generellen gemeinsamen Vorgehens der demokratischen Fraktionen gegen die NPD im sächsischen Landtag zu markieren scheint. Die NPD wird durch den fortlaufenden Vergleich mit der Linkspartei zudem stark aufgewertet.

Das Papier reiht sich jedoch in eine Kette von mehr oder weniger zufälligen Entwicklungen ein, die auf eine künftig andere Politik gegenüber der extremen Rechten (nicht notwendigerweise der NPD selbst) hindeuten: Politikwissenschaftler_innen, die der CDU nahe stehen, insbesondere Werner Patzelt und Eckard Jesse, haben bereits seit 2004³² eine stärkere Rechtsausrichtung der sächsischen CDU gefordert, um der NPD die Themen streitig zu machen. Von diesen Forderungen sind sie nicht abgerückt - im Gegenteil: Jesse äußerte 2007 in einer wissenschaftlichen Publikation³³ konkrete Handlungsanweisungen für Wissenschaft, Medien und Politik im Umgang mit der NPD; er bedauerte, dass die CDU die Linkspartei 2005 in jener gemeinsamen Erklärung der demokratischen Fraktionen als demokratische Fraktion anerkannt hat, und empfahl, die NPD nicht länger strategisch von der parlamentarischen Arbeit auszuschließen. 2008 wurde der rechtskonservative Abgeordnete Steffen Flath CDU-Fraktionschef im Landtag. Im Sommer 2008 rückte der Rechtskonservative Volker Schimpff³⁴, der schon früher für die CDU im Landtag saß, für Helma Orosz als Abgeordneter nach. Auch er hat sich positiv zu Flaths Papier geäußert und wird wohl eine stärkere Rolle am rechten Rand der Fraktion spielen.

4. Annäherungen zur extremen Rechten in Sachsen seit 2004

In diesem Teil wird die Chronologie der Erfolge der sächsischen NPD in ihrem Streben, von anderen als normale politische Kraft anerkannt zu werden, dargestellt. Das umfasst Annäherungen von einzelnen Abgeordneten anderer Parteien, Erfolge der NPD in geheimen Abstimmungen (also wenn nicht klar ist, um wen es sich bei den fraglichen Abgeordneten handelt), um direkte oder indirekte Dialoge mit anderen Parteien, die Thematisierung der gleichen Forderungen durch andere Parteien oder gar direkte Kooperation. Hinzu kommt ein in Sachsen sehr starkes Spektrum rechtskonservativer bis extrem rechter Organisationen, die zwischen CDU, FDP und NPD anzusiedeln sind und mit diesen in Verbindung stehen. Das herausragendste Beispiel ist die DSU, die anfangs, 1990, von der CSU gefördert wurde, der letzten DDR- und mit einem Minister der ersten Bundesregierung angehörte³⁵ und zu der zwei der aus der NPD ausgestiegenen Landtagsabgeordneten, Klaus Baier und Jürgen Schön, übergetreten sind. Mehr oder weniger scheint es generell die strategische Ausrichtung dieser Partei zu sein, sich in der Grauzone zwischen Konservatismus und Neonazismus zu bewegen.³⁶ Es bleibt jedoch zu bemerken, dass Verbindungen - wenn auch vielleicht keine sonderlich warmherzigen - zwischen einigen verbleibenden und allen ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten (einschließlich des besonders radikalen Klaus-Jürgen Menzel) weiterhin bestehen.

Zunächst ist noch eine allgemeine Vorbemerkung zu machen: Gerade in der sächsischen CDU fallen immer wieder extrem rechtskonservative Politiker_innen auf, deren Positionierung Anknüpfungspunkte für die neonazistische NPD bietet. Dazu gehören der schon erwähnte Landtagsabgeordnete Volker Schimpff, der ehemalige sächsische Staatsminister Steffen Heitmann³⁷ und der inzwischen aus der CDU ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche. Freilich ist zu bemerken, dass es auch aus anderen sächsischen Parteien Kontakte zur extremen Rechten gab oder gibt. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Holger Zastrow beispielsweise hat vor seiner Karriere als Abgeordneter in der rechtsintellektuellen Zeitschrift «Junge Freiheit» publiziert. Auf kommunaler Ebene wird immer wieder von freundschaftlichen Kontakten einzelner Abgeordneter unterschiedlicher Parteien zu in den entsprechenden Parlamenten vertretenen Neonazis berichtet - das bekannteste Beispiel ist wohl die Hochachtung des SPD-Grüne-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag Sächsische Schweiz, - Ivo Teichmann, für den NPD-Abgeordneten Uwe Leichsenring.³⁸

Chronik der Annäherungen zur extremen Rechten

- Juni 2004: Der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt rät nach Erfolgen der NPD bei der Kommunalwahl der CDU eine stärkere Ausrichtung nach rechts. Im September gibt der Chemnitzer Politologieprofessor Eckard Jesse die gleiche Empfehlung.
- Oktober 2004: Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten; der NPD Kandidat Uwe Leichsenring bekommt 14 Stimmen bei zwölf NPD-Abgeordneten, die CDU/SPD-Koalition erhielt zwei Stimmen weniger, als sie Abgeordnete hat. Dieses Vorkommnis wiederholte sich Ende 2004 bei Wahlen zu parlamentarischen Gremien.
- April 2005: Im CDU-Wahlkampf in Leipzig äußert sich ein Wahlkämpfer öffentlich positiv über wirtschaftspolitische Erfolge des deutschen Nationalsozialismus. Der Landesverband distanziert sich in einer Pressemitteilung am 7.4.2005.
- April 2005: Die Junge Union Sachsen und Niederschlesien stellt auf ihrem Landestag das Papier «Ein Wert für sich: Deutschland» vor, in dem für eine stärkere Fokussierung

- der Union auf Patriotismus und nationale deutsche Werte eingetreten wird.
- März 2006: Der Dresdner Stadtratsabgeordnete Werner Klawun, mit Mandat der konservativen Volkssolidarität gewählt, zunächst Mitglied der Bürgerfraktion, tritt der Neonazigruppe im Dresdner Stadtrat («Nationales Bündnis Dresden») bei. Seine Bürgersprechstunden werden noch lange danach in der Sächsischen Zeitung beworben.
 - April 2006: Andreas Wagner, Chemnitzer Bundesvorstandsmitglied der später in der Linkspartei aufgegangenen «Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit» wird Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion; später wird er von der WASG ausgeschlossen und tritt zur NPD über.³⁹
 - Juni 2006: Die JU Sachsen und Niederschlesien fordert erneut eine Thematisierung des angeblichen Werteverfalls in Deutschland, für den u.a. die 68'er verantwortlich gemacht werden, und prangert die Diskussion um Rassismus in Deutschland während der Fußball-Weltmeisterschaft (No-Go-Areas für Nicht-Deutsche) als einseitig an.
 - September 2006: Der CDU-Kreisverband Sächsische Schweiz druckt auf der Einladung zu einer Feier zum Tag der deutschen Einheit das Deutschlandlied in allen drei Strophen ab («Von der Maas bis an die Memel ...»)
 - November/Dezember 2006: Der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche muss die CDU verlassen, nachdem er bei einer Veranstaltung die ehemalige rot-grüne Regierung als «Multi-Kulti-Schwuchteln» bezeichnet hatte. Später gründet er seine eigene Wahlvereinigung «Arbeit, Familie, Vaterland». Bei den Kommunalwahlen 2008 erreicht diese Liste im Kreis Kamenz beachtliche Ergebnisse.
 - April 2007: Gerhard Gey, CDU-Landrat im Muldentalkreis, trifft sich mit Neonazis der «volkstreu Jugend», darunter (ohne Wissen des Landrates) lokale NPD-Kader, und sichert ihnen Gelder für Jugendarbeit zu. Später distanziert er sich von der NPD.
 - August 2007: Nach einer rassistischen Hetzjagd beim Stadtfest im sächsischen Mügeln leugnet der FDP-Bürgermeister Gotthard Deuse, dass es in der Stadt Neonazis gäbe; er beklagt weiterhin, es handle sich größtenteils nur um eine Pressekampagne gegen seine Stadt - Teile der sächsischen FDP und CDU unterstützen ihn mit dieser Ansicht ebenso wie neonazistische Kreise. Noch ein Jahr später wird ein Mügeln, weil er sich in einem Interview zu diesem Vorfall geäußert hatte, krankenhausesreif geprügelt.
 - März 2008: Der immer wieder durch stramm rechte, teils rassistische, teils an Verharmlosung des Nationalsozialismus grenzende Äußerungen aufgefallene ehemalige sächsische CDU-Landtagsabgeordnete Volker Schimpff wird mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Er kehrt im Sommer 2008 in den Landtag zurück.
 - August 2008: Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Kreistag Nordsachsen, Roland März, kündigt an, die NPD im Kreistag einbinden zu wollen, Zusammenarbeit nicht kategorisch auszuschließen. Der bereits in anderem Zusammenhang erwähnte FDP-Fraktionsvorsitzende Gotthard Deuse unterstützt ihn.
 - September 2008: Der Dresdner Stadtrat stimmt einem Antrag des neonazistischen «Nationalen Bündnis Dresden» mehrheitlich zu. Mehrere Abgeordnete, u.a. von CDU und Linksfraktion.PDS, verteidigen dieses Vorgehen. Die Landesverbände distanzieren sich, die sächsische Linkspartei zieht die Konsequenz, ihren Landtags- und Stadtratsmandatsträger Ronald Weckesser auszuschließen.
 - September 2008: Der sächsische CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Steffen Flath fordert öffentlichkeitswirksam, die Einbindung der NPD in die parlamentarische Arbeit nicht auszuschließen, aber Kooperationen mit der NPD und der seiner Ansicht nach ebenfalls extremistischen Linkspartei zu vermeiden. Er stärkt damit nicht nur rechten

Kräften in der CDU den Rücken, die schon eher äußerten, die NPD einbinden zu wollen (etwa Roland März einen Monat zuvor), er rückt auch grundsätzlich von der Politik des gemeinsamen, abgestimmten Vorgehens der demokratischen Fraktionen gegenüber der NPD ab.

- Oktober 2008: Der kürzlich in den Landtag zurückgekehrte CDU-Abgeordnete Volker Schimpff äußert sich lobend über den verstorbenen österreichischen Rechtsradikalen Jörg Haider. Partei- und Fraktionsvorstand distanzieren sich.

5. Inhaltliche Strategie gegenüber der extremen Rechten: Themen der NPD und Themen der Mitte

Unabhängig von expliziter Rechtsoffenheit nicht-neonazistischer politischer Kräfte kommt es in verschiedenen Fällen zu Gleichzeitigkeiten der Themen, die durch die NPD forciert werden, und der Politik anderer Parteien. Diese Gleichzeitigkeit kann, je nachdem, wie nahe sich die vertretenen Positionen tatsächlich kommen und wer die öffentlichen Diskurse wie stark in welcher Richtung beeinflussen kann, besonders gefährlich sein. Zum einen muss kritisch hinterfragt werden, ob andere Organisationen politische Kernthemen der NPD bedienen. Zum anderen schöpfen im politischen Abseits stehende Gruppen - in diesem Fall Neonazis - Legitimität und Anerkennung aus Situationen, in denen sie sich zentral und mit auch von anderen vertretenen Positionen profilieren können. Die drei herausragendsten Beispiele - die Patriotismusdebatte der Jungen Union, die Diskussion um die rassistischen Übergriffe in Mügeln sowie die aktuelle Wendung der Union in ihrer Politik gegenüber NPD und Linkspartei - sind oben bereits im Detail diskutiert worden. Um dieses Feld jedoch konkret zu untersuchen, sollen in Weiteren die Kernthemen der sächsischen NPD identifiziert und die inhaltliche Nähe der Themen anderer Parteien zu diesen Kernthemen untersucht werden. Die Frage, inwiefern die sächsische NPD in der Lage war, politische Diskurse zu beeinflussen, der im letzten Abschnitt (7.) nachgegangen wird, schließt sich an diese Überlegung unmittelbar an.

In den öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten der sächsischen NPD sind über die Zeit ihrer Präsenz im Landtag hinweg im Wesentlichen zehn Schwerpunkte auszumachen (mit absteigender Wichtigkeit):

1. Feindselige Haltung gegenüber internationalen Organisationen; die deutsche Souveränität, die Integrität der Gesellschaft und die Sicherheit in der Region werden als bedroht dargestellt.
2. Platte, xenophobe Kampagnen in Bezug auf Asyl- und Migrationsfragen
3. Patriotismus, Nationalismus, deutsche Werte
4. Deutsche Familienpolitik, Eintreten für stärkeren Zuwachs der «ethnisch» deutschen Bevölkerung
5. Tabubruchrhetorik mit dem Ziel der Publicity um jeden Preis
6. Thematisierung von politisch linken Initiativen, die als bedrohlich für Gesellschaft oder Sicherheit angesehen werden (Linksextremismus, liberale Drogenpolitik)
7. Hartes Vorgehen gegen Straftäter_innen
8. Soziale Nöte der deutschen Bevölkerung⁴⁰
9. Thematisierung konkreter realpolitischer Fragen mit dem Ziel, Bodenständigkeit und Bürger_innennähe zu suggerieren (Verkehrs-, Gesundheits- und z.T. Hochschulpolitik)
10. Gerierung der NPD als Bewahrerin des deutschen Mittelstands

Während die Punkte 8. und 10., die inhaltlich eigentlich der Linkspartei (8.) und der FDP und CDU (10.) nahe liegen, von der NPD halbherzig und mit Verzögerungen bearbeitet werden, finden sich besonders die Punkte 3., 6., ferner 4., 7. und zum geringeren Teil 1. auch in der Programmatik anderer Parteien, insbesondere der CDU, wieder.

Die sächsische Union geriet mit den Patriotismusdebatten der Jungen Union (3.), sowie mit ihrer Haltung zur Diskussion um Mügeln und zur Linkspartei (6.) z.T. in bemerkenswerte inhaltliche Nähe zur NPD. In den ersten beiden Fällen, der Patriotismusdebatte und der Debatte um Mügeln, verstand es die NPD-Fraktion, diesen Umstand mitmäßigem Erfolg in ihrer PR-Arbeit für sich zu nutzen und sich darüber wahrnehmbar zu machen. Inwiefern ihr das mit Flaths Strategiepapier gelingen wird, muss sich zeigen.⁴¹ Auch nach 2005 war Patriotismus stets ein zentrales Thema für die sächsische CDU. Zur Abgrenzung von der NPD wurde versucht, sich auf «demokratischen Patriotismus» statt «antidemokratischen Nationalismus»⁴² zu beziehen - wo die konkreten Unterschiede liegen sollen, konnte jedoch nirgends glaubhaft deutlich gemacht werden. Ferner versuchte die Union im Zusammenhang mit der Einbeziehung Polens und der Tschechischen Republik in den Schengen-Raum im Jahr 2007, die gleichen xenophoben Ängste der Bevölkerung anzusprechen wie die NPD; 2006 sprach sich die CDU ebenso wie die NPD gegen einen Schengen-Beitritt dieser Staaten aus⁴³, 2007 wurde, ebenso wie von der NPD, gefordert, die Bundespolizei weiterhin verstärkt an Sachsens Grenzen einzusetzen⁴⁴. Da es um diese Themen keine weitergehende öffentliche Diskussion gab, dürfte es der NPD nicht möglich gewesen sein, direkten Nutzen daraus zu ziehen - dass hier ureigene NPD-Themen durch die CDU bedient wurden, ist jedoch unbestreitbar.

6. Politikwissenschaftliche Prognosen, parteipolitische Strategie und die Entwicklung der Wahlergebnisse der NPD in Sachsen

Die Verwendung von Themen des rechten Randes kann gemäß den zitierten Empfehlungen durch Werner Patzelt und Eckard Jesse durchaus planvoll geschehen sein. Patzelt hatte bereits vor der Landtagswahl 2004 in einem Interview (16.06.2004) ein solches Vorgehen nahegelegt, Jesse folgte am 21.09.2004 mit der gleichen Empfehlung. Jesse konkretisierte die Handlungsempfehlungen 2006 noch einmal systematisch in einem wissenschaftlichen Beitrag (Jesse, a.a.O.) - nicht nur für die Politik, sondern auch für Medien und Wissenschaft.

Jesse kritisiert zunächst das harte Vorgehen gegen die NPD (Verbotsverfahren, Absprachen der demokratischen Parteien zum Umgang mit der NPD im Landtag) sowie die Zusammenarbeit mit der PDS/Linkspartei in dieser Frage. Presse und Wissenschaft wirft er insbesondere methodisch unterschiedliche Behandlung von Links- und Rechtsextremismus⁴⁵ sowie die zu starke Thematisierung des Neonazismus⁴⁶ vor. Er fordert, dieses Verhalten zu korrigieren, und empfiehlt ausdrücklich die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Neonazis. Seiner Ansicht nach «... sollen demokratische Kräfte die Stimmen von Bürgern, die für eine Rechtsaußenformation votiert haben, oft aus Protest, zurückgewinnen.» (Jesse, a.a.O.)

Dem liegt eine sehr spezielle Sicht auf die NPD zu Grunde, die insbesondere von Jesse und Uwe Backes entwickelte Extremismustheorie. Sie beziehen sich auf ältere Schriften; die Theorie wissenschaftlich und fatalerweise politisch anwendbar gemacht zu haben, kommt jedoch ihnen zu. Der Kernansatz der Theorie ist es, die politische Landschaft nicht, wie

generell üblich, als Links-Rechts-Spektrum oder zweidimensional nach einerseits gesellschaftlichem, andererseits wirtschaftlichem Liberalismus zu analysieren, sondern als «Hufeisen» mit demokratischer Mitte und antidemokratischen Enden. Erklärtermaßen handelt es sich nicht nur um ein Analyseinstrument, sondern auch um einen politisch anwendbaren Bezugsrahmen, der die Mitte pauschal für demokratisch und legitim erklärt, sie keiner weiteren Prüfung unterzieht, radikale Positionen grundsätzlich delegitimiert und eine Ähnlichkeit von links- und rechtsradikalen Strukturen unterstellt, die nicht aus einer detaillierten Analyse folgt, sondern dieser vorangeht. Ferner wird die Mikroebene - rassistische, sexistische, antisemitische, antidemokratische, homophobe etc. Strukturen und Überzeugungen in der Gesellschaft⁴⁷ - vernachlässigt und verschwindet in der Theorie hinter der messbaren Performance größerer Organisationen, in der Regel Wahlergebnissen. Neonazistische und auf andere Weise menschenfeindliche⁴⁸ Strukturen werden innerhalb der Theorie nicht erkannt, solange kein «extremistisches» Wahlverhalten vorliegt. Aus der Theorie abgeleitete politische Handlungsempfehlungen sind daher insofern fehlerhaft, als sie lediglich versuchen, die Wahlergebnisse neonazistischer Parteien zu minimieren, nicht aber an den gesellschaftlichen Strukturen ansetzen.⁴⁹ Zugespitzt: Neonazis sollen wenigstens nicht die NPD wählen.⁵⁰

Der Erfolg der NPD in Sachsen wird auf vier Faktoren zurückgeführt⁵¹: (1) nichtkonsolidierte Gesellschaft in Ostdeutschland, daher hoher Anteil an potentiellen Protestwähler_innen, (2) «opportunity structures», schwache CDU, pragmatische, wenig populistische PDS, verschärfte Sozialgesetzgebung, (3) soziale Ängste und (4) Fokussierung der Bundes-NPD auf die Wahl in Sachsen 2004. Tatsächlicher Rückhalt der NPD in der Bevölkerung wird zwar wahrgenommen, aber nicht als wahlentscheidend angesehen⁵²; tendenziell neonazistische Überzeugungen, die Voraussetzung für die Bereitschaft zur Wahl einer offen neonazistischen Partei sind, werden nicht in die Analyse einbezogen.

Die NPD erscheint aus dieser Sichtweise nicht als nachhaltig bedrohlich. Ferner verlassen sich sowohl Jesse als auch Backes auf die - geschichtsbedingt - angeblich stark antiextremistisch geprägte Gesellschaft. Diese Prägung sei eher aus einer anderen Richtung in Gefahr; in Worten Backes': Es gebe dezidiert antifaschistische Aktivist_innen «who are in some sense devoted to the principles of militant democracy but sometimes tend to overshoot the mark. Anti-fascists of the extreme left blur the line between loyalty and disloyalty to the constitution and, additionally, encourage the atmosphere of suspicion.»⁵³ Die oben erwähnte Kritik Jesses am Verhalten der Medien steht im Kontext dieser Behauptung, die Handlungsempfehlungen an die Parteien folgen unmittelbar. Die erwähnte gegenwärtige Wendung der sächsischen CDU folgt diesem Imperativ, selbst Formulierungen in Flaths Strategiepapier⁵⁴ sind von Jesse und Backes entlehnt.

7. Ausblick: Handlungsspielraum der extremen Rechten in Sachsen

Bei der Kommunalwahl 2008 konnte die NPD in alle Kreistage Sachsens einziehen - in mehreren in Fraktionsstärke, ihr Stimmenanteil lag meist zwischen fünf und zehn Prozent. Auch in Umfragen rangiert die NPD in Sachsen in diesem Bereich. Wer 2004 geglaubt hatte, die NPD würde sich selbst zerlegen, wie dies bei der DVU in Sachsen-Anhalt und in Schleswig-Holstein der Fall war, wer diese Hypothese mit dem Austritt dreier Abgeordneter Ende 2005 und den Skandalen Ende 2006 bestätigt sah, wer meinte, das NPD-Wählerpotential sei wie «Flugsand» (Jesse, a.a.O.), muss den Irrtum eingestehen.

Zu den Irrenden gehören wohl auch einige sächsische Politikwissenschaftler_innen und eine ganze Reihe mehr oder weniger konservativer sächsischer Politiker_innen.

Dass die Performance der NPD im Landtag oder in irgendeinem anderen Parlament besonders gut gewesen sei, lässt sich wirklich nicht behaupten, das koordinierte Handeln der anderen Fraktionen funktionierte im Großen und Ganzen gut, die Aktivitäten der NPD waren spätestens nach Leichenrings Tod einfallslos und halbherzig, das Personal der NPD ist schlecht.⁵⁵ Woran kann ihr anhaltender Erfolg also sonst liegen?

Konservativen Politiker_innen, insbesondere aus den Reihen der CDU und FDP, aber auch aus anderen Parteien, muss im Umgang mit der NPD und anderen extremen Rechten Halbherzigkeit, wenn nicht Unwillen unterstellt werden. Der offensive Umgang mit Neonazis nimmt insgesamt bei allen Fraktionen seit 2005 ab - die Anzahl der Pannen im Umgang mit der extremen Rechten jedoch nicht. Gegenwärtig richtet die CDU ihren «antiextremistischen» Kampf wieder stärker auf Linksextremismus aus und diskutiert, der NPD auf allen parlamentarischen Ebenen größeren Raum zu geben. Die davon ausgehenden Gefahren werden von konservativen Politiker_innen und Politolog_innen seit jeher mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt.

Die NPD nutzt die Zeit seit 2004 intern durchaus zum Auf- und Ausbau ihrer Strukturen - es ist davon auszugehen, dass sie bei der kommenden Landtagswahl weitaus besser aufgestellt sein wird als 2004. Der eingangs zitierte sich selbst verstärkende Effekt politisch etablierter, im schlimmsten Fall als legitim anerkannter Neonazis greift an dieser Stelle.

Dennoch ist der NPD der Wiedereinzug in den Landtag nicht sicher, sofern andere politische Kräfte, nicht nur Politiker_innen, im Umgang mit den Neonazis Ernsthaftigkeit bewahren und Willen zeigen. Eine zweite Legislaturperiode der NPD im sächsischen Landtag sollte vermieden werden - sie würde nicht nur Neonazistrukturen in Sachsen weiter festigen, sondern auch im bundes- und europapolitischen Kontext ein alarmierendes Signal senden.

Tabelle 1: Parlamentarische Beteiligung der NPD im Vergleich zu Grünen und FDP

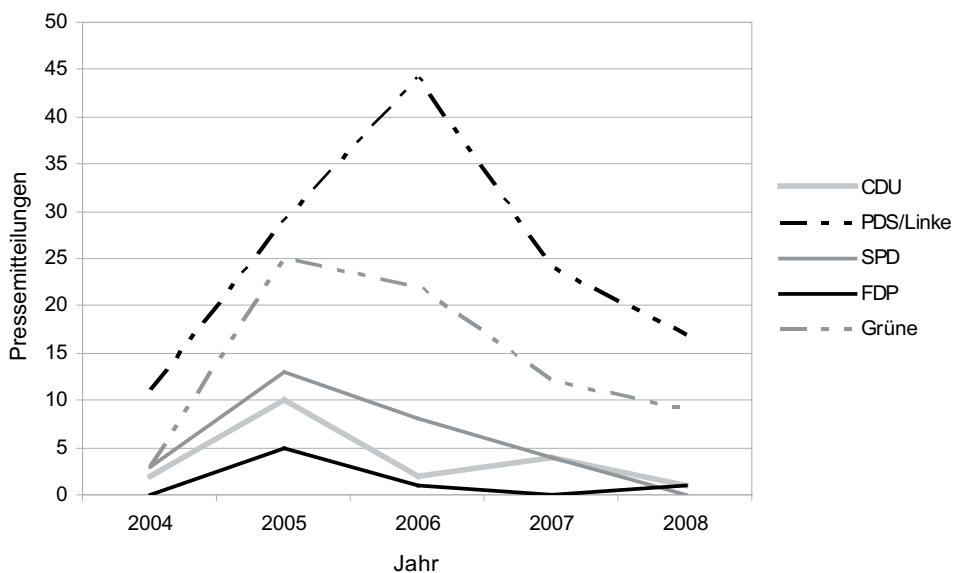
NPD	Anträge	kl. Anfragen	gr. Anfragen	Gesetzentw.	Änd.-Anträge	
2004		2	6	1	1	8
2005		47	514	1	1	42
2006		37	719	4	1	78*
2007		36	594	2	5	9
2008		18	492	1	1	11
Grüne	Anträge	kl. Anfragen	gr. Anfragen	Gesetzentw.	Änd.-Anträge	
2004		2	2	0	0	6
2005		39	224	3	3	48
2006		57	340	4	4	61
2007		57	494	6	8	34
2008		40	382	4	5	27
FDP	Anträge	kl. Anfragen	gr. Anfragen	Gesetzentw.	Änd.-Anträge	
2004		2	24	0	1	10
2005		34	549	4	8	50
2006		31	223	1	6	16
2007		31	258	0	3	10
2008		27	207	2	3	4

*) Fast alle zu: Haushalt 07/08

Tabelle 2: Pressemitteilungen über die NPD pro Jahr und Fraktion

	2004	2005	2006	2007	2008
CDU	2	10	2	4	1
PDS/Linke	11	29	44	24	17
SPD	3	13	8	4	0
FDP*	0	5	1	0	1
Grüne	3	25	22	12	9

*) Nur PM's deren Überschrift "NPD" enthält



Anmerkungen

- ¹ In den 1980er Jahren gelang in Frankreich dem Front National der Einzug in die Parlamente, in Österreich wurde die bis dahin eher rechtsliberale FPÖ von einem radikal nationalistischen Flügel übernommen, in Deutschland und Italien hatte es seit Jahrzehnten immer wieder Erfolge von postfaschistischen Parteien gegeben. In Italien erreichen «Forza Italia», «Alleanza Nazionale» und die «Lega Nord» seit den 1990ern immer wieder Mehrheiten und bilden Regierungen, in Deutschland handelt es sich um sporadische Erfolge der DVU, der REP, der PRO und der NPD; die versuchte Übernahme der FDP in einigen Bundesländern durch nationalistische Kräfte nach Muster der österreichischen FPÖ, misslang. Weitere Staaten, in denen extrem rechte Parteien stark sind, sind u.a. Belgien, die Niederlande, Dänemark, die Schweiz, Polen, Ungarn, Rumänien, Serbien.
- ² Für einen Überblick siehe Jens Rydgren: «The Sociology of the Radical Right». Annual Review of Sociology (2007).
- ³ Insbesondere durch Herbert Kitschelt, der dieses Set als «winning formula» bezeichnet. Vgl. Kitschelt: «Diversification and Reconfiguration of Party Systems in Postindustrial Democracies». Europäische Politik (03/2004)
- ⁴ Rydgren a.a.O.; David Art: «The Politics of the Nazi Past in Germany and in Austria». Cambridge 2006.
- ⁵ Eine Gegenüberstellung des Verhaltens anderer Kräfte vor und nach dem Einzug der NPD in den Landtag 2004 wäre in diesem Zusammenhang ebenfalls von Interesse; sie kann jedoch im vorliegenden Text nicht geleistet werden.
- ⁶ Etwa die - gesetzeswidrige - Ausnutzung der Immunität der Abgeordneten zur Unterbringung der Materialien von Personen aus der radikalen Neonaziszene, wie beim Defacement des Neonaziforums auf heimatschutz.org deutlich wurde. Siehe z.B. Ernst Corinth, «HI MOM! Ich habe die Neonazis gehackt» (Telepolis 12.2.2005, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19445/1.html>) . Diese Materialien waren dadurch vor Entdeckung bei polizeilichen Durchsuchungen geschützt.
- ⁷ Bspw. Sascha Rossmüller, Sascha Wagner, Ullrich Eigenfeld. In späterer Zeit könnte dies auch für Andreas Molau gelten, der spätestens 2007/2008 verschiedene Projekten in Brandenburg, Niedersachsen und mit einer europaweit arbeitenden Stiftung verfolgte, die mit der Fraktionsarbeit wenig zu tun hatten.
- ⁸ Etwa ist der parlamentarische Berater der sächsischen NPD, Karl Richter, 2008 in München für die »Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in den Stadtrat gewählt worden. Andreas Molau war 2008 Spitzenkandidat der NPD in Niedersachsen. Andreas Storr wurde 2008 für die NPD in den Kreistag Görlitz gewählt. Der ehemalige REP-Europaabgeordnete, der bis zu seinem Tod 2005 für die sächsische NPD-Fraktion arbeitete kandidierte in Dresden für die NPD für den Bundestag. Drei NPD-Landtagsabgeordnete aus Mecklenburg-Vorpommern und mindestens ein weiterer NPD-Kader absolvierten bei der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag Praktika. Die inhaltlich prägenden Mitarbeiter, Holger Szymanski, Arne Schimmer, Robert Beck und ggf. Torsten Hiekisch bekamen diese Möglichkeit jedoch zunächst nicht – ob diese vier keine parlamentarische Karriere anstreben, erst bei der Landtagswahl 2009 antreten werden, oder aus parteipolitischen Gründen das Nachsehen hatten, muss vorerst offen bleiben.
- ⁹ Neben den thematischen Schwerpunkten wurden kleine Anfragen insbesondere von Uwe Leichsenring und den Hinterbänkler_innen der Fraktion gestellt, während die prestigeträchtigere Inszenensetzung im Landtag der Führungsriege vorbehalten blieb, dem Fraktionschef Holger Apfel, dem parlamentarischen Geschäftsführer Uwe Leichsenring und dem selbsternannten Chefideologen Jürgen Gansel.
- ¹⁰ In erster Linie Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx.
- ¹¹ Paul trat daraufhin von allen Parteiämtern zurück und legte sein Mandat nieder.
- ¹² Andreas Molau und Karl Richter waren seit dem Einzug in den Landtag Mitarbeiter; Dirk Breddack und die ehemalige Redakteurin der «Jungen Freiheit» Annelika Willig bewegten sich seit Längerem im Umfeld der sächsischen NPD.
- ¹³ Freilich auch nur vier, eine Quantität, die durch kleinere Fraktionen (Grüne, FDP) dauerhaft

erbracht wird.

- ¹⁴ Die Situation der NPD-Fraktion hat mit diesen beiden Fraktionen (Grüne und FDP) insofern Gemeinsamkeiten, als auch Grüne und FDP 2004 neu in den Landtag einzogen und zur Opposition gehören.
- ¹⁵ Jürgen Gansel dazu: »Wir begeben uns nicht ins Hamsterrad.« Vgl. Hubertus Buchstein et.al.: »Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns« Greifswald, 2006.
- ¹⁶ Sehr deutlich lässt sich das bspw. am ehemaligen Kreistag Sächsische Schweiz, in dem Leichenring bis zu seinem Tod für die NPD ebenfalls eine herausragende Rolle spielte, zeigen. Vgl. Chris Fisher / Michael Bergmann: Im Schatten der Landtagsfraktion. Die NPD im Kreistag Sächsische Schweiz. a&k (521/2007)
- ¹⁷ Auf anderen parlamentarischen Ebenen war und ist das nicht in dem Maße gegeben, in Königstein etwa arbeiteten «demokratische» Kräfte vor seinem Tod aus «pragmatischen» Gründen mit Uwe Leichenring zusammen, im Dresdner Stadtrat gelang es dem «Nationalen Bündnis» im September 2008, einen Antrag erfolgreich durch das Parlament zu bringen - auch wenn es sich da eher um einen symbolischen Erfolg handelte.
- ¹⁸ Sowie wahrscheinlich der FDP - zur FDP liegen keine tatsächlich vergleichbaren Daten vor.
- ¹⁹ Freilich nicht absolut. Im Parlament selbst werden die Aussagen der NPD noch immer kommentiert.
- ²⁰ Patzelt im Interview mit der SäZ, 16.6.2004; Jesse am 21.4.2004 in der SäZ.
- ²¹ JU Sachsen und Niederschlesien (2005), Thesenpapier »Ein Wert für sich: Deutschland«
- ²² Martin Gillo etwa war einer der wenigen, die sich davon distanzieren.
- ²³ Bspw. der Antrag der NPD zum Lehren der deutschen Nationalhymne in der Grundschule. Ähnlich das JU-Papier: »So verwundert es nicht, wenn bereits junge Menschen die Nationalhymne nicht singen [...] [D]ie deutsche Nationalhymne muss wichtiger Bestandteile der Lehrpläne für Deutsch und Musik an unseren Schulen sein.« A.a.O.
- ²⁴ Eine Schwerpunktausgabe zur Debatte um Mügeln wurde herausgegeben. In Mügeln wurden kostenlose Probeexemplare verteilt.
- ²⁵ Die CDU versuchte dies im Landtag zu thematisieren und griff in einer Presseerklärung im September 2007 u.a. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), der sich zu Mügeln geäußert hatte, als «populistischen Schwätzer» an.
- ²⁶ Der Bürgermeister Gotthard Deuse wird von der FDP gestellt, die Landtagsfraktion stärkte ihm den Rücken.
- ²⁷ Aktuelle Debatte, Anfragen
- ²⁸ Bspw. in Pressemitteilungen des Landesverbandes der CDU vom 25.3.2007 und aktuell vom 5.9.2008.
- ²⁹ Die Formulierung ist offensichtlich in Anlehnung an aktuelle extremismustheoretische Schriften von Uwe Backes und Eckard Jesse angelehnt (siehe unten). Jesse gibt insbesondere Handlungsempfehlungen, denen die Erklärung Flaths sehr nahe kommt: Die Zusammenarbeit mit der Linken müsse ebenso vermieden werden, wie die mit der NPD, der Ausschluss der NPD aus der normalen parlamentarischen Arbeit zwischen den demokratischen Fraktionen, wie derzeit üblich, sei jedoch nicht zielführend und undemokratisch.
- ³⁰ Warum CDU-Stimmen, mit denen NPD-Leute in Gremien gewählt werden (um diese Frage geht es in Flaths Text explizit), und auch der damit ausgedrückte Respekt vor neonazistischen Entscheidungen der Wähler_innen keine zusätzliche Legitimation für die NPD als normale, anerkannte Partei sein soll, wird nicht ausgeführt. «Respekt vor der Entscheidung des Wählers» ist im Übrigen eine recht substanzlose Begründung - zum einen müssten auch andere Wähler_innen respektiert werden, die eine Einbindung von Neonazis in die parlamentarische Gremienarbeit nicht in dem Maße befürworten, zum anderen dürfte sowohl der NPD als auch ihren Wähler_innen bewusst sein, dass es in politischen Fragen mehr um Strategie als um Respekt geht, das Verhalten gegenüber der NPD wird daher wahrscheinlich auch eher mit strategischen Kategorien denn als Respekt interpretiert.
- ³¹ So in der DNN durch den sächsischen Agrarminister Herbert Kupfer und den Thüringer CDU-

Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring. Andere, ablehnende Reaktionen sind natürlich auch vertreten, etwa vom CDU-Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, Wolfgang Böhmer. Die Führungspersonen der sächsischen CDU, Ministerpräsident Tillich und Vorsitzender Kretschmer nahmen ambivalente Positionen ein.

³² Patzelt in der Sächsischen Zeitung 16.6.2004, Jesse SäZ 21.9.2004

³³ Jesse: »Die Auseinandersetzung mit der NPD“ in: Backes/Steglich: »Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei“ (2006)

³⁴ Neben anderen extrem rechten Äußerungen hatte er in der Landtags Sitzung am 24.06.1999 die Benes-Dekrete mit den Nürnberger Rassengesetzen verglichen.

³⁵ Ein Mitarbeiter des ehemaligen DSU-Ministers der letzten DDR-Regierung, Peter Köppe trat zur Kommunalwahl 2008 im Landkreis Leipzig für die sächsische NPD an.

³⁶ Skandale um die DSU, insbesondere um die Görlitzer DSU-Stadträte Jürgen Hösl-Daum und Jens Hasse werden daher im Folgenden nicht einzeln aufgeführt.

³⁷ Heitmann hatte beispielsweise 1998 die Ausweisung Deutscher aus Polen und der Tschechoslowakei mit der Deportation der europäischen Jüd_innen während der Shoah verglichen.

³⁸ Ivo Teichmann nahm u.a. auch an Uwe Leichsenrings Begräbniszeremonie teil, bei der auch Neonazigruppen aufmarschierten. Vgl. ferner Judith Lauer/ Thomas Kreeel: Nazis, Urlaub, Freunde. Jungle World (25/2007).

³⁹ Wagner scheint aber nie länger und ernsthaft für die Landtagsfraktion gearbeitet zu haben, wahrscheinlich handelt es sich um einen PR-Gag der NPD.

⁴⁰ Obwohl Hartz IV das Hauptwahlkampfthema der NPD war, hielt sich die Bearbeitung dieses Gebietes durch die Neonazis im Parlament zunächst in Grenzen.

⁴¹ Eine unmittelbare Ausnutzung durch die NPD ist unwahrscheinlich, da das Papier sich ja auch vom Rechtsextremismus abgrenzt, indirekte Erfolge, Legitimitätsgewinne, weitere Normalisierung als akzeptierte politische Partei sind wegen der suggerierten Ähnlichkeit zur Linkspartei immerhin möglich.

⁴² In Worten von Eckard Jesse (a.a.O.)

⁴³ Pressemitteilung des CDU-Landesverbandes vom 31.7.2006.

⁴⁴ Pressemitteilung des CDU-Landesverbandes vom 12.3.2007.

⁴⁵ Dem liegt offensichtlich seine Überzeugung zu Grunde, dass es einen dem Rechtsextremismus vergleichbaren Linksextremismus gebe.

⁴⁶ Er argumentiert, dass die Neonazis damit zusätzliche Publicity bekämen.

⁴⁷ Im Detail analysiert etwa bei Willhelm Heitmeyer, »Deutsche Zustände“ (1-6), Frankfurt a.M. 2002-07 und Oliver Decker / Elmar Brähler: »Vom Rand zur Mitte“, Berlin 2006.

⁴⁸ Begriff nach Heitmeyer, a.a.O.

⁴⁹ Dies gilt für Backes weniger als für Patzelt und Jesse.

⁵⁰ Uwe Backes: »The electoral victory of the NPD in Saxony and the prospects for future extreme-right success in German elections“ Patterns of Prejudice (2/2006); Jesse a.a.O.

⁵¹ Detailliert bei Backes, a.a.O.

⁵² Insbesondere nicht bei Jesse; Backes rückte zuletzt etwas von dieser Analyse ab. (Siehe: Backes/Steglich: Einleitung zu »Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei“, 2006.)

⁵³ Backes: »The electoral victory of the NPD in Saxony and the prospects for future extreme-right success in German elections“ Patterns of Prejudice (2/2006). Bei Jesse ist die Formulierung ähnlich.

⁵⁴ »Die Zurückdrängung der NPD ist [...] antiextremistisch, nicht antifaschistisch orientiert.«

⁵⁵ Dies könnte sich im Falle eines erneuten Einzuges der NPD in den Landtag 2009 jedoch ändern.

Chris Fisher arbeitet seit 2005 an Projekten von NiP Sachsen mit und schreibt als freie_r Journalist_in über extrem rechte Parteien und Veranstaltungen. Chris Fisher befasst sich ausserdem mit der wissenschaftlichen Analyse der extremen Rechten im internationalen Rahmen.

Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung der Sächsischen Zeitung über die parlamentarische Arbeit der NPD.

1. Einleitung

Die Literaturliste zur Frage, welchen Einfluss Medien auf politische Stimmungen und Einstellungen der Rezipient_innen hat und haben könnte ist lang¹. Die folgende Analyse reiht sich in diese Liste nur marginal ein. Sie hat nicht den Anspruch, eine Antwort auf diese Frage zu finden, lediglich erste kleine Bausteine für mögliche weitere Studien können aus ihr herausgenommen werden. Aufgrund der Kapazitäten, fand die Inhaltsanalyse nur in einer sehr begrenzten Form statt und erhebt nicht den Anspruch in irgendeiner Form «vollständig» zu sein. Das Verständnis der vorliegenden Arbeit ist einen ersten Überblick zu geben, sowie einen Impuls für mögliche weitere Forschungen.

Diese Studie setzt sich mit der Berichterstattung der Sächsischen Zeitung über die parlamentarische Arbeit der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) im Sächsischen Landtag auseinander. Der Fokus liegt dabei besonders bei der Berichterstattung im ersten Monat nach der Landtagswahl, sowie bei der Frage, in welchem Zusammenhang über die NPD berichtet wird.

Dabei wird im Kapitel zwei die Methodik vorgestellt. Im dritten Kapitel wird in knapper Form die Sächsische Zeitung (SZ) präsentiert und im vierten Kapitel werden die codierten Kategorien interpretiert. Mögliche Tendenzen einer signifikanten Veränderung der Berichterstattung, sowie eine Gesamtzusammenfassung werden in den Schlussbetrachtungen aufgezeigt.

2. Methodikvorstellung

Zur methodischen Aufarbeitung der Berichterstattung, wurde ein Forschungsdesign anlehnend an eine qualitative Inhaltsanalyse konstruiert. Anlehnend meint, dass es kein festes Muster einer qualitativen Inhaltsanalyse geben kann, sondern das Forschungsdesign immer der durchgeführten Untersuchung angepasst werden muss, denn das methodische Verständnis einer Inhaltsanalyse ist ein sehr breit gefächertes². Die Konstruktionsbasis stellt somit die Berichterstattung dar. Ausgehend von dieser wird in diesem Abschnitt die methodische Vorgehensweise erläutert.

Das Erkenntnisinteresse ist die Berichterstattung der Sächsischen Zeitung über die parlamentarische Arbeit der NPD. Folglich sind die Artikel bezüglich dieser Thematik die Analyseeinheit.

Alle analysierten Artikel³ wurden über das Online Archiv der Sächsischen Zeitung herausgefiltert. Da für die Analyse lediglich die Berichterstattung der parlamentarischen Arbeit von Relevanz war, wurden als Suchwörter jeweils NPD und nach einem Leerzeichen Landtag* eingegeben. Diese Sucheingabe wurde ebenso in umgedrehter Form (Landtag* NPD) eingegeben, wobei die gleiche Anzahl von Artikel angezeigt wurde. Die Suche umfasst den Zeitraum vom 19.09.2004 bis zum 20.07.2008. Insgesamt erschienen so 846 Artikel.

Von vornherein ausgeschlossen waren alle Artikel, welche nur «Landtag» als gefundenen Begriff enthielten, Interviews jeglicher Art und Leser_innenbriefe, es wurden lediglich Texte in Artikelform verwendet, wobei die Länge irrelevant war. Interviews und Leser_innenbriefe sind nicht aufgrund ihrer Irrelevanz unberücksichtigt geblieben, sondern deren Ausschluss ist dem Umfang der Arbeit geschuldet. Der/die Autor_in und die Platzierung (zum Beispiel in gewissen Rubriken) des Artikels konnten ebenso nicht berücksichtigt werden und fanden keinen Eingang in die Analyse. Die dazugehörigen Bilder der betreffenden Artikel sind wie so manch anderes eine eigene Forschungsarbeit wert.

Alle Texte wurden nach ihren Aussagen bezüglich der NPD hin untersucht. Unter Aussagen werden die dominierenden aussagenden Teile eines Artikels in Hinblick auf die NPD verstanden. Diese Inhalte sind die codierten Kategorien, welche aus dem Text herausgezogen wurden. Wiederholungen im Text wurden nicht beachtet bzw. gezählt.

Um das codierte Datenmaterial auszuwerten und interpretieren zu können, wurden insgesamt zwei Fragenkomplexe aufgestellt. Wobei sich der erste mit nachstehenden Fragen beschäftigt: Was sind in der SZ präsentierte Erklärungsmuster für das Wahlergebnis der NPD? Warum und für welche Personengruppen und/oder Institutionen könnte sich der Wahlerfolg negativ auswirken? Welche Konsequenzen hat das Ergebnis der Landtagswahl? Der erste Fragenkatalog bezieht sich auf die Zeit knapp nach der Landtagswahl, d.h. der Zeitraum vom 19.09.2004 bis zum 19.10.2004. Für die Berichterstattung danach, wurde lediglich mit einer Fragestellung an die Artikel weitergearbeitet. Diese Frage lautet: In welchem Zusammenhang wird über die NPD berichtet? Der Fokus liegt dabei nicht nur bei der Beantwortung der Fragen anhand des codierten Materials, sondern auch bei den Motiven der in der SZ präsentierten Inhalten. D.h. wiederum als Frage formuliert, warum gerade diese Argumentationen gewählt werden und nicht andere. Unterschieden wird bei der zweiten Frage nochmals nach Jahresabständen ab dem 19.10.2004. Wobei diese Trennung keine inhaltliche darstellt, sondern eine analytische.

Übersicht der analysierten Artikel:

Zeitraum:	Artikel in der Suchmaske	analysierte Artikel
19.09.2004- 19.10.2004	162	45
19.10.2004- 19.10.2005	407	76
19.10.2005- 19.10.2006	118	17
19.10.2006- 19.10.2007	87	20
19.10.2007- 20.07.2008	72	12

3. Die Sächsische Zeitung

Die Sächsische Zeitung gehört mit täglich ca. 278 000 verkauften Exemplaren zu den auflagenstärksten Regionalzeitungen Sachsens. Ihren Namen trägt sie bereits seit 1946, damals hervorgegangen aus der «Sächsischen Volksstimme» der KPD und der «Volksstimme» der SPD. Heute ist sie Bestandteil des Medienunternehmens Dresdner Druck- und Verlagshaus. An welchem wiederum Gruner + Jahr AG & Co KG einen Anteil von 60 Prozent halten und die restlichen 40 Prozent im Besitz von der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft sind.

4. Fragenkatalog I

4.1 In der SZ präsentierte Erklärungsmuster für die Landtagswahl

Der Hauptstrang für die Erklärung des hohen Wahlergebnisses von 9,2% ist die Aussage, dass es sich um eine Protestwahl gehandelt hat. Diese Aussage kommt aus jeglichen gesellschaftlichen Positionen, sei es aus Regierungskreisen, Autor_innen der SZ, Politiker_innen oder Wirtschaftler_innen. Es wird öfters darauf hingewiesen, dass sich die Wähler_innen haben «fangen lassen», auf die einfachen Parolen der NPD hereingefallen sind, sowie den populistischen Wahlkampf nicht durchschaut haben. Ebenso sei das hohe Wahlergebnis mit dem Frust der Wähler_innen gegenüber den etablierten Parteien zu erklären. Diese Parteien haben versagt und tragen die Schuld am Wahldebakel. Auch können nicht alle Wähler_innen als Neo- Nazis bezeichnet werden, ist öfters zu lesen. Immer wieder wird auf die soziale Lage in Sachsen verwiesen, welche verantwortlich für die Wahl der NPD sei. Wobei hier nie eindeutig definiert wird, was genau unter der sozialen Lage zu verstehen ist, vermutlich ist damit die Arbeitslosigkeit, Lehrstellensituation, Hartz IV usw. gemeint.

Problematisch ist hier, dass die Wähler_innen nicht als Akteur_innen einer Demokratie verstanden werden, sondern als stark manipulierbare, verantwortungslose und passive Menschen. Die Tatsache, dass Menschen ganz bewusst aufgrund ihrer Inhalte die NPD wählen steht nicht zur Debatte. In nur sehr wenigen Artikeln wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht bzw. nur bedingt um eine Protestwahl handelt. In eben diesen Texten wird auch betont, dass die Menschen die Verantwortung für ihre Stimmenabgabe tragen und rechtsextremistische Einstellungen kein Randphänomen sind, sondern Elemente aus dieser Einstellung bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind⁴.

Weiter ist die öfter wiederholte Aussage, dass die Menschen auf den populistischen Wahlkampf der NPD hereingefallen sind, problematisch. Der Populismus erscheint so als eine Form des Wahlkampfes speziell der NPD. Erstens spricht dies den Menschen wieder jegliches politisches Bewusstsein ab und zweitens ist der Populismus eine politische Strategie einer jeden Partei, besonders in Wahlkämpfen. Es bestanden für die Wähler_innen genug weitere populistische Alternativen.

Zur Frage, warum diese Argumentation herangezogen wird, kann konstatiert werden, dass die sächsischen NPD-Wähler_innen entschuldigt werden sollen. Ebenso ist die Hauptargumentation der Protestwahl eine sehr bequeme, da eine tiefgreifende Analyse und Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Einstellungen vermieden wird, indem der hohe Wahlanteil relativiert wird.

4.2 Warum und für welche Personengruppen und/oder Institutionen wirkt sich der Wahlerfolg negativ aus?

Als eines der größten Probleme wird der wirtschaftliche Schaden präsentiert. Dies meint einmal den möglichen Rückgang der Anzahl der Tourist_innen und der mögliche Rückzug potenzieller Investor_innen. Oft wird immer wieder auf den Imageschaden für den Freistaat Sachsen verwiesen. Aus dem gesichteten Datenmaterial spricht nur ein Artikel die bisherigen Opfer rechtsextremer Gewalt an, sowie deren Ängste, indem deutlich gemacht wird, dass ein erschreckend hoher Anteil rassistischen und nationalistischen Aussagen zustimmt. Auch wird die Bedeutung des Einzugs der NPD in Verbindung mit der auf der Straße stattfindenden rechtsextremen Gewalt gebracht, denn die hat nun ihre parlamentarische Ent-

sprechung im sächsischen Landtag. Die potenziellen Betroffenen werden sonst nie erwähnt, geschweige denn erhalten sie in der SZ eine Stimme.

Innerhalb der Argumentation der SZ ist lediglich der wirtschaftliche Schaden für den Freistaat von Relevanz. Nazistische Übergiffe, Demonstrationen und Feste, welche regelmäßig in Dresden und Sachsen in hoher Dimension stattfinden, gab es auch schon vor der Landtagswahl und hätten bereits zu einem Image- und wirtschaftlichen Schaden beitragen können. Indem aber nun- erst von der Landtagswahl ausgehend- von einem Schaden für das Land Sachsen ausgegangen wird, müssen die oben genannten Tatsachen nicht benannt werden.

4.3 Welche Konsequenzen hat das Ergebnis der Landtagswahl?

Die in den Artikeln beschriebenen Konsequenzen lassen sich aus dem bereits weiter oben beschriebenen ableiten. Als messbare Kennzahl wird der mögliche Rückgang der Tourist_innen und der Wirtschaftsleistung in Sachsen angebracht.

Der ökonomische Schaden ist der nahezu einzig präsentierte, in sehr wenigen Artikeln wird auch ein Schaden für das politische System der Demokratie angesprochen und betont, dass sich die parlamentarische Arbeit in Zukunft schwieriger gestalten wird.

Weitere Konsequenzen wie die mögliche Zunahme der rechtsextremen Gewalt findet in der Berichterstattung keine Widerspiegelung. Ebenso werden die Potenziale (Anfragen, die Arbeit in den Ausschüssen usw.), welche die NPD nun durch ihre parlamentarische Entsprerung hat nicht angesprochen. Auch die verbesserte Infrastruktur der Partei, sei es durch die Abgeordnetengehälter, Bürger_innenbüros, sowie die Mitarbeiter_innengehälter, fließen in mögliche Konsequenzen nicht ein.

4.4 Zusammenfassung

Nahezu verstörend lesen sich die Ursachenerklärungen und Deutungsmuster der SZ. Die Wähler_innen erscheinen als irreführte Menschen, welche in der Demokratie rein passive Subjekte sind. Explizit in einem Artikel wird diese Problematik des Nicht-Ernstnehmens der Wähler_innen angesprochen. Der Punkt, dass viele der Leute, welche ihr Kreuz bei der NPD ganz bewusst aufgrund der nazistischen Ausrichtung - zumindest aber wegen des Rassismus und Nationalismus - gemacht haben, wird nicht angesprochen. Den Wähler_innen wird also jegliches Bewusstsein ihrer Wahl abgesprochen. In den meisten Artikeln wird der leichte Erklärungsweg der Protestwahl gegangen. Genauso scheinen die in der SZ präsentierten Konsequenzen sich rein auf den wirtschaftlichen Sektor zu beschränken.

Mit der erstmaligen Sichtbarkeit des Rechtsextremismus im sächsischen Landtag und deren verstärkte mediale Öffentlichkeit, wird gerade durch viele Artikel der SZ suggeriert, dass nun Neo-Nazis in Sachsen sind und die Probleme beginnen. Wenig Beachtung findet dabei, dass diese schon immer da waren und stetig zunehmen. Gerade für die Berichterstattung im ersten Monat nach der Wahl lässt sich feststellen, dass die Bedeutung des Einzugs der NPD in den Landtag in ihrer gesamten Dimension unterschätzt wurde.

5. Frage II

5.1 Zeitraum vom 19.10.2004. - 19.10.2005

In welchem Zusammenhang wird über die NPD berichtet?

Zunächst wird die erste Landtagssitzung nach der Wahl und deren internationale Aufmerksamkeit angesprochen. Wobei hier die Feststellung, dass ein Eklat ausblieb, betont wird. Eine der ersten Anträge der NPD mit dem Wortlaut «Schöner leben ohne Drogen»⁵ findet noch besondere Aufmerksamkeit. Bei der Wahl zum sächsischen Ministerpräsidenten hatte die NPD mit Uwe Leichsenring⁶ einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Dieser bekam 14 Stimmen, wobei die NPD zum besagten Zeitpunkt lediglich 12 Abgeordnetenmandate inne hatte. In diesem Zusammenhang wird nicht die Problematik, dass es möglicherweise mehrere Landtagsabgeordnete außerhalb der NPD- Fraktion gibt, welche mit eben deren Nazismus sympathisieren erwähnt, sondern immer wieder auf den Imageschaden des Freistaates Sachsen verwiesen. Auch bei der Wahl zu verschiedenen Ausschüssen und zum Ausländerbeauftragten erhielten NPD-Abgeordnete bis zu acht bzw. neun Stimmen mehr.⁷ Bei der darauf folgenden Berichterstattung werden die als Abweicher betitelten Abgeordneten als peinlich für Sachsen bezeichnet. Für einen neuen Eklat und damit einer umfangreichen Berichterstattung sorgten die Abgeordneten der NPD als sie eine Schweigeminute für alle Opfer des Nationalsozialismus verweigerten, sowie in einer anschließenden Debatte die Bombardierung der Stadt Dresden als «Bombenholocaust» bezeichneten. Hier reicht der Tenor von beschämend und empörend bis entlarvend.

Bei einem Artikel, welcher die einhunderttägige parlamentarische Arbeit der NPD anspricht, werden erstmals einige Mitarbeiter_innen vorgestellt, sowie die nicht nur innerparteilichen Aktivitäten der NPD.

Auch wenn in vielen weiteren Artikeln immer wieder darauf hingewiesen wird, dass es sich um eine Protestwahl gehandelt hat und die soziale Situation für den Wahlerfolg verantwortlich sei, wird in manchen Artikeln differenziert und verstärkt thematisiert, dass rechts-extremistische Einstellungen bereits in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und zukünftig nicht als bloßes Randphänomen abgetan werden können.

Ab Frühjahr 2005 werden in verschiedenen Artikeln erste Erfolglosigkeiten bzw. Auseinandersetzungen in der NPD angesprochen. So zum Beispiel die beiden Mercedes E-Klassen als Dienstwagen der Fraktion, die körperliche Zurückdrängung des Abgeordneten Klaus Jürgen Menzel durch eigene Fraktionsmitglieder, als dieser an das Redner_innenpult im Landtag möchte, um sich zu seinen finanziellen Unregelmäßigkeiten zu äußern und der Druck der parteieigenen Zeitung «Deutsche Stimme» in Polen und Litauen. Ebenso findet die im Frühjahr gegründete Dresdner Schule⁸ Erwähnung, welche - außer ein paar anfänglichen Effekten - nichts bewirkt.

Zusammenfassung

Auffällig ist, dass bereits einen Monat nach der Wahl in mehreren Artikeln Politiker_innen zu Wort kommen, welche die These der Protestwahl in Frage stellen. Wenige Artikel gehen auch auf die Verharmlosung des Rechtsextremismus ein und betonen, dass Initiativen, welche sich gegen Rechtsextremismus engagieren, Unterstützung seitens der Politik erfahren müssen. Auch die Behandlung des Rechtsextremismus als Randphänomen wird kritisiert. Interessant ist, dass die Eklats und Aussagen der NPD im Plenum als entlarvend dargestellt werden. Was wiederum bedeuten würde, dass die NPD vorher im Wahlkampf nicht offen und eindeutig ihren Nazismus vertreten hätten. Dies folglich wieder als eine Täuschung der Wähler_innen abgetan werden kann.

5.2 Zeitraum vom 19.10.2005. - 19.10.2006

In welchem Zusammenhang wird über die NPD berichtet?

Im November 2005 berichtete die SZ über die Landtagsdebatte bezüglich der deutschen Nationalhymne⁹, hier wurde die Rede des Fraktionsvorsitzenden der NPD Holger Apfel erwähnt, welcher aus dem Horst-Wessel-Lied zitierte und somit wieder einen Beinahe-Eklat provozierte.

Ende des Jahres 2005 kam es bei der NPD-Fraktion zum ersten Austritt des rechtsextremen Abgeordneten Mirko Schmidt aus Meißen, dessen Gründe¹⁰ für den Austritt nach einem Gespräch mit ihm genannt wurden. In Folge treten ebenso noch der Abgeordnete Klaus Baier aus Annaberg- Buchholz und Jürgen Schön aus Leipzig aus der NPD, sowie deren Fraktion aus. In der SZ wird konstatiert, dass die NPD ihren Zenit überschritten hat, die Gefahr deswegen aber nicht gebannt ist, da das demokratische Potenzial der ausgetretenen Abgeordneten bezweifelt wird. Die Gründe der beiden letztgenannten sind ähnlich denen von Schmidt, also die Dominanz der «Westkader» in der Partei. Die Berichterstattung über innere Auseinandersetzungen und Streitigkeiten der NPD weicht der sechzigste Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Februar 2006. Hier wird wieder - allerdings in geringerem Umfang¹¹ als 2005 - von der Verweigerung des Gedenkens der NPD an die Opfer des NS berichtet, sowie die abermalige Rede vom «Bombenholocaust» im Plenum des sächsischen Landtages.

Ein weiteres Mal taucht der Begriff Eklat im Rahmen der vorgeschlagenen Reise für Abgeordnete in das Konzentrationslager Auschwitz auf. Landtagspräsident Iltgen (CDU) schlug vor, dass alle Fraktionen eben diese Reise zusammen antreten, von diesem Unternehmen trat dann sogar seine eigene Partei zurück, da sich nur wenige auf eine Reise mit Neo- Nazis begeben wollten.

Nähere Aufmerksamkeit erlangte die Rede Leichsenrings von «Sonderzügen» für politische Gegner_innen, woraufhin er auch mehrere Tage von den Sitzungen ausgeschlossen wurde. Seine im Plenum klar formulierten rassistischen und nationalistischen Ansichten wurden auch zu der Berichterstattung zu seinem Unfalltod thematisiert. Zu eben diesem kommt der Königsteiner Bürgermeister Frieder Haase (parteilos) zu Wort, welcher den Tod Leichsenrings bedauert, zwar auf die politischen Differenzen anspricht, aber die große Rolle, welcher Leichsenring als Bürger im politischen Leben der Stadt gespielt hat anspricht¹².

Zusammenfassung

Die bestimmenden Themen der Berichterstattung in diesem Zeitabschnitt liegen bei den Austritten der Abgeordneten aus Fraktion und Partei, der vorgeschlagenen Auschwitz- Reise für alle Fraktionen und dem Unfalltod Uwe Leichsenrings.

Bei den Austritten der Abgeordneten wird nicht darauf verzichtet, deren angebliche Kehrtwende in Frage zu stellen. Auch ist wiederum in diesem Zeitabschnitt festzustellen, dass die NPD oft im Zusammenhang mit dem Begriff Eklat genannt wird.

5.3 Zeitraum vom 19.10.2006 - 19.10.2007

In welchem Zusammenhang wird über die NPD berichtet?

Der weitere Verlust an Abgeordneten wird in diesem Zeitabschnitt zunächst thematisiert. So wird über den Fraktionsausschluss von Klaus- Jürgen Menzel berichtet, welcher gezwungen wurde aufgrund seiner undurchsichtigen Finanzgeschäften aus der Fraktion auszutreten. Erwähnt wird in diesem Zusammenhang, dass Menzel nicht aufgrund seiner Äußerungen zu Hitler und dem Nationalsozialismus von seinen Kolleg_innen ausgeschlossen wurde¹³.

Der darauffolgende Fraktionsaustritt von Matthias Paul sowie die Erklärungsnot¹⁴ der NPD dominieren weiter die Thematisierung der NPD im Landtag. Die Staatsanwaltschaft ließ dessen Büroräume und dessen Privatwohnung durchsuchen, da der Verdacht auf den Besitz von kinderpornographischen Material auf den PC's von Paul bestand. Ebenso werden die laufenden Klagen gegen Petzold, Apfel und Menzel angesprochen.

Darauf folgen in mehreren Artikeln die internen und auch nach außen sichtbaren Probleme der NPD-Fraktion. So wird das Führungsproblem von Holger Apfel thematisiert als auch die Schwierigkeiten um die Austritte, Skandale und Anklagen gegen einige Abgeordnete. Der Artikel zum 13. Februar im Jahr 2006 beinhaltet die klare Formulierung, um die gezielte Setzung von Eklats der NPD, indem sie die Bombardierung Dresdens als «Bomben-Holocaust» bezeichnet.

Der offene Rassismus von den Abgeordneten der NPD wird in den Artikeln nach dem 13. Februar angesprochen. So wird einmal aus Reden von Holger Apfel zitiert, welcher gleich in mehreren Reden im Plenum von «Wohlstandsnegern» und «orientalischen Großfamilien» spricht. Auch wird klar der Rassismus, Antisemitismus und die Gewaltverherrlichung der Dresdner Schule, welche versteckt als vermeintliches intellektuelles Think Tank daherkommt, benannt.

Zusammenfassung

In diesem Zeitabschnitt kommen besonders häufig die Probleme der gesamten parlamentarischen Arbeit der NPD zu Wort. So geht es zunächst um die weiteren Austritte und Ausschlüsse von Abgeordneten, die Anklagen gegen mehrere Abgeordnete und der offene Rassismus im Plenum des Landtages. Die These der Frust- und Protestwahl tritt nicht mehr in Erscheinung, da gleich mehrere Umfragen die NPD bei über 5% sehen und die NPD trotz ihrer Skandale und Schwierigkeiten wieder in den Landtag einziehen würde.

5.4. Zeitraum vom 19.10.2007. - 20.07.2008

In welchem Zusammenhang wird über die NPD berichtet?

Zunächst wird über den Ausschluss eines Mitarbeiters der NPD-Fraktion aus der Sitzung der Enquete-Kommission zur demografischen Entwicklung berichtet. Per Lennart Aae hatte sich positiv über die Familienpolitik der Nationalsozialisten geäußert.

Bei einem Artikel, welcher auf die letzten Jahre zurückblickt, wird nochmals die Hilfslosigkeit mit dem Umgang der NPD zu Beginn der Legislaturperiode thematisiert. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Anwesenheit von Rechtsextremen in den Parlamenten zum politischen Alltag gehören wird. Dies ist gerade hinsichtlich der anfänglichen Berichterstattung, welche die Wahl der NPD als Protest und Frust dargestellt hat ein Novum.

Bei einer parlamentarischen Debatte über das Gedenkstättengesetz werden wieder die antisemitischen und antiziganistischen Parolen von Jürgen Gansel erwähnt. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität folgt darauf, da Gansel an der Verteilung der Schulhof-CD und der Schüler_innenzeitung «perplex» maßgeblich beteiligt war¹⁵.

Am Ende dieses Zeitabschnittes bildet die Kommunalwahl in Sachsen den Fokus, wobei wiederum als Erklärung für die hohen Wahlergebnisse die Ängste der Bevölkerung angesprochen werden.

Zusammenfassung

Zunächst wird auch im letzten Zeitabschnitt deutlich, dass die rassistischen und antisemitischen Äußerungen, welche in krasser Form auftreten, thematisiert werden. Auch erwähnt - quantitativ nach der Suchmaske betrachtet - ein Artikel, dass die Anwesenheit der Nazis in den Parlamenten in Zukunft Alltag sein wird. Bei der Kommunalwahl fällt die Berichterstattung aber wieder in das gewohnte Muster der Protestwahl zurück, indem behauptet wird, dass die Ängste der Bevölkerung dafür sorgen, dass diese auf den Stimmenfang der NPD «reinfließen».

6. Schlussbetrachtungen

Zunächst ist zu konstatieren, dass die quantitative Berichterstattung mit dem Einzug der NPD in den Landtag bis heute kontinuierlich abgenommen hat. Bereits diese rein quantitative Betrachtung macht deutlich, dass eine gewisse Kontinuität in die Berichterstattung Einzug gehalten hat¹⁶.

Bestimmendes Thema zu Beginn war immer wieder das hohe Wahlergebnis. Wobei Grundtenor der meisten Artikel eine Entschuldigung der Wähler_innen ist, indem die Schuld bei anderen Parteien - deswegen seien so viele auf Protest «ausgewichen» -, der sozialen Lage, dem Populismus der NPD und der Irreführung der Wähler_innen gesucht wird. Nur wenige Artikel sprechen auch im ersten Monat nach der Wahl die Verantwortlichkeit der Wähler_innen an, sowie die bewusste Entscheidung für eine rechtsextreme Partei. Diese Betonung der Protestwahlthese nimmt kontinuierlich ab und taucht erst wieder im Zusammenhang der Kommunalwahl im Jahr 2008 auf. Ebenso befinden die Artikel, welche eher kritisch mit dem Thema Rechtsextremismus und parlamentarische Arbeit dieser umgehen in der Minderheit. Hier lässt sich lediglich feststellen, dass diese im Verlaufe der Zeit immer wieder verschiedentlich erscheinen und unterschiedliche Themenfelder abdecken.

In den ersten Monaten wird auch kontinuierlich auf die Veränderung im wirtschaftlichen Bereich hingewiesen. So bestehen hier Ängste über einen Imageschaden für den Freistaat, so dass diesem nun Tourist_innen und Investor_innen fernzubleiben drohen. Dieser Argumentationsstrang ist nur für die Zeit kurz nach der Landtagswahl und bei dem permanenten Stimmenüberhang bei Wahlen im Plenum für die Rechtsextremen bedeutend, danach wird er nur noch marginal verwendet.

Festzuhalten bleibt, dass sich die primäre Berichterstattung der SZ auf Eklats seitens der NPD im Plenum des sächsischen Landtages bezieht. Angesprochen werden dabei rassistische sowie geschichtsrevisionistische Äußerungen der Abgeordneten. Die parlamentarische Arbeit der NPD, beispielsweise ihre Anfragenpolitik, ihre bewusste Nutzung des Plenums als öffentliche Bühne, ihre Untätigkeit in den Ausschüssen usw. finden kaum Erwähnung.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. dazu: Wolling, Jens, 2001: Der Einfluss der Medien auf die Einstellungen zur Politik, in: http://www.wolling.de/pdfs/wolling_la_influenca.pdf; 15.09.08. Ebenso die Zusammenfassung einer Studie: Wolling, Jens, 1999: Zusammenfassung der Studie «Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluss der Medien auf die Einstellungen der Bürger zur Politik», in: http://www.tu-ilmeneau.de/fakmn/fileadmin/template/ifmk/fachgebiete/empk/Dokumente/Publicationen/Politikverdrossenheit_JW.pdf; 15.09.08.
- ² Vgl. dazu: Häder, Michael, 2006: Empirische Sozialforschung. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 319f.
- ³ Die Begriffe Artikel und Text werden im Folgenden synonym verwendet.
- ⁴ Vgl. dazu: Brähler, Elmer/ Decker, Oliver: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006., sowie: Brähler et al.: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin 2008.
- ⁵ Der Wortlaut war an dem des T-Shirt- Aufdrucks der über die Liste der PDS aufgestellten parteilosen Landtagsabgeordneten Julia Bonk: «Schöner leben ohne Nazis» angelehnt, welche wiederum mit gewissen Aussagen bzgl. Drogen (Freigabe von Betäubungsmitteln) in die mediale Öffentlichkeit geriet.
- ⁶ Uwe Leichsenring war bis zu seinem Unfalltod im August 2006 parlamentarischer Geschäftsführer der NPD.
- ⁷ Mirko Schmidt erhielt zur Wahl des Ausländerbeauftragten zwei Stimmen mehr, gleicher erhielt bei der Wahl des Jugendhilfeausschusses neun Stimmen mehr und bei der Stellvertreterwahl des gleichen Ausschusses votierten neun Abgeordnete mehr für Alexander Delle.
- ⁸ Die Dresdner Schule wurde von einigen selbsternannten Rechts- Intellektuellen im Frühjahr 2005 gegründet und soll ein Gegengewicht zur Frankfurter Schule sein, welche angeblich die Gesellschaft der BRD maßgeblich beeinflusst hat bzw. immer noch beeinflusst.
- ⁹ Zum damaligen Zeitpunkt gab es eine von Teilen der CDU in Bewegung gesetzte Debatte über Patriotismus innerhalb der CDU als auch außerhalb.
- ¹⁰ Mitunter waren diese, das offene Bekenntnis der NPD zum Nationalsozialismus und die autoritäre Führung der Fraktion einer Gruppe aus dem Westen.
- ¹¹ In der Suchmaske erschien lediglich ein Artikel dazu.
- ¹² SZ vom 31.08.2006
- ¹³ In mehreren Interviews bezeichnet Menzel Hitler als größten Staatmann, ebenso benennt er ihn im Landtag als sympathischeren Österreicher im Vergleich zu dem Fraktionsvorsitzenden der PDS (heutige Linkspartei) Peter Porsch, welcher ebenso in Österreich geboren wurde.
- ¹⁴ Die NPD tritt immer wieder mit der Forderung «Todesstrafe für Kinderschänder» in Erscheinung.
- ¹⁵ Die erste Auflage der «perplex» wurde von der Staatsanwaltschaft als jugendgefährdende Schrift indiziert.
- ¹⁶ Vgl. dazu Tabelle in der Methodikvorstellung.

Lion Faber ist Student der Wirtschaftspädagogik, Soziologie und Politikwissenschaft an der TU Dresden. Er ist ehrenamtlich in der außerschulischen Bildungsarbeit in Sachsen engagiert.

Die NPD und das Superwahljahr 2009

2009 finden in Sachsen und anderen für die NPD bedeutenden Bundesländern zahlreiche Wahlen statt: Zunächst am 7. Juni die Wahlen zum Europaparlament und die Stadt- und Gemeinderatswahlen in Sachsen, am 30. August Wahlen zum Sächsischen Landtag gemeinsam mit den Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen, voraussichtlich auch in Brandenburg. Am 27. September finden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Daneben gibt es zahlreiche Kommunalwahlen in anderen Bundesländern.

Die NPD hat also Gelegenheit, einerseits ihre Verankerung in der Fläche durch zahlreiche neue Mandate auszubauen, andererseits Wahlsiege mit Symbolkraft als Bestätigung ihres ideologischen Angebotes zu verwerten. Andererseits würde ein Nichteinzug in die Landtage Thüringens und Sachsens einen Rückschlag für den Aufbau parlamentarischer Strukturen der organisierten Neonazis in der Bundesrepublik bedeuten.

In diesem Beitrag soll thesenhaft auf Erfolgsaussichten und Erfolgsfaktoren für die NPD-Wahlergebnisse 2009 eingegangen werden. Um die Aussichten der NPD richtig einschätzen zu können und einen sinnvollen Umgang mit ihr im Wahlkampf zu finden, ist die Deutung der bisherigen Wahlergebnisse eine notwendige Voraussetzung.

Zur Deutung bisheriger Wahlergebnisse

Die Deutung der Gründe für den Wahlerfolg der NPD bei der sächsischen Landtagswahl 2004 bewegt sich im Wesentlichen zwischen zwei Polen. Während die einen auf die im Sommer und Herbst 2004 hochbrandende Anti-Hartz-IV-Stimmung verweisen, sind für die anderen latent vorhandene Einstellungsmuster in Teilen der sächsischen Bevölkerung und die seit langem voranschreitende Verankerung einer neonazistischen Szene in Sachsen die Hauptursache. Den einen Pol markierte der damalige sächsische Innenminister de Maiziere, der im Sommer 2005 bei einem Vortrag an der TU Dresden dezidiert die Protestwahlthese vertrat, also den Wahlerfolg als Ausdruck des Protestes in einer ganz spezifischen politischen Situation deutete. Sicherlich hat de Maiziere damit die damalige Stimmungslage in der CDU zum Ausdruck gebracht, die auch heute noch vorherrschen dürfte.

Demgegenüber steht eine Deutung, die die Wahlerfolge der NPD aus einer bewussten Zustimmung zu Kernthesen der Neonazis erklärt, die durch kontinuierliche Propagandaarbeit und lokale Präsenz aktualisiert werden kann. Diese antidemokratischen Aktualisierungspotentiale werden aus einem Unverständnis, Zweifel bis Ablehnung gegenüber demokratischen Spielregeln und gegenüber der Demokratie als politischem System gespeist. Demgegenüber erscheint vielen Wähler_innen der NPD beispielsweise das Versprechen einer konfliktlosen «Volksgemeinschaft» durchaus attraktiv, trifft sie doch auf Vorstellungen, die in anderem ideologischem Gewand auch die SED-Diktatur propagiert hatte. In dieser Sichtweise sind die Wahlerfolge der NPD keine kurzfristigen Aufwallungen des Volkszorns in der Wahlkabine, sondern Ausdruck einer echten Krise der demokratischen Werte der Freiheit und Gleichheit aller Menschen wie der realen Funktionsmechanismen der parlamentarischen Demokratie.

Natürlich können die Wahlerfolge der NPD nicht monokausal entweder als Protestwahl oder als Ergebnis einer langfristigen Verankerung in Sachsen erklärt werden. Beides spielt selbstverständlich zusammen. Darauf könnte man sich schnell einigen und über die Anteile streiten. Doch haben die gegenläufigen Deutungsansätze schwerwiegende Folgen für die Frage, wie die Wahlzustimmung zur NPD gesenkt werden könnte: Wer Wahlerfolge aus einer Proteststimmung erklärt, muss nur dafür sorgen, dass keine Proteststimmung entsteht und braucht sich über die Motive der Nazi-Wähler_innen keine Gedanken zu machen. Wer die Wahlerfolge aus der Verankerung in der Gesellschaft erklärt, muss sich mit den Motiven, Gesellschafts- und Menschenbildern der Wähler_innen auseinandersetzen.

Nur in dieser Perspektive kann die Krise der Demokratie sichtbar werden, um die es eigentlich geht. Sozialwissenschaftliche Erhebungen kommen immer wieder zu dem Ergebnis, dass die Zustimmung zur Demokratie und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie einerseits im Osten signifikant geringer als im Westen, aber die Zustimmung zu autoritären und rassistischen Positionen höher ist als im Westen Deutschlands sei. Daher liegt die These nahe, dass die NPD gerade von der geringeren Zustimmung zur real existierenden Demokratie profitiert und die Unzufriedenheit nicht von den demokratischen Parteien mit Reformvorstellungen zur realen Verfassung der Demokratie aufgefangen werden können, sondern in die generelle Ablehnung des Systems fließen.

Die Wahlergebnisse der NPD können Hinweise geben, in welchem Mischungsverhältnis Protestwahlmotivation und Systemablehnungsmotivation zueinander stehen. Sollte die Protestwahlthese stimmen, dann wäre nach einem Abflauen des öffentlichen Hartz-IV-Protestes auch mit einem Rückgang der Wählerstimmen der NPD zu rechnen. Es ist hilfreich, die langfristigen Umfragewerte und Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien und der NPD in Sachsen seit 1990 zu betrachten.

Die Umfragewerte der NPD schwanken seit 1990 zwischen 2 und 9%.¹ Bereits im September 1990 wurde für die «Rechte» 6% prognostiziert und «rechte» Parteien erreichten bei der ersten Landtagswahl im Oktober 1990 ebenfalls schon 6% der Stimmen. Zwischen 1991 und 1996 lagen «Rechte» bzw. die NPD deutlich unter 5%. Bei der Landtagswahl 1994 erreichten «Rechte» 2,9%. Danach ist ein deutlicher Höhenflug zu verzeichnen, der die NPD erstmals wieder auf das hohe Niveau von 1990 führt: Im November 1996 erreicht sie wieder 5% der Stimmen. 1996/1997 ist die Zeitspanne, in der eine deutliche Schwerpunktverlagerung der NPD nach Sachsen und ein deutlicher Mitgliederzuwachs zu erkennen ist. Zwischen 1997 und 1999 liegen Rechte und die NPD dann aber wieder unter 5%. Bei den Landtagswahlen 1999 erreichen «rechte» Parteien zusammen unerwartete 6,5% der Stimmen. Zwischen 2000 und 2004 lag die NPD wieder deutlich unter 5%.² Erst in der heißen Wahlkampfphase im September 2004 schießen die Umfragewerte der NPD deutlich in die Höhe: am 8. September 7% (infratest dimap), am 10. September 9% (Forschungsgruppe Wahlen) und ebenfalls am 10.9. 7% (Leipziger Institut für Marktforschung). Am 19.9. 2004 erreicht die NPD dann 9,2% der Stimmen bei den Landtagswahlen. Der emotionale Höhenflug der NPD aufgrund des Wahlerfolges hielt offenbar noch bis ins Frühjahr 2005 an, denn im Februar 2005 prognostizierte EMNID wiederum 9% für die NPD: Zwischen Juli 2005 und Februar 2006 liegt die NPD nur noch zwischen 4 und 5%. Zwischen Juli 2006 und September 2007 liegt die NPD wieder stabil über der 5%-Hürde meist zwischen 6 und 7%. Ende 2007 bis Mitte 2008 liegt die NPD deutlich niedriger zwischen 4% und 5% der prognostizierten Stimmen und erreicht bei den Kreiswahlen im Juni 2008 in ganz Sachsen außer den kreisfreien Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz 5,1% der Stimmen.

Was bedeutet dies für die Frage Protestpartei oder Partei der antidemokratischen «Volks-gemeinschaft»-Ideologie? Der relativ hohe Sockel der Wähler_innenzustimmung um 5% belegt u. E. gemeinsam mit anderen Umfragen in Sachsen³ eine verfestigte Wähler_innen-landschaft mit Zustimmung mindestens zu wesentlichen Teilen des ideologischen Fächers der NPD in Sachsen.

Die Wahlaussichten der NPD

Um die Wahlaussichten der NPD 2009 einschätzen zu können, spielen mehrere Faktoren, regionale Besonderheiten und kurzfristige Entwicklungen eine Rolle. Im Anschluss stellen wir zunächst für Sachsen Thesen auf:

- (1) **Die NPD kann in Sachsen auf ein relativ stabiles Zustimmungspotenzial von um 5% der Wähler_innen bauen.**
- (2) **Die NPD hat mit dem Landtagswahlergebnis 2004 ihr langjähriges Wählerpotenzial in Sachsen offenbar voll ausgeschöpft.**
9,2% markiert den höchsten erzielten Wert, der nur kurz vor der Landtagswahl am 10. September 2004 (Forschungsgruppe Wahlen), nochmals im Februar 2005 (EMNID) und dann im September 2007 (Forsa) und annähernd zuvor im Juli 2007 mit 8% (Forsa) annähernd erreicht wurde.
- (3) **Die NPD kann unmittelbar bei Wahlen wesentlich mehr Wählerstimmen mobilisieren, als ihr Umfragen selbst wenige Wochen zuvor noch zusprechen.**
Offenbar bekennen potentielle NPD-Wähler_innen bei Umfragen ihre Neigung nicht immer. Dann würden die Umfragewerte nicht die tatsächlich höhere Zustimmung im Wahlvolk widerspiegeln. Angesichts des Umstands, dass auch vor den Wahlen 1999 und vor den Kreistagswahlen 2008 die Umfragewerte unter den Wahlergebnissen lagen, ist diese Deutung wahrscheinlich.
- (4) **Das Außenbild und die Krisen der NPD-Landtagsfraktion sind nicht maßgeblich für die erzielten Umfragewerte und die zu erwartenden Wahlergebnisse.**
In den Umfragewerten seit der Landtagswahl 2004 lassen sich drei Phasen unterscheiden: Ein Absinken der Werte im Jahr 2005 unter und bis 5%, einen Anstieg ab Februar 2006 bis November 2007 auf stabile 6 bis 7% und danach wieder ein Absinken auf unter 5 bis 5% seitdem. Also beginnt ausgerechnet in der Krise der NPD-Fraktion nach dem Austritt der drei Abgeordneten Schmidt, Baier und Schön im Dezember 2005 im Februar 2006 die stabile Phase, die auch durch den Unfalltod von Uwe Leichsenring Ende August 2006 und den Austritt und Ausschluss von Matthias Paul und Hans-Jürgen Menzel im November 2006 nicht beeinträchtigt wird.⁴ In dieser Phase liegt auch der Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Das Absinken der Wähler_innenzustimmung seit November 2007 kann ebenfalls nicht deutlich durch Veränderungen in der Außenwirkung der Fraktion erklärt werden.
Auch die Wahlergebnisse der Kreistagswahlen lassen kaum direkte Bezüge zwischen Bekanntheitsgrad, regionaler oder örtlicher Verankerung oder gar fach- oder sachpolitischen Angeboten der Kandidat_innen und deren Wahlergebnissen erkennen.

(5) Die NPD kann auf eine deutlich breitere organisatorische Basis zurückgreifen.

Die NPD hat gezeigt, dass sie bei den Kreistagswahlen mehr als 200 Kandidat_innen aufstellen konnte (siehe Beitrag von Miro Jennerjahn in dieser Broschüre). Allein durch die Ergebnisse dieser Wahlen kann die NPD auf eine von 13 auf 44 erhöhte Anzahl von Mandatsträger_innen bauen. Natürlich verfügen vor allem die Landtagsabgeordneten und ihre Mitarbeiter_innen über mehr organisatorische Erfahrungen. Daneben hat die Landtagsfraktion ihre Möglichkeiten für mehr Präsenz durch die Massenpublikationen wie Broschüren und Flyer genutzt und sich so immer wieder in die Öffentlichkeit gebracht.

Nicht zuletzt verfügt vor allem die Landtagsfraktion ein Mehr an Erfahrung bei der Nutzung der Medienöffentlichkeit durch gezielte Provokationen und Skandalisierungen.

(6) Die Unterstützung der NPD-Wahlkämpfe durch «Freie Kräfte» ist der größte Unsicherheitsfaktor für die Wahlergebnisse der NPD

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Publikation ist der Bundesparteitag der NPD für den April 2009 geplant, dieser Termin ist umkämpft und kann schon an der Frage der Raumfindung scheitern. Deshalb ist unsicher, ob die Flügelkämpfe innerhalb der NPD noch vor den Wahlen ausbrechen oder geklärt werden. Die «Freien Kräfte» und ihre Protagonist_innen innerhalb der NPD kritisieren die Mandatsträger_innen weil diese den Kampf gegen das «System» nicht radikal nicht genug führen, sich am verhassten System des Parlamentarismus beteiligen und sie nicht ausreichend an den vermeintlichen Pfründen des Landtages mit Geld und bezahlten Stellen beteiligen. Es ist unklar, ob die «Freien Kräfte» ihre Kritik vor allem an der Landtagsfraktion für die Wahlkämpfe zurückstellen und diese organisatorisch unterstützen oder ob die NPD die «Freien Kräfte» durch neue Versprechen in Bezug auf Geld und Posten für sich mobilisieren kann.

(7) Die absehbare Konkurrenz für die NPD ist zwar chancenlos, kann der NPD aber 1% kosten.

In Sachsen werden voraussichtlich ein Bündnis aus Sächsischer Volkspartei, die im März 2006 vom ehemaligen NPD-Mitglied und jetzt partei- und fraktionslosen Landtagsabgeordneten Mirko Schmidt gegründet wurde, und Republikanern (REP), sowie die Wahlvereinigung des aus der CDU ausgeschlossenen Henry Nitzsche «Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland – Liste Henry Nitzsche e.V.» zu den Landtagswahlen antreten. Insgesamt können die im selben politischen Lager agierenden Listenwohl kaum mit 1% der Wähler_innenstimmen rechnen, diese könnten der NPD zum Einzug in den Landtag aber fehlen.

Landtagswahlen Thüringen

Die Personal- und Kaderdecke der NPD in Thüringen ist vergleichsweise sehr dünn, sie kann also aus eigener Kraft weder ausreichend Kandidat_innen aufstellen noch einen flächendeckenden Wahlkampf organisieren. Sie ist deshalb auf Zusammenarbeit mit «Freien Kameradschaften» noch stärker angewiesen als in Sachsen. Hier gilt dieselbe Unsicherheit wie in Sachsen: Die Frage ist, ob die NPD die Bedingungen der «Freien Kameradschaften» für eine Zusammenarbeit akzeptiert oder versucht mit Kadern aus anderen Bundesländern anzutreten. In Abhängigkeit von dieser Frage ist der Einzug in den Landtag ungewiss, aber nicht ausgeschlossen.

Landtagswahlen Saarland

Die NPD wird ihren für die Altbundesländer überraschenden Erfolg von über 4% bei den letzten Landtagswahlen im Saarland nicht wiederholen können. Sie wird also mit ihren Spitzenkandidaten Peter Marx und Frank Franz nicht in den Landtag einziehen. Die Hauptursache dürfte darin liegen, dass das ideologische Zustimmungspotenzial im Saarland doch eher wie im Durchschnitt der alten Bundesländer unter 2% liegen dürfte. Die Partei «Die Linke» (PdL) bietet den Protestwähler_innen wohl ein Angebot und Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat bietet auch Anknüpfungspunkte für eher autoritär orientierte, demokratieskeptische und latent ausländerängstliche Menschen.

Landtagswahlen Brandenburg

Bei den Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte in Brandenburg am 28. September 2008 sind DVU und NPD nicht gegeneinander angetreten, sondern hatten sich die Wahlkreise mehr oder weniger aufgeteilt. Dabei erreichte die DVU in Potsdam und 8 Landkreisen Ergebnisse zwischen 0,9% (Oder-Spree) bis 5,1% (Elbe-Elster), die NPD in Cottbus und 6 Landkreisen Ergebnisse zwischen 3,0% (Cottbus) und 4,8% (Dahme-Spreewald). NPD und DVU ziehen in alle Kreistage und Stadtparlamente der kreisfreien Städte ein, für die sie Kandidaten gefunden haben; NPD in 7 (bisher 2), die DVU in 8 (bisher 7), also in 15 von 18 Kreistagen und Stadtparlamenten. Allerdings erreichen NPD oder DVU in keinem Kreistag oder Stadtparlament Fraktionsstatus. Die NPD erhöht die Zahl Ihrer Mandatsträger_innen in den Kreisen und kreisfreien Städten von 3 auf 16, die DVU von 9 auf 13. Die NPD erzielt im Landesdurchschnitt ein besseres Ergebnis als die DVU (1,8 zu 1,6%), aber beide Parteien bleiben hinter ihren eigenen Erwartungen zurück, zumal es beiden nicht einmal gemeinsam gelang, flächendeckend anzutreten.

Zwei der 13 Mandatsträger der DVU sind Mitglieder der NPD, das deutet auch auf ein Vorgehen für 2009 hin: Der sogenannte «Deutschlandpakt» wird noch insofern Geltung haben, dass die NPD in Brandenburg nicht antritt, allerdings werden weitere NPD-Mitglieder auf der Liste der DVU stehen. Es ist aber nicht sehr wahrscheinlich, dass die NPD über den Umweg der DVU-Listen in das brandenburgische Parlament einzieht, beide Parteien liegen in Umfragen derzeit unter 5%. Mittelfristig baut die NPD ihre lokale Verankerung in Brandenburg allerdings ebenfalls aus.

Europawahlen

NPD hatte im Vorfeld der Bundestagswahlen 2005 mit der DVU vereinbart, dass sie im Jahr 2009 auf einen eigenen Antritt zu den Europawahlen verzichten wird. Es ist zu erwarten, dass einige Kandidat_innen der NPD auf der DVU-Liste auftauchen. Chancen hat die DVU nicht. Auch wenn innerhalb der NPD erste kritische Stimmen laut werden, die bereits zur Europawahl das Ende des Deutschlandpakt fordern, ist dies nicht zu erwarten und auch eine antretende NPD hätte wohl kaum Chancen auf eigenständige Mandate für das Europäische Parlament.

Bundestagswahlen

Nach bisherigen Verlautbarungen möchte sich die NPD unbedingt an die gesetzlichen Regelungen halten und flächendeckend in allen Bundesländern mit Landeslisten und möglichst mit Direktkandidaten antreten. Dabei werden auf den Listen der NPD keine

Kandidat_innen anderer Parteien antreten, sondern ausschließlich NPD-Mitglieder und Parteilose. Der Deutschlandpakt zwischen NPD und DVU (09/2004) zur Bundestagswahl sieht vor, dass 2009 die NPD antritt, ob er allerdings Bestand haben wird ist unklar; 2005 waren noch Listenplätze an die DVU übergeben worden; inzwischen hat die DVU bereits auf Thüringen verzichtet, um weiterhin in Brandenburg ohne NPD-Konkurrenz antreten zu können. Dies wird als Zeichen der Schwäche der DVU im Verhältnis zur NPD gedeutet und folgerichtig wird die NPD nach jetzigem Kenntnisstand keine Listenplätze an die DVU vergeben. Ob die DVU zur Bundestagswahl 2009 antreten wird ist unklar, aber wohl eher unwahrscheinlich. Trotzdem ist es schwer vorstellbar dass die NPD bundesweit ein Ergebnis von mehr als 2% der Stimmen erreichen könnte. Die Wahlergebnisse der NPD bei Bundestagswahlen lagen nach dem «Erfolg» von 1969 mit 4,3 % bis einschließlich 2002 immer deutlich unter 1 %, 2005 bei 1,6 %. Vor allem in den Bundesländern der alten Bundesrepublik ist NPD, abgesehen von einigen regionalen Hochburgen bei Wahlen nahezu bedeutungslos und es ist nicht erkennbar, dass sich dies kurzfristig ändern könnte

Stadt- und Gemeinderatswahlen in Sachsen

Nach den Erfahrungen von 2008 muss davon ausgegangen werden, dass die NPD in allen Kreisen Kandidat_innen aufstellen und in zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte einziehen wird. Die Kandidat_innen werden denen der Kreistagswahlen 2008 sehr ähnlich sein. In einzelnen Hochburgen, v. a. in Ostsachsen, Sächsische Schweiz, Erzgebirge wird sie in den Kommunalparlamenten Fraktionsstärke erreichen. Chancen auf eine Fraktion hat sie auch in den Großstädten Chemnitz und Dresden.

Die kommunale Verankerung der NPD wird sich weiter fortsetzen; nach der Wahl wird NPD in Sachsen über noch mehr Abgeordnete in Parlamenten verfügen als bisher. Jenseits der absehbaren Misserfolge bei den Europa- und Bundestagswahlen und dem unsicheren Ausgang der Landtagswahlen wird die NPD also längerfristig mit Mandaten in Sachsen vertreten sein, den Prozess der «Normalisierung» ihrer Präsenz in der sächsischen Politik weiter vorantreiben und antidemokratische Einstellungen weiter verstärken.

Zum Umgang mit der NPD in den Wahlkämpfen

In den letzten 18 Jahren lag die NPD in Wahlumfragen und Wahlergebnissen doppelt so lange unter 5% als darüber. Selbst in den vier Jahren seit dem Einzug in den Landtag lag sie die Hälfte der Zeit unter 5%. Die NPD kann daher keineswegs mit einem sicheren Einzug in den Landtag rechnen. Der Wahlausgang ist abhängig von Faktoren, die demokratische Initiativen kaum beeinflussen können wie die mehrfach beschriebenen Konflikte innerhalb der NPD und mit den «Freien Kräften».

Die Einstellungsmuster in der Bevölkerung und daraus erwachsende Zustimmungen zum Menschen- und Gesellschaftsbild der Neonazis oder zu einzelnen ideologischen Fragmenten daraus lassen sich in einem Wahlkampf ebenfalls nur sehr wenig verändern. Dies war und bleibt eine dauerhafte Aufgabe der demokratischen Zivilgesellschaft in Sachsen.

Andere Erfolgsfaktoren lassen sich aber auch im Wahlkampf durch demokratische Initiativen bzw. Einrichtungen beeinflussen:

Dem schleichenden Normalisierungsprozess muss gerade im Vorfeld von Wahlen entgegen gewirkt werden. Auch wenn sich die NPD an demokratischen Wahlen beteiligen darf und dies auch tut, ist sie in ihrem ideologischen Kern antidemokratisch und will das System von demokratischer Kontrolle von Macht beseitigen.

Deshalb ist es notwendig, die NPD und ihre Abgeordneten nicht nur im Landtag, sondern auch in den Kommunen und Kreistagen als Nicht-Normale Beteiligte in den Parlamenten und Räten zu isolieren und dieses Vorgehen deutlich und öffentlich zu begründen. Jede heimliche oder offene Zusammenarbeit, jede Zustimmung zu vermeintlich «sachlichen» Beiträgen, jeder Handschlag auf dem Flur senkt die Hemmschwelle, Neonazis zu wählen. Deshalb ist es in den kommenden Wahlkämpfen besonders notwendig, dass die wenigen politischen Aussagen der NPD analysiert werden und ihr menschenfeindlicher Kern aufgedeckt und öffentlich gemacht wird.

Deshalb ist es sinnvoll, jedes Auftreten der NPD im Wahlkampf durch demokratische Initiativen zu beantworten. Kein NPD-Wahlkampfstand, keine Demonstration oder Kundgebung der Neonazis darf unbeantwortet bleiben.

Für diese drei Elemente, die der Normalisierung der Präsenz der NPD entgegenwirken können – Isolierung, Analyse und permanente Gegenpräsenz - können unterschiedliche Akteure ihre jeweiligen Beiträge leisten. Keine Zeitung muss die Beiträge der NPD-Kandidat_innen gleichberechtigt, ungekürzt oder unkommentiert abdrucken, Berichte über die NPD und ihre Wahlkämpfe dürfen nicht «neutral» sein gegenüber der Gefährdung der Grundlagen demokratischen Zusammenlebens, bei der Analyse können externe Initiativen und Wissenschaftler_innen unterstützend wirken. Keine Kommune muss die Auftritte der NPD-Wahlkämpfer unwidersprochen hinnehmen. In der Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen lassen sich angemessene Reaktionen finden. Kein Verein ist alleingelassen mit diesem Problem, er findet Partner im Ort oder in überregionalen Netzwerken.

Darüber hinaus ist die NPD darauf angewiesen, besondere Protest-Stimmungslagen auszunutzen, um sicher und deutlich über 5% zu gelangen. Die NPD ist eine Mobilisierungs- und Wahlkampfpartei: es ist erforderlich, gerade im heißen Wahlkampf durch Präsenz der demokratischen Parteien der NPD nicht das Feld zu überlassen. Ein aktiver und offensiver Anti-NPD-Wahlkampf hat Aussicht auf Erfolg. Ein solcher Wahlkampf muss den kriminellen Hintergrund vieler Kandidaten aufdecken und zum öffentlichen Thema machen. Er muss durch Plakatpräsenz bis ins letzte Erzgebirgsdorf zeigen, dass die NPD nicht die einzige politische Kraft ist, die sich um die Sorgen der Menschen kümmert.

Ein Anti-NPD-Wahlkampf wie hier beschrieben, würde durch das abgestimmte Zusammenwirken aller demokratischen Parteien besonders wirksam werden. Ein solches Zusammenwirken ist in der sächsischen Politik 2009 allerdings nicht zu erwarten. Das ändert nichts an der Verantwortung der Kommunen, Parteien, Medien und Vereine vor Ort, jeweils ihren Beitrag für die offensive Auseinandersetzung mit der NPD zu leisten. Angebote für Erfahrungsaustausch, Unterstützung und Weiterbildung dazu gibt es in Sachsen inzwischen ausreichend und sind zum Beispiel über das Netzwerk Tolerantes Sachsen (www.tolerantes-sachsen.de) zu recherchieren.

NPD, Neonazis und antidemokratische Einstellungen nach den Wahlen 2009

Formal wird die NPD 2009 bei den Bundestags- und Europawahlen und sicher bei den Landtagswahlen im Saarland scheitern, ein Scheitern in Thüringen ist wahrscheinlich, der Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag wahrscheinlich, aber zu verhindern. Der große symbolträchtige Durchbruch wird den Neonazis 2009 - bezogen auf diese Parlamente - also nicht gelingen. Das darf nicht davon ablenken, dass in Sachsen und anderen Bundesländern die NPD ihre Verankerung in den Gemeinden ausbauen wird und neonazis-

tische Aktivitäten konstant und in großer Breite eine zusätzliche Basis erhalten. Gleichzeitig radikalisiert sich die neonazistische Szene offensichtlich. Geplante Gewalttaten und Brandanschläge nehmen in den letzten Monaten zu, so genannte «autonome nationale sozialistische» Gruppierungen treten häufiger bei Aufmärschen auf und stellen eine zusätzliche Gefahr dar. Antidemokratische Einstellungen bleiben bei einem Bevölkerungsanteil virulent, der weitaus größer ist als das organisierte neonazistische Potenzial. Eine Verringerung bei den Anstrengungen von Vereinen, Initiativen und Kommunen, eine Verringerung der Fördermittel für diese Initiativen wären eine fatale Fehlinterpretation von möglichen Misserfolgen der NPD auf Landesebenen.

Anmerkungen

- 1 Die Umfragen aller Institute für Sachsen sind unter www.wahlrecht.de einzusehen. Die schlechten NPD-Werte bei approxima sind wohl darauf zurückzuführen, dass dieses Institut persönliche Interviews führt und sich ein Teil der Wähler_innen der NPD offensichtlich scheut, sich zur NPD zu bekennen.
- 2 Am 31.12.2002 prognostizierte das Leipziger Institut für Marktforschung allerdings 5%, ein Wert, der in der langen Reihe zwischen 2000 und 2004 aber vereinzelt blieb.
- 3 Heitmeyer, Wilhelm. 2002-2008. Deutsche Zustände. Folge 1-6. Frankfurt am Main.
Brähler, Elmer/ Decker, Oliver: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006
Brähler et all.:Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin 2008
Niedermayer, Oskar. Demokratische und rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland
- 4 Zur Entwicklung der NPD-Fraktion Johannes Lichdi, Die NPD in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, in: Milan Horáček / Sebastian Striegel, Nazis in den Parlamenten, 2008, S. 26 – 45.

Johannes Lichdi ist seit 2004 Abgeordneter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im 4. Sächsischen Landtag. Im Innen- und Rechtsausschuss macht er sich für mehr Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung stark. Demokratiewerk ist eines seiner wichtigsten Themen. Er verantwortet unter anderem gemeinsam mit Achim Wesjohann und Christine Schickert redaktionell die Dokumentation eines Fachgesprächs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag am 24. Mai 2006 «Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag - Strategie und Ideologie».

Informationen unter www.johannes-lichdi.de

Stefan Schönfelder hat in Dresden Architektur studiert. Von 1992 bis 1997 war er Landesgeschäftsführer der GRÜNEN LIGA Sachsen e.V. Seit 1999 arbeitet er für Weiterdenken - die Heinrich Böll Stiftung Sachsen, seit Oktober 2007 führt er die Geschäfte der Landesstiftung. Weiterdenken hat zum Thema zahlreiche Veranstaltungen organisiert und Publikationen bzw. Ausstellungen veröffentlicht.

Informationen unter www.weiterdenken.de

Herausgeber

NiP steht für «Nazis in den Parlamenten» und ist ein freies Redaktionskollektiv. Begonnen hat das Projekt mit der Kommunalwahl in Sachsen im Jahr 2004. NiP Sachsen erweiterte sich nach dem Einzug der NPD in den Landtag im September 2004. Auf der Internetseite <http://nip.systemli.org> werden kritische Dokumentationen über die Aktivitäten von Nazis in sächsischen Parlamenten angeboten. Hintergrundinformationen zu den Abgeordneten und Mitarbeiter_innen der NPD im Landtag findet man ebenso wie Berichte und Kommentare zu den Landtagssitzungen. Darüber hinaus gibt es eine große Auswahl an Presseartikeln zu neonazistischer Parlamentsarbeit. Kontaktieren kann man NiP über nip@systemli.org

Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen ist eine Einrichtung der politischen Bildung für Erwachsene in Sachsen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen. Wir konzipieren und organisieren Ausstellungen, Vorträge, Lesungen, Diskussionen, Tagungen, Workshops und künstlerische Annäherungen an politische Themen von Arbeit über Bildung, Soziales, Zeitgeschichte, Ökologie, Demokratie, Europa, Geschlechterdemokratie bis hin zu Migration und Integration. Diese Arbeit machen wir zum Teil in Kooperation mit anderen Vereinen, Gruppen, Einrichtungen und Hochschulen.

Wir wünschen uns, dass aus den Kooperationen nicht nur Anregung, Wissen und Kompetenz erwachsen, sondern auch Ermutigung, Kontakte und praktizierte Ergebnisse.

Weiterdenken - Heinrich Böll Stiftung Sachsen

Schützengasse 18, 01067 Dresden

www.weiterdenken.de

eMail info@weiterdenken.de

fon 0351 - 49 43 311

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein. Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

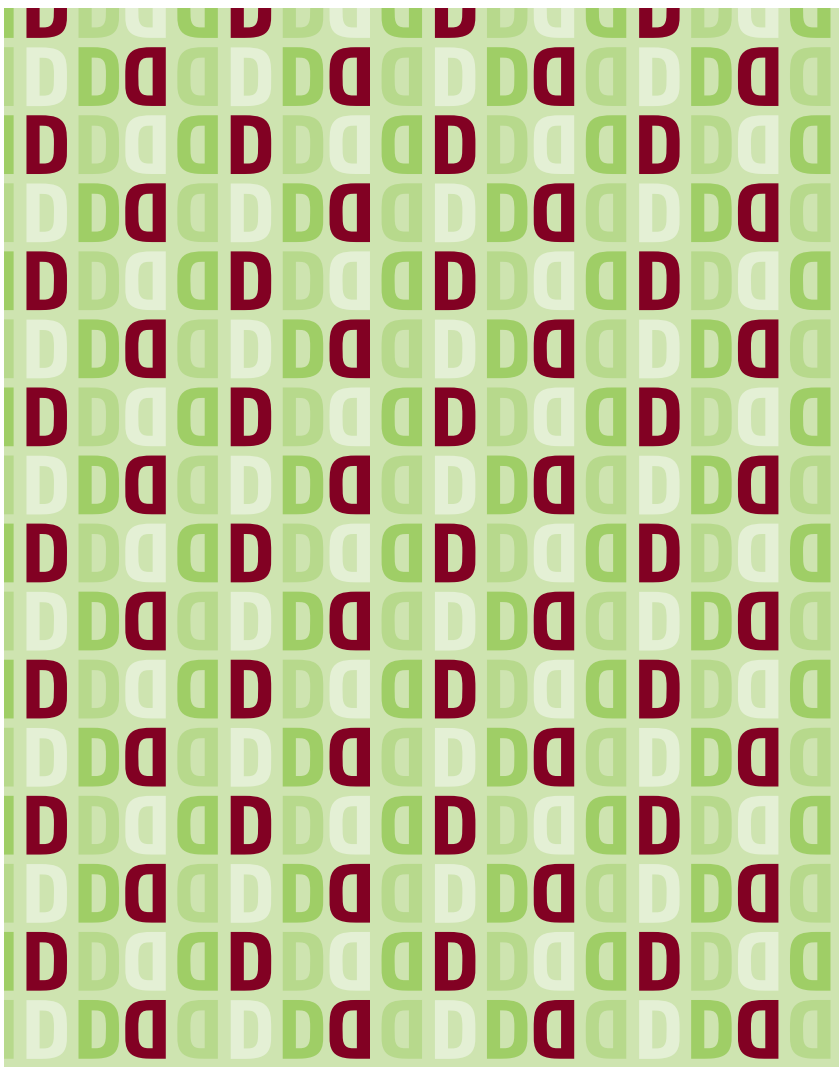
Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

www.boell.de



Im September 2004 zog die NPD mit 9,2 Prozent der Stimmen in den Landtag Sachsens ein. Zwölf Neonazis gewannen Sitze im Abgeordnetenhaus. Die Mehrheit der sächsischen Öffentlichkeit sprach von Protestwähler_innen. Die NPD tanzte den demokratischen Parteien in den ersten Monaten auf der Nase herum. Inzwischen hat sich einiges geändert. Die demokratischen Parteien haben im sächsischen Landtag Erfahrungen im Umgang mit den Neonazis gesammelt und versuchen diese zu nutzen. Nur noch die Hälfte der ursprünglich gewählten NPD-Abgeordneten sind in der Fraktion. Nicht nur die demokratischen Parteien, sondern auch die NPD hat dazu gelernt und nutzt die Parlamente vielfältig zur Erreichung ihrer Ziele. Weniger als ein Jahr vor den kommenden sächsischen Landtagswahlen sollen mit Hilfe dieser Publikation unterschiedliche Perspektiven auf die Arbeit der NPD in Sachsen geworfen werden. Die Landtagsfraktion und ihr Umfeld bilden dabei einen Schwerpunkt.



HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

weiterdenken
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SACHSEN